

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Preisklasse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 14. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Nummern-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verlesungs-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (selbst-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Etzengeld und Schließ-
 feld-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Quoten für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

An die Sozialdemokratie in Preußen.

Parteigenossen!

Der 8. Parteitag der preussischen Sozialdemokratie hat das Elend des nachmärzlichen Preußen vor aller Welt in helle Beleuchtung gesetzt und aufs neue jene überlebten Zustände bloßgelegt, die den ostelbischen Landjunkern und der mit ihnen verbündeten Großbourgeoisie die Aufrechterhaltung einer brutalen Klassenherrschaft ermöglichen, und eine diesen Klassen versippte Bureaucratie mit allmächtigen Vollmachten ausstatten. Der Parteitag begnügte sich nicht damit, die Unhaltbarkeit dieser Zustände wirksam darzutun, er zeigte auch, wie ein neues Preußen in Staat und Gemeinde nur durch die positive Arbeit einer tatensrohen Sozialdemokratie geschaffen werden kann.

Die gesamten Verhandlungen beherrschte die Wahlrechtsfrage!

Nabezu sechs Jahrzehnte hat die Wahlrechtsfrage geruht, bis die sozialdemokratischen Massen sich ihrer annahmen und sie durch gewaltige Demonstrationen in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses rückten. Wohl oder übel mußte die Regierung den empörten Volksmassen Konzessionen machen. In der Thronrede vom 20. Oktober 1908 ist die organische Fortentwicklung der auf Grund der Verfassung erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet worden. Die zu diesem Zwecke nötigen Vorarbeiten sollten mit allem Nachdruck betrieben werden.

Die vor kurzem endlich erschienene amtliche Statistik über die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen hat aufs neue die Ungerechtigkeit des geltenden Dreiklassenwahlrechts als ein unwiderleglich dargetan.

Der Terrorismus der öffentlichen Abstimmung und der raffiniert ausgeklügelte Widerstand des indirekten Klassen-

wahlrechts hat im Jahre 1908 zwei Drittel der Wähler von der Wahl abgehalten. Das geltende Wahlrecht verfälscht den Volkswillen; es hält eine Wahlkreisgeometrie aufrecht, die die gewaltigen Bevölkerungsveränderungen eines halben Jahrhunderts außer Betracht läßt und die Interessen des Volks einer Handvoll durch Günstlingswirtschaft und Liebesgabenpolitik ausgehaltener Junker opfert.

Mehe als 82 Proz. aller Wähler haben keinen Einfluß auf die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Die Entscheidung ruht bei einer kleinen Zahl Wähler 1. und 2. Klasse.

Die Ergebnisse der königlich preussischen Statistik liefern noch aufreizendere Zahlen:

Auf 418 000 konservative Urwähler entfielen 212 Abgeordnete,
 „ 598 000 sozialdemokrat. „ 7 „

Arbeiter, Handwerker, Kleinbauern! Wie lange wollt Ihr Euch solche himmelschreiende Ungerechtigkeit noch gefallen lassen?

Am 11. Januar 1910 kündigte die Thronrede die von dem Volke in fieberhafter Spannung erwartete Wahlrechtsvorlage für die nächsten Wochen an.

Wie wird die kommende Wahlrechtsvorlage aussehen? Die Thronrede schweigt sich über die Grundzüge des wichtigsten Reformwerkes der deutschen Gegenwart aus! Das ist der beste Beweis dafür, daß die preussische Regierung den herrschenden Klassen zuliebe das Volk mit einer Scheinreform narren will. Das alte Unrecht soll in neuer Form weiterleben. Die preussische Regierung wagt es nicht, mit der herrschenden Junkersippe anzubinden.

Da ist es Zeit, daß das Volk auf den Plan tritt und seinen Willen nachdrücklich zur Geltung bringt. Mit allen Kräften muß dafür gesorgt werden, daß Preußen

endlich in die Reihe der Kulturländer eintritt. Unter der Führung der Sozialdemokratie gilt es, dem preussischen Volke die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu erkämpfen und Preußen von den Junkern und Junkerknechten zu befreien. Es gilt, den reaktionären preussischen Staat zu demokratisieren. Das Mittel dazu ist die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter auf Grund der Verhältniswahl.

Parteigenossen! Ruht die Zeit! Seit Monaten haben die „Niedergerittenen“ den Parteien des Bülowblocks und dem Zentrum Niederlage auf Niederlage bereitet. Ein Gemeindevahlkampf löste den anderen ab; ebenso ehrenvoll endeten die Landtagswahlen in Süd- und Mitteldeutschland und die Reichswahlen zum Reichstage.

Die Erbitterung des Volkes über seine Ausbeutung und Entrechtung ist grenzenlos. Das arbeitende Volk will nicht länger Patefessel der herrschenden Klassen sein. Das Bewußtsein dieser Situation in den Massen zu wecken und sie zu kämpfen für ihre elementaren Menschenrechte aufzurufen, ist unsere vornehmste Aufgabe.

An dieser Aufgabe mitzuwirken, ist die dringendste Pflicht aller zum Klassenbewußtsein erwachten Frauen und Männer in Stadt und Land.

Parteigenossen!

Stärkt die Reihen für die kommenden Wochen des Kampfes. Es gilt, alle Kraft aufzubieten. Nur so kann ein Wahlrechtssturm entfesselt werden, der alle reaktionären Widerstände bricht und dem Willen des Volks zum Siege verhilft.

Hoch das freie Wahlrecht!

Berlin, den 14. Januar 1910.

Der geschäftsführende Ausschuh
 der preussischen Landeskommission.

Die sozialdemokratische Fraktion
 des preussischen Abgeordnetenhauses.

Der Parteivorstand
 der deutschen Sozialdemokratie.

Ein neuer Polizeistreich.

Die Berliner Jugendorganisation ist aufgelöst worden! Am Donnerstag ging der Leitung die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten zu, die in wenigen trockenen Sätzen die Schließung des Vereins anordnet. Die Begründung hat sich der Herr Polizeipräsident sehr leicht gemacht — sie ist im Grunde genommen nichts weiter als ein Hinweis auf jenen Entscheid., den der Brandenburger Oberpräsident aus Anlaß einer Beschwerde erteilt, die sich wider die unberechtigte polizeiliche Überwachung einer Versammlung von Jugendlichen richtete. Wir werden die Hinsälligkeit der in diesem Schriftstück niedergelegten Anschauung und der darauf gestützten Verfügung des Polizeipräsidenten morgen an der Hand der Dokumente nachweisen.

Der Jugendorganisation bleibt die Beschwerde und die Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Und so wenig wir von den preussischen Behörden halten, so halten wir es dennoch nicht für möglich, daß die Verfügung des Polizeipräsidenten die Billigung der oberen Instanzen findet. Oder sollten sie gar nichts dagegen haben, daß vor aller Welt festgestellt würde, wie so ganz anders das Recht ist, womit sie die freien Jugendorganisationen messen, als das, welches sie für die „nationalen“ und kirchlichen Jugendvereine berecht haben? Wie der Nationale Jugendbund zu Potsdam seinen Mitgliedern über Weltpolitik vortragen lassen, die freie Jugendorganisation aber nicht über Jugendchutz und andere Thematata reden lassen darf, die der Politik weit ferner stehen als „Weltpolitik“, ohne „ar einen politischen Verein erklärt und aufgelöst zu werden? Doch wie dem sei, jedenfalls muß alles versucht werden, um den Anschlag auf die freie Jugendorganisation zu vereiteln. Und wär's auch nur, um den höchsten Instanzen die Mitverantwortlichkeit für die blamable Maßregel aufzuladen!

Mag die endgültige Entscheidung aber fallen wie sie will — vorläufig ist die freie Jugendorganisation lahmgelegt. Unser famoses „liberales“ Vereinsgesetz gesteht weder der Be-

schwerde noch der Klage eine aufschiebende Wirkung zu — die Polizeimaßregel tritt sofort in Kraft. So muß also die Klassenbewusste Jugend vorerst ohne ihre Vereinsorganisation auskommen. Umsomehr muß die Arbeiterschaft ihre Pflicht an der Jugend tun. Der Polizei und ihre Hintermänner muß gezeigt werden, daß sie zwar die freie Jugendorganisation auflösen, aber die freie Jugendbewegung nicht vernichten können.

Zum Wahlrechtskampf.

Statt Wahlreform Volksverhöhnung!

Ein Mitarbeiter der konservativen „Schlesischen Zeitung“ glaubt allerhand genauere Angaben über die vorzuschlägliche Gestaltung der preussischen Wahlreform machen zu können. Diese Reform kennzeichnet er mit folgenden Strichen:

„Daß die Klasseneinteilung beibehalten wird, ist selbstverständlich... Den Ausgleich zwischen der Vorherrschaft des großen Geldrentiers oben und der Menge der (häufig steuerreichen) Köpfe unten — um die mißliebigen Worte „Plutokratie“ und „Demokratie“ zu vermeiden! — sollen Vergünstigungen an den Mittelstand, an die höhere Bildung, an wirtschaftliche und soziale Rangstellungen bewirken. Man braucht hierbei nicht notgedrungen an die Zuerkennung von Zusatzstimmen für solche Wählerkategorien zu denken. Der Gedanke ließe sich auch durch eine entsprechende Klasseneinteilung verwirklichen. Ob die indirekte Wahl in Form der Einschaltung von Wahlmännern beizubehalten, findet in den Ergebnissen der Wahlrechtsstatistik teilweise ihre Beantwortung. Da zumeist schon die Wahlmänner nach bestimmten politischen Gesichtspunkten ausgewählt und beauftragt werden, könnte hier eine Aenderung Platz greifen, die die Wähler direkt an die Wahlurnen beordert. Geringstens ist es fest, daß die öffentliche Wahl nicht aufgehoben werden wird.“

Die Wahlreform, die das konservative Blatt dergestalt ankündigt, wäre eine organische Fortentwicklung des bestehenden Wahlrechts, aber nichts weniger als eine Wahlreform. Die Vergünstigungen an den Mittelstand, die höhere Bildung, wirtschaftliche und soziale Rangstellungen unter Beibehaltung der

Klasseneinteilung wäre nicht etwa eine Abschwächung des unerhörten Wahlrechts des Dreiklassenwahlrechts, vielmehr eine Vorkündigung der schmachvollen Entrechtung der nichtbesitzenden Klasse!

Denn für die große Masse der Nichtbesitzenden, das Proletariat in Stadt und Land, also für die große Mehrheit des ganzen Volkes, der gesamten Wählerschaft, bliebe ja die vollständige Rechtslosmachung bestehen! Die Vergünstigungen an den „Mittelstand“ stellen ja nur die Gewährung von Scheinrechten an eine relativ kleine Gruppe dar. Das bisherige Wahlrecht, so absurd und empörend es immer war, rächte sich wenigstens in manchen Fällen durch seinen eigenen Überwitz an Angehörigen der besitzenden Klasse dadurch, daß es Kapitalisten und akademisch Gebildete in die dritte Klasse der Nichtbesitzenden hinabschob, während umgekehrt eine Anzahl von wirklichen Proletariern gelegentlich auch in der ersten oder zweiten Klasse wählen konnte. So belanglos das auch für den Klassencharakter des jetzigen Wahlrechts war, so brachte diese Erscheinung doch immerhin auch manchen bürgerlichen Elementen die empörenden Abgeschmacktheiten des Dreiklassenwahlrechts zu Bewußtsein. Würde daasoren nunmehr Vorkehrung getroffen, durch die Elemente des Mittelstandes oder Personen mit finanziell attestierter höherer Bildung aus der dritten Klasse herausgehoben würden, so wäre das nicht eine Verbesserung des Wahlrechts selbst, nicht eine Konzession an die Demokratie, sondern lediglich ein Schutzmittel für die privilegierten Schichten gegenüber den Tücken des jetzt bestehenden Dreiklassenwahlrechts. Es wäre eine Wahlreform für die durch das Dreiklassenwahlrecht ohnehin begünstigten oberen Schichten und zugleich die brutale Vorkündigung der absoluten Entrechtung der breiten Schichten der Nichtbesitzenden!

Wir halten es deshalb trotz der Versicherung der „Schlesischen Zeitung“ denn auch für vollständig ausgeschlossen, daß selbst die Regierung eines Bethmann Hollweg dem Volke mit einer solchen „Wahlreform“ zu kommen wagen könnte. Wir glauben vielmehr, daß diese Ausstreuungen von konservativer Seite nichts sind, als bloße Fühler, um erst einmal die öffentliche Meinung zu sondieren. Die Arbeiterklasse Preußens wird die Reaktion nicht darüber im Zweifel lassen, wie sie über eine solche Volksverhöhnung denkt!

Zentrum und Klassenwahlrecht.

Die „Königliche Volkszeitung“ gibt gleichfalls die Mitteilung wieder, wonach die Wahlrechtsvorlage sowohl das Dreiklassenwahlrecht als die öffentliche Abstimmung beibehalten solle, und knüpft daran die Frage: „Scherz oder Ernst“? Eine solche Wahlreform müsse doch die Wahlrechtsbewegung erst recht entfachen, statt ihr ein Ziel zu setzen.

Leider aber macht das einflussreiche Zentrumblatt auch nicht den schärfsten Versuch, die Regierung, der es schon zutraut, daß sie den Pelz waschen wolle, ohne ihn nah zu machen, seinerseits vorwärts zu drängen. Vielmehr begnügt sich das Blatt mit der Forderung des geheimen Wahlrechts, werde doch für die Beamten das Wahlrecht ohne geheime Abstimmung zur Skarifikatur. Ueber die ungleich wichtigere Frage des gleichen Wahlrechts verliert es dagegen nicht ein Wort! Davon, sagt die „Königliche Volkszeitung“, rede sie absichtlich nicht, weil — man noch keine Sicherheit dafür besitze, wie die Vorlage ausfalle!

Welch oberflächliche Ausrede! Weiß man denn etwas Sicheres über die Absichten der Regierung in bezug auf die öffentliche und geheime Abstimmung?

Aber davon ganz abgesehen: wäre es gerade jetzt nicht die höchste Zeit, der Regierung klar zu machen, daß sie dem Zentrum nicht mit einer Wahlreform kommen dürfe, die die Klassenwahl konservieren soll? Während aber die Konservativen unausgesetzt Prestitionen zugunsten der Dreiklassensystem ausüben, verlegt sich das Zentrum feilschend auf Warten, bis die Regierung von ihrer Wahlrechts-spottgeburt glücklich entbunden wird!

Ja, mehr noch! Die „Königliche Volkszeitung“ gibt der Regierung sogar deutlich zu verstehen, daß nur eine Wahlreform auf Annahme im Landtage rechnen könne, die das Dreiklassenwahlrecht beibehalte!

Dabei weiß das Zentrum, daß das grundsätzlich ist. Es brauchte nur selbst gleich der Sozialdemokratie eine kraftvolle Agitation im Lande zu entfachen, um Konservativen und Nationalliberalen derartig einzuschüchtern, daß selbst sie dem Unwillen der Volksmassen nicht standhalten könnten!

Aber gerade, weil das Zentrum das weiß, inszeniert es keinen Wahlrechtssturm, redet es vielmehr absichtlich nicht von der zu befristenden Volksversammlung durch die Wahlrechtsvorlage!

Die Entlarvung und öffentliche Stämpfung der ultramontanen Wahlrechtshenker muß deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Wahlrechtsbewegung sein!

Usambarabahn und Diamantenfelder.

Nun hat die Budgetkommission trotz aller, namentlich von Herrn Erzberger mit der ihm eigenen inneren Überzeugungskraft vorgetragenen Bedenken den Bau der ostafrikanischen Eisenbahn nach Malak und den Ausbau des Hafens in Tanga gegen die Stimmen unserer Genossen doch gut gehehen. Dieser Beschluß wird dem Reich, wenn die Bahn erst im Betrieb ist, noch recht teuer zu stehen kommen; denn daß die Bahn rentieren wird, hat nicht einmal der Kolonialoptimist Dernburg zu behaupten gewagt! Eine Rentabilität würde nur bei einer dichteren Bevölkerung möglich zu machen sein; daß aber mit einer nennenswerten Zunahme der Bevölkerung in absehbarer Zeit zu rechnen sei, das haben selbst die Freunde des Bahnbaus nicht zu behaupten gewagt. Herr Erzberger warnte sogar ausdrücklich vor Kleiniedelungen, weil sonst ein weißes Proletariat geschaffen werde. Und Staatssekretär Dernburg erklärte ausdrücklich, es sei unmöglich, daß jemand mit einem Vermögen von 6000 M., wie in den Dittmarken, sich ansiedeln könne, dazu gehören mindestens 15 000 M.! Wer übrigens, so fügte der Staatssekretär noch hinzu, zu Hause nicht fortkomme, der werde auch in den Kolonien kein Glück nicht machen! Der früher so warm propagierte Gedanke, die sogenannte „Ueberflüssbevölkerung“ aus „nationalen“ Gründen in den deutschen Kolonien anzusiedeln, um sie „dem Deutschtum zu erhalten“, ist jetzt also vollständig aufgegeben! Genosse Ledebour unterließ es denn auch nicht, diese Schwendung in unserer Kolonialpolitik ausdrücklich zu konstatieren.

Durch den Nachtragsetat für Südwestafrika ermäßigt sich der Reichszuschuß um 872 000 M., weil die eigenen Einnahmen aus Zöllen im Etat für 1909 nur mit 1 200 000 M. eingestellt waren, aber voraussichtlich 3 Millionen Mark mehr ergeben werden. Die Gesamtdiamantenproduktion stellte sich bisher auf monatlich 40 000 Karat. Und da für das Karat durchschnittlich 28 M. erzielt worden sind, so hat die Jahresproduktion einen Wert von reichlich 12 Millionen Mark. Hier von fließt ein Drittel — gleich 4 Millionen Mark — in Form von Ausfuhrzöllen in die Kasse der Kolonialverwaltung.

Nach diesen Darlegungen scheint die wasserlose Wüste, in der die Diamanten gefunden werden, kapitalistisch betrachtet, sich „rentieren“ zu sollen. Ob die Herrlichkeit aber von langer Dauer sein wird, das ist allerdings eine andere Frage. Auf der anderen Seite haben die Diamanten natürlich ihren Hauptwert, wenn nicht ihren einzigen Wert, wegen ihrer Seltenheit. Ein starkes Angebot muß selbstverständlich die Preise drücken. „Auf die Dauer“, so meinte denn auch Herr Dernburg selber, „hält der Markt das nicht aus!“ Wäre Amerika, dieser gute Abnehmer, nicht gewesen, dann wären jetzt schon Abiagschwierigkeiten entstanden!

Die von den Diamantgesellschaften in Südwestafrika gegen ihn gerichteten Vorwürfe, als ob er die Deutsche Kolonialgesellschaft bevorzugt habe, weist der Staatssekretär zurück. Er habe das Interesse des Reiches gegen die Interessen einzelner Gesellschaften gewahrt; wolle man aber die Rechte der Deutschen Kolonialgesellschaft nicht anerkennen, so würden die Rechte aller Weissen zusammenbrechen; der Partikularismus, der sich in der Forderung ausdrückt: Südwestafrika den Südwestafrikanern, habe nicht die geringste Berechtigung, denn die Kolonien hätten uns schon genug Opfer aufgelegt . . .

Die Beratung wurde noch nicht zu Ende geführt.

Das aufgelöste Parlament.

Aus London wird uns geschrieben: Mit der Auflösung des Parlaments, die heute stattfand, kommt eine der wichtigsten Legislaturperioden in der Geschichte Englands zu Ende. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß von diesem Parlamentsabschnitt an einmal

der Beginn einer neuen Periode in der englischen Geschichte datiert werden wird.

Das Jahr 1906, in dem das Parlament gewählt wurde, bezeichnet den Schluß einer zwanzigjährigen, kaum unterbrochenen reaktionären Epoche. Die Frage der Selbstverwaltung Irlands hatte die liberale Partei zertrümmert deren rechter oder unionistischer Flügel unter Chamberlain nun mit den Konservativen die Ministerposten besetzte. Der chauvinistische Kameval der Burenkriege erneuerte im Jahre 1900 noch einmal das Mandat der Koalition. Dann kam die Kassenjammervorstellung. Der Krieg, der nur 200 Millionen Mark kosten sollte, kostete 5 Milliarden Mark. Das Fehlen des verschleuderten Geldes machte sich im Erwerbsleben recht unangenehm bemerkbar. Soldaten, die sich in Südafrika für das Vaterland geschlagen hatten, liefen arbeitslos in den Straßen Londons umher. Was aber das Schlimmste war, war die empörende Tatsache, daß das einzige greifbare Resultat des südafrikanischen Krieges die Einführung der Sklaverei in den Randgruben war. Das war es also, wofür sich die englischen Truppen geschlagen hatten! An die Stelle der freien weißen Arbeiter traten nun die wie Sklaven behandelten chinesischen Kulis. Da packte das englische Volk eine helle Wut. „Die Briten werden niemals Sklaven sein“, heißt es in dem Nationalhymne; und hier magt man es, mit Hilfe der englischen Waffen, die Sklaverei wieder einzuführen. — Die Konservativen bekamen bei den Wahlen im Jahre 1906 einen Denkzettel, der sie sprachlos vor Erstaunen machte. Ihre frühere Majorität von 134 wurde in eine bisher unerreichte Majorität der liberalen Partei verwandelt.

Die letztere Partei bildete mit den Irländern und der Arbeiterpartei eine Majorität von 354 Stimmen und konnte selbst im Falle, daß sich die Irländer und die Arbeiterpartei bei irgendeiner Frage mit den Konservativen verbündeten, noch immer eine Majorität von etwa 80 aufbringen.

Die liberale Partei war eigentlich recht ungeschuld an dem Ausfall der Wahl. Sie war weder innerlich fest — denn noch intrigierten die liberalen Imperialisten —, noch hatte sie irgendein Programm, das dem Volke Vertrauen und Hoffnung einflößen konnte. Aber so allgemein war die Erbitterung gegen die Konservativen, die den guten Namen der Nation befudelt hatten und allgemein für die Krise, aus der man sich eben erholt hatte, verantwortlich gemacht wurden, daß man der Gegenpartei die Stimmen gab, ohne sich sonderlich um deren Können und Versprechen zu kümmern. Außer dem Mandat, die Sklaverei der chinesischen Kulis in den afrikanischen Goldgruben abzuschaffen, hatten die Liberalen somit keine Ordre erhalten, die darauf schließen ließe, was das Volk von ihnen verlange. Die übrigen Fragen des libe-

Majorität oder gar eine Minorität der Wähler die Mehrheit im Parlament besitzt. Den großen konservativen Majoritäten der Parlamente, die aus den Wahlen der Jahre 1895 und 1900 hervorgegangen, entsprachen zum Beispiel nur ganz geringe Mehrheiten im Lande. Allgemein herrscht die Ansicht, daß die Liberalen mit einer reduzierten Mehrheit als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen werden. Die Ansicht ruht auf der gut begründeten Annahme, daß die Liberalen eine Reihe der bei den letzten Wahlen mehr durch Glück eroberten Wahlkreise und besonders London nicht halten werden können. Denn London besitzt ein großes Heer von disziplinierter Arbeiter und ein Kleinbürgertum, das den Bauernfängern der Tarifreformliga ohne Mühe ins Garn läuft.

Das Kampffeld, das sich die Liberalen ausgesucht haben, ist für die Arbeiterpartei kein sehr günstiges. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Frage der Lords und der Tarifreform die sozialen Fragen in den Hintergrund gedrängt haben. Dabei steht der Partei kein einziges Tagesblatt zur Verfügung, das die Interessen des Proletariats inmitten des Geschreis der bürgerlichen Presse verteidigen könnte. Schließlich ist auch zu befürchten, daß der Zweck der liberalen Sozialpolitik, die Arbeitermassen an sich zu fesseln, in einigen Wahlkreisen erreicht worden ist und daß mancher Arbeiter, der auf dem Wege zur Arbeiterpartei war, sich wieder zur Umkehr hat bewegen lassen. Werden sich auch die großen Hoffnungen, die man noch vor einiger Zeit hegte, wahrscheinlich nicht erfüllen, so ist es doch ziemlich sicher, daß die Arbeiterpartei bedeutend verstärkt ins Parlament zurückkehren wird. Eine 50 bis 60 Mann starke Arbeiterpartei würde im künftigen Parlament eine ganz hervorragende Rolle spielen können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Januar 1910.

Um das Wahlrecht.

Aus dem Reichstag, 13. Januar. Die Fortführung der Debatte über die Interpellation wegen der Beamtenmaßregelungen in Rattowitz entwickelte sich zu einer allgemeinen Auseinandersetzung über das Wahlrecht. Zunächst ging der freisinnige Abgeordnete Schrader mit den Regierungsvertretern scharf ins Gericht wegen ihrer Versuche, den Beamten die Ausübung des Wahlrechts zu verkümmern. Durchaus zutreffend verlangte er auch, daß der Reichskanzler in solchen Fällen vor dem Reichstag erscheine, um die Vertretung der Reichspolitik zu übernehmen.

Genosse Südekum arbeitete dann die Wahlrechtsfrage noch schärfer heraus. Zunächst rechnete er mit den Polen ab, weil sie in der letzten Session die Interessen der von ihnen vertretenen Bevölkerungsteile so sehr mißachtet hätten, daß sie der kaiserlichen Regierung Weisnisse leisteten durch Bewilligung der geforderten indirekten Steuern aus den Taschen gerade des ärmeren Volkes. Für das Zentrum und die Polen sei die tapfere Beamtenmaßregelung in Rattowitz geradezu eine Rettungsaktion gewesen, da die Regierung damit ihren beiden Steuerverbündeten die Möglichkeit gegeben habe, durch Verteidigung der bedrohten „Religion“ und „Nationalität“ das erwachende Mißtrauen ihrer Anhängerschaft wieder einzuschläfern. Südekum ließ aber auch keinen Zweifel darüber, daß die Sozialdemokratie jede Beeinträchtigung des Wahlrechts der Beamten auf das schärfste bekämpfe, welche Partei auch davon betroffen werde. Er wies dann dem nationalliberalen Herrn Heinze nach, daß er durch seine Verteidigung der kaiserlichen Gewaltspolitik die fremden- und deutschfeindliche Gewaltpolitik des Jaren in Ruhland stütze, während obendrein die nationalliberalen Werksbesitzer in Rheinland und Westfalen ihren deutschen Patriotismus durch Einführung polnischer Arbeiter zum Zweck der Lohnrückerei betätigen. Eine gute Wirkung habe jedenfalls die Rattowitzer Debatte in der Beziehung gehabt, daß sie aller Welt gezeigt habe, wie die öffentliche Abstimmung durch den Terrorismus der Regierung zur Fälschung der Wahlen mißbraucht werde. Insofern sei das also ein wertvoller Beitrag zu dem Wahlrechtskampf, der jetzt auch in Preußen geführt werde.

Der Reichsparteiler Kolbe und der Antisemit Vattmann brachten darauf noch Neuauflagen der Galatienrede des nationalliberalen Herrn Heinze vor, wobei Herr Vattmann, seines Zeichens Amtsrichter, durch einige plumpe Ausfälle gegen die Sozialdemokratie hoffentlich das Wohlgefallen der Minister erweckt hat, denen ja sonst diese Debatten wenig vergnügliche Augenblicke bereitet haben.

Der Pole v. Dymbowski-Pomian vertrat nochmals den Standpunkt seiner Partei, wobei er die niedliche Enthüllung machte, daß Herr Heinze sich keine Informationen über die „großpolnische Bewegung“ bei dem — Polizeirat Mädlar in Oberschlesien geholt habe. Das rühte denn allerdings den nationalliberalen Polizeipatriotismus erst in das richtige Licht. Damit ging die Debatte zu Ende.

In vorgerückter Stunde hielt dann noch der neue Staatssekretär des Reichsjustizamts, Herr Visco, seine Antrittsrede zur Begründung der Justizgesetze. Dem neuen Herrn geht der Ruf eines tüchtigen Juristen von liberaler Färbung voraus. Für parlamentarische Geschäfte ist er aber leider nur recht mangelhaft veranlagt. Er verfügt nur über eine sehr schwache, dünne Stimme und konnte sich von seinem Manuskript so wenig emanzipieren, daß er mit gesenktem Haupte jeden Satz ablas. So war er kaum auf den vorderen Abgeordnetenbänken, auf der Tribüne aber gar nicht zu verstehen. Daß ein Minister sich verständlich zu machen versteht, ist jedoch eine zwar rein äußerliche, aber doch unumgängliche Vorbedingung für die Ausübung seines Amtes. Hoffentlich gelingt das Herrn Visco demnächst besser.

Waisenaussteuer für die fortfallende Wittwenrente.

Ueber die geplante Gewährung einer Waisenaussteuer im Rahmen der Reichsversicherungsordnung schreibt man dem „N. Vol. Korresp.“: Wenn beide Ehegatten Versicherungsbeiträge entrichtet hatten und die Witwe wegen des auf ihrer eigenen Beitragsleistung beruhenden Invalidenrentenanspruchs einen Anspruch auf Wittwenrente nicht erheben kann, so soll hierfür außer dem Wittwengeld auch eine Zahlung an die Waisen geleistet werden. Abgesehen von dem Zeitpunkt unmittelbar nach dem Tode des Ehemannes, der für die Gewährung des Wittwengeldes entscheidend ist, entstehen für die Hinterbliebenen auch bei der Schenkung der Waisen und ihrem Eintritt in eine Berufstätigkeit erhebliche bare Auslagen. Da nun zu diesem Zeitpunkt auch regelmäßig der Weg der Waisenaussteuer endigt, so ist in Aussicht genommen, den Hinterbliebenen zur Deckung dieser Unkosten als weiteren Ersatz für die fortfallende Wittwenrente eine einmalige Auszahlung als Waisenaussteuer zur Verfügung zu stellen. Für ihre Zulassung wird ebenso wie beim Wittwengeld das Versicherungsverhältnis der Mutter beim Tode des Ehemannes maßgebend sein. Entweder muß die zu diesem Zeitpunkt noch erwerbsfähige Ehefrau durch ihre

Arbeiter! Entrechtete!

Auf zum Protest gegen die Verschleppung Cures Rechts! Bekundet Eure Entschlossenheit zum Kampfe, erneuert das Gelöbdis, nicht zu rasen und zu rasen, bis das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen Wirklichkeit geworden!

Erscheint in Massen am Sonntag zur ersten

Wahlrechtsheerschau!

ralen Programms, die Schulfrage, die Forderungen der Temperenzler und Irländer, hatten bei der Wahl keine große Begeisterung im Volke ausgelöst.

Nicht weniger überraschend als der gewaltige Zuwachs der liberalen Mandate war das Anwachsen der jungen Arbeiterpartei. Aus einer winzigen Gruppe von einigen Mitgliedern war sie jetzt zu einer Partei von 30 Mann herangewachsen, die immer mehr Anhänger an sich zog und anfang, der liberalen Partei Kopfschmerzen zu machen. Es ist für den Grad der politischen Reife des englischen Liberalismus bezeichnend, daß er sich gleich in die neuen Verhältnisse einzuleben verstand. Eine neue Kraft war entstanden, die sich anschickte, mit den beiden historischen Parteien, die über zwei Jahrhunderte das parlamentarische Leben Englands beherrscht hatten, um die Macht zu ringen. Eine neue Kraft, die hauptsächlich nur auf Kosten der liberalen Partei wachsen konnte, lahm zu legen oder, wenn möglich, ganz auszuschalten, wurde jetzt eine der ersten Aufgaben der liberalen Politik. Die lange Reihe der für die Arbeiterklasse Englands berechneten Reformen, die im letzten Parlament geschaffen wurden, kann nur auf den direkten und indirekten Einfluß der politischen Arbeiterbewegung zurückgeführt werden. Mit der Beseitigung der durch die Taff-Bale-Entscheidung entstandenen Zustände setzte die liberale arbeitervreundliche Politik ein. Dann folgte der Ausbau des Unfallentschädigungsgesetzes, das Achtstundengesetz für den Bergbau, die Alterspensionen und schließlich das Budget Lloyd Georges, das in den im nächsten Jahre zu erwartenden Ueberschüssen der Arbeiterklasse ein Handgeld für die versprochene Arbeiterversicherung gibt. Das Fehlschlagen der für das liberale Bürgertum berechneten Politik, der Zusammenbruch der Schul- und Schankvorlagen, machte es nur noch notwendiger, daß sich die Regierung auf die Arbeitermassen stütze. Das liberale Bürgertum allein war nicht stark genug, um den Lords und der konservativen Partei, die seine Politik vereiteln, erfolgreich die Stirn bieten zu können. Um die alte Frage der Lords mit Aussicht auf Erfolg anzuschneiden zu können, bedurfte es eines scharfen Konflikts zwischen den Interessen des Volkes und den im Oberhause vertretenen Interessen. Wie Aquith den Fehlschlagplan gegen die Lords in seinem Budget des Jahres 1908 entwarf und wie Lloyd George ihn im Jahre 1909 ausarbeitete, ist schon bekannt. Das alleinige Recht der Geld- und Steuerbewilligung, das die Volksvertretung im 19. Jahrhundert erfolgreich gegen das Königtum behauptet hatte und das den Grundstein der englischen Demokratie bildet, wurde wiederum als Waffe gegen die Lords und die hinter ihnen stehenden plutokratischen Elemente benützt. Diese Tatsache allein läßt die Wichtigkeit des bevorstehenden Kampfes und die Möglichkeiten der künftigen Entwicklung Englands erkennen.

Der Wahlkampf dürfte, soweit man ihn jetzt übersehen kann, keine großen Ueberraschungen bieten. Freilich kann einem der Zufall einen Strich durch die Rechnung machen. Es ist in Großbritannien bei dem veralteten Wahlsystem, das keine Stichwahlen zuläßt, sehr gut möglich, daß eine kleine

Beitragsleistung die Wartezeit für die reichsgerichtliche Invalidentrente erfüllt und über Anwartschaft aufrecht erhalten haben, oder die Ehefrau, die zu diesem Zeitpunkt schon Invalide ist, muß den Anspruch auf eine Invalidentrente erworben haben. Wenn aber die Witwe erst nach dem Tode des Ehemannes, aber vor Ablauf des fürsorgerbedürftigen Alters der Waisen die Wartezeit für die Invalidentrente erfüllt hat, weil sie beim Tode des Mannes die erforderliche Zahl von Beiträgen noch nicht entrichtet oder die Beitragsleistung erst nach diesem Zeitpunkt begonnen hat, so soll den Waisen auch in diesen Fällen die Waisenaussteuer gewährt werden.

Ein gefährdeter Handelsvertrag.

Es ist nicht mehr zu bezweifeln, daß es, je länger unser Zolltarif besteht, desto schwerer wird, brauchbare Handelsverträge abzuschließen. Wegen unserer fast prohibitorisch wirkenden Lebensmittelpolitik wendet auch das Ausland erheblich höhere Hölle an, die unserer Industrie das Leben sauer machen. Zwar werden fortgesetzt Handelsverträge abgeschlossen, aber so recht befriedigt ist eigentlich kein Mensch davon. Das lehrt wieder der dem Reichstage vorgelegte Handelsvertrag mit Portugal, über den eine besondere Kommission beraten hat. Der Vertrag stellt insofern ein Novum dar, als er neben der Meißelbegünstigung zugleich eine von Portugal zugestandene Teiltarifbindung enthält. Eine Tabelle B enthält jene Artikel, für die eine Zollserhöhung für die Dauer des Vertrages ausgeschlossen sein soll, eine Tabelle A dagegen enthält jene Artikel, für die Portugal jederzeit eine Zollserhöhung eintreten lassen kann. Gerade diese letztere Tabelle enthält aber eine Menge Artikel, an deren Ausfuhr Zweige der deutschen Industrie erheblich beteiligt sind. Dazu kommt, daß Portugal in der letzten Zeit seine Hölle an sich erheblich durch Zuschläge erhöht hat. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß einzelne deutsche Industrien, die sich besonders benachteiligt fühlen, lebhaft gegen die Zustimmung zu diesem Vertrag protestieren. Allerdings verlangen auch eine Reihe Petitionen das Gegenteil. Ob alle diese letzteren Petitionen einwandfrei zustande gekommen sind, steht dahin. Bedenken nach dieser Richtung muß die Angabe des nationalliberalen Abgeordneten Merkel mahnen, der erhoben hat, daß ein Attaché der deutschen Gesandtschaft in Lissabon den Weihnachtsurlaub, den er in Berlin verbrachte, dazu benutzt hat, bei deutschen Importeuren eine Petition zu bestellen, die die Annahme des Handelsvertrages als im Interesse Deutschlands gelegen behauptet. Diese Petition ist vermutlich noch unterwegs. Abg. Mollenhuth erklärte auch mit aller Deutlichkeit, daß solche Verträge bei unseren Hölle gar nicht anders ausfallen können. Wenn die Sozialdemokraten in der Kommission für den Vertrag stimmen, so nur deshalb, weil er noch immer bessere Verhältnisse schafft, als sie unter einem vertragslosen Zustand sich ergeben müßten. — Die Situation hatte sich derart zugepointet, daß mit der Möglichkeit einer Ablehnung des Vertrages gerechnet werden mußte, unter welchen Umständen es geraten schien, die Abstimmung auf den 20. Januar zu verschieben, um den Fraktionen eine nochmalige Beratung zu ermöglichen.

Die Zentrum-Durchlaucht.

Große Freude herrscht seit Wochen im Reichstagswahlkreis des Herzogs von Arenberg. Die von der Zentrumswahlerschaft schon so lange vergeblich gehegte Hoffnung, endlich einmal ihren erkorenen Vertreter von Angesicht zu Angesicht zu schauen und seine Durchlaucht vom Volke herabsehen zu sehen, war der Erfüllung nahe. Der Ort Friedensthorst war als Schauplatz dieses denkwürdigen Ereignisses ausersehen, und von fern und nah strömten die Getreuen herbei. Aber eine bittere Enttäuschung wurde ihnen, der Herzog ließ sich entschuldigen, er hatte „dringende Geschäfte“ in Belgien auf seinen dortigen Besitzungen, er hatte, er schien zwar auch ein Reichstagsabgeordneter, aber seine Durchlaucht, sondern ein einfacher Schulmeister, Herr Sittart aus Kachen. Die Rede, die dieser Herr nun hielt, war von Anfang bis zu Ende ein von Ehrfurcht strotzender Hymnus auf den durchlauchtigsten Vertreter des Wahlkreises und eine Auseinandersetzung über die hohe Gnade und Auszeichnung, welche nicht diesem Wahlkreise allein, sondern der ganzen Zentrumspartei dadurch, daß Se. Durchlaucht das Mandat anzunehmen gnädigst geruht habe, erwiesen worden sei.

Unter anderem sagte Herr Sittart, der sich selbst als Bescheldenen, ehrsamem Volksknecht bezeichnete:

„Genugtuung wird es Ihnen auch bereiten, zu hören, daß ich schon wiederholt beobachtet habe, wie der Herzog des Nachmittags seine Tasse Kaffee in Gesellschaft von Arbeitersekretären und Kleinhandwerkern trank und sich eingehend nach den Sonderwünschen dieser Stände erkundigte. Das war für mich ein um so erhebenderes Bild, als in einer anderen Partei, die ich nicht nennen will, Grafen und Barone ihre Fraktionskollegen aus niederen Ständen in einer Weise von oben herab zu behandeln pflegen, daß es selbst den Reklern im Lokale auffällt.“

Die frommen Schläfen des Zentrums, die antwortend waren, hatten bei dieser Reuehochzeit Weisheit. Selig sind, die geistig arm sind!

Trübung im schwarz-blauen Bloß.

In dem reichsständischen Streit zwischen Regierung und Klerus stellt sich jetzt die „Kreuzzeitung“ auf die Seite der Regierung und läßt an dem Bischof Benzler eine recht unsonstige Kritik. Die „Germania“ ist darüber ganz unglücklich; sie zitiert den Artikel der „Kreuzzeitung“ und fährt dann, die Kraftstellen aus demselben wiederholend, fort:

„Sprachrohr der Leidenschaften einer streußelosen demokratischen Arielei“, das unsagbar plumpe Schriftstück des Schlußfreundes mit seinen großen Beschimpfungen, „übelberufener Amtsbrecher“, ein Venediktinerdom mit mönchlichen Anschauungen“ usw. — das wenigstens wird wohl „bornehm“ sein in der „Form“! Das sollte einmal Beilaid Nigiet geschrieben oder einer der beiden Bischöfe sich „zu eigen“ gemacht haben. Von dem Inhalt des Artikels wollen wir hier nicht reden. In ihrer Nummer 13 vom 9. Januar hat dieselbe „Kreuzzeitung“, nachdem sie sich des langen und breiten über den Kompromißstillsitz und das Zentrum geäußert hatte, folgendes Bekenntnis abgelegt:

„So bleibt die Stellung der Konservativen allen staatsrechtlichen Konflikten gegenüber genau die, die sie immer war: streng aber unmachbare Defensiv, Stärkung unserer kirchlichen und geistigen Macht in treuer Arbeit, Ablehnung aller Unbegründungen von links, die niemals unsere Freunde sein können, und Vertrauen auf die festhaltende Macht des Evangeliums.“

Die „Germania“ vermutet, daß die „Kreuz-Ztg.“ unter dem Evangelium den Protestantismus verstehe und die evangelische Kirche stärken wolle.

Arbeitslosenversicherung im sächsischen Landtage.

In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer begründete Genosse Riem in würdiger Weise einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Staatsunterstützung für solche Gemeinden, die Arbeitslosenversicherung nach dem Center System eingeführt haben. Die Regierung solle die Gemeinden

zur Errichtung solcher Arbeitslosenversicherungen anhalten. Zur Unterhaltung der Gemeinden wurden 200 000 M. gefordert.

Der Minister Graf Vithum bestritt in einer Erwiderung, daß eine akute Notlage infolge Arbeitslosigkeit vorliege. Seine Ausführungen verrieten, daß er von der Frage der Arbeitslosenversicherung, ja von der ganzen Arbeitslosennot keine Ahnung hat. Er operierte mit Zahlen aus einigen Städten, die nichts beweisen, und zeigte so nebenbei, daß er nicht einmal weiß, daß durch das Reichsarbeitsblatt“ allmonatlich auf Grund der Arbeitsnachweisegebnisse, der Umfang der Arbeitslosigkeit für ganz Sachsen zahlenmäßig festgestellt wird. Es ergab sich auch, daß das Ministerium das „Reichsarbeitsblatt“ gar nicht befragt; als ein sozialdemokratischer Abgeordneter danach fragte, bekam er zur Antwort, es sei wohl befragt worden, aber noch nicht eingetroffen. Der Minister erklärte schließlich, die Regierung müsse es mindestens zurzeit ablehnen, eine Arbeitslosenunterstützung auf Kosten der Allgemeinheit durchzuführen. Als er gegen die Ausführung des sozialdemokratischen Antrages, Sachsen sei das Musterland der Arbeiterfeindschaft, die ungläubliche Behauptung aufstellte, in Sachsen würden die Interessen aller Staatsbürger gleichmäßig vertreten, antworteten ihm stürmische Protestrufe bei den Sozialdemokraten.

Der nationalliberale Seminardirektor Seyfert führte mit Worten, die Wohlwollen für die Arbeitslosen verraten sollen, einen Entzug um den Antrag aus, während sich der freisinnige Bürgermeister Dr. Rasch mit einigen Einschränkungen für den sozialdemokratischen Antrag erklärte. Der konservative Bürgermeister Wittich hatte mit Fleiß Material zusammengetragen, das er gegen die kommunale Arbeitslosenversicherung auspielte; die mit Erfolg durchgeführten Versuche mit dem Center System übergang. Dabei mutete er dem Hause noch zu, zu glauben, daß die konservativen Wohlwollen für die Arbeitslosen hätten.

Genosse Heldt ging mit satirischer Schärfe den Ausführungen der Bürgerlichen und besonders des Ministers zu Leibe, der noch eine schwächliche Abwehr verlor. Der Nationalliberale Langhammer und der Konservative Dr. Böhm sprangen ihm bei, worauf Genosse Riem die Schlussrede hielt.

Der Antrag wurde schließlich der Reichstagsdeputation überwiesen. Da Genosse Frähdorf in dieser Deputation den Vorsitz führt, dürfte auf eine baldige Behandlung und Verabschiedung der wichtigen Sache zu rechnen sein. Von der Regierung ist freilich nach den Erklärungen des Ministers nicht viel zu erwarten, wenn es nicht gelingt, sie in der zweiten Lesung zu einer besseren Einsicht zu bringen.

Die Schiffahrtsabgaben in der sächsischen Kammer.

Dresden, 13. Januar. In der Ersten Kammer kam es heute über die preußischen Pläne bezüglich der Schiffahrtsabgaben zu längeren Erörterungen, in der der Staatsminister Graf Vithum von Eckardt darauf hinwies, daß die sächsische Regierung heute noch den gleichen abnehmenden Standpunkt einnehme wie in der Denkschrift. Er werde sich mit der Frage befassen, er sei aber jetzt schon überzeugt, daß durch eine Durchführung der Pläne Preußens die wirtschaftliche Entwicklung Sachsens in bedenkliche Bahnen gelenkt werde und die sächsischen Interessen bedeutend gefährdet würden. Er sei ferner der weiteren Überzeugung, daß eine Änderung der Reichsverfassung, wenn sie die Rechte einzelner Bundesstaaten einschränkt, nicht ohne die Zustimmung Sachsens und nicht gegen den Willen Sachsens beschloffen werden dürfe.

Ein nettes Geschäft.

In einem Bericht ihres Straßburger Korrespondenten über den Konflikt der Regierung der Reichslande mit den Straßburger und Meyer Bischöfen, den die „Allm. Volksztg.“ veröffentlicht, steht folgender Satz:

„Hatte vor drei Jahren der Unterstaatssekretär den jetzt angezogenen Artikel 6 der organischen Artikel vergessen, als er den Bischof von Straßburg dazu bewegen wollte, durch eine öffentliche Kundgebung zugunsten der liberalen Reichstagskandidaten einzutreten?“

Hierdurch wird klipp und klar bekräftigt, daß die Liberalen durch die Regierung sich des Bischofs bedienen wollten, als sie bei der Reichstagswahl 1907 in Straßburg im Kampfe gegen die Sozialdemokraten standen, für deren Kandidaten Reichstagsabgeordneten Böhle die Situation in der Stichwahl dadurch günstiger wurde, daß das Zentrum Wahlenthaltung proklamiert hatte. Der Unterstaatssekretär, der damals den vergeblichen Versuch beim Bischof machte, ist der heute noch im gleichen Amte stehende Dr. Petri.

Als damals die Sozialdemokraten und ihre Presse in Straßburg auf das unehrliche Manöver der Liberalen hinwiesen, wurden sie als Verleumder beschimpft.

Ein Volksmann in des Wortes edelster Bedeutung.

Herr von Gescher ist von seinem Amte als Regierungspräsident von Münster zurückgetreten, um sich als demnächstiger konservativer Parlamentarier ganz der Politik widmen zu können. Bei einer Abschiedsfeier, die von den Vertretern des Handels, der Kommunen und des Gewerbes veranstaltet wurde, hielt er eine Abschiedsrede, in der er seine Freude darüber zum Ausdruck brachte, daß die Bestrebungen des kurzsturz an der Verfallung des Regierungsbezirks Münster maßlos abgeglitten seien. Er sei stolz darauf, daß der Bezirk der von der Sozialdemokratie der besetzte hatte im ganzen preussischen Staate sei. Die „maßlos“ das Abgleiten der sozialdemokratischen Ideen im Regierungsbezirk Münster gewesen ist, geht schon allein daraus hervor, daß bei der Wahl im Jahre 1907 rund 10 Proz. der abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokratie entfielen. Ferner ist auch bei den Kommunalwahlen ein mächtiges Fortschreiten der Sozialdemokratie zu verzeichnen. Und dies alles hat sich unter der Regime von Geschers vollzogen, wiewohl er den Polizeiterror wie kein zweiter zu handhaben verstand. Das Vorgehen der Redaktionshäuser Polizei hat von Gescher ausdrücklich dadurch gebilligt, daß er die gegen diese Übergriffe massenhaft eingeleiteten Beschwerden sämtlich zurückwies, bis durch den auffehenerregenden großen Redaktionshäuser Polizeiprozess dies System gerichtet wurde.

Die Zentrumspresse, voran der „Westf. Merkur“, feiert von Gescher als einen „Volksmann in des Wortes edelster Bedeutung“. Worin diese Volksmännlichkeit bestanden hat, geht aus seiner Abschiedsrede hervor: die Bekämpfung der Sozialdemokratie mit dem Polizeiknüppel.

Die Konservativen sind zu gratulieren. Herr von Gescher wird an der Seite bezzer um Arcth einen würdigen Kämpfer abgeben.

Das Cofin als Mittel gegen Fieber.

Im Gesundheitsamt in Berlin werden zur Zeit Säuweine gesüßert und geschlachtet, um die Wirkung des Cofin feststellen zu können. Während mit der gefärbten Gerste ein Schwein pro Tag 0,17 Gramm Cofin vertilgt, haben von den im Reichsgesundheitsamt verpflegten Schweinen, eines 240 Gramm, ein anderes sogar 800 Gramm Cofin gefressen, ohne an ihrer Gesundheit Schaden gelitten zu haben. Ein fieberkrankes Schwein hat sich sogar während der Fütterung mit Cofin-Gerste wieder erholt. Es sind offensichtlich preussische Musterschweine, die im Reichsgesundheitsamt als Versuchobjekte untergebracht sind.

Die Gewerkschaften unter liberalen Reichsvereinsgesetz.

Neue Polizeimaßnahmen gegen die freien Gewerkschaften werden aus Thorn bekannt. Kaum ist das Urteil des Oberlandesgerichts bekannt geworden, wonach die Zahlstelle der Töpfer in Thorn für politisch erklärt und der Vorsitzende zu

15 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist, so ist schon wieder eine große Aktion im Gange. Gleich nach Neujahr erhielt der Vorstand der Zahlstelle der Maurer von der Polizei die Aufforderung, ein Verzeichnis der Vorstandsglieder einzureichen. Der Vorstand hat in diesem Fall aber der Polizei geantwortet, daß für ihn nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes keine Veranlassung vorliegt, dem Anfordern der Polizei nachzukommen. Mit denselben Mitteln setzte die politische Aktion gegen die Töpfer ein. Veraltete polizeiliche Versammlungsberichte aus der Zeit des alten Vereinsgesetzes bildeten die Unterlage zu dem Vorgehen bei den Töpfen. Jedemfalls tramt nun die Polizei die alten verstaubten Akten wieder vor, um auch gegen die Maurer in derselben Weise vorzugehen, in dem Bewußtsein, daß ihre Handlungsweise durch Gerichtsbeschluss bestätigt wird.

„Der bunte Hand“.

Für den Janiabund haben die Leute vom Bund der Landwirte eine Bezeichnung erfunden, die vermutlich bald von den Bündlern allgemein angewendet werden wird. Auf der Bündlerparade für Schleswig-Holstein sprach der hannoversche Junker v. Ledegow über den Janiabund, den er unter dem Gewerbe der Agrarier „Der bunte Hand“ taufte.

Ein militärischer „Turnlehrer“

stand am Mittwoch in der Person des Gefreiten Karl Krumpke von der 7. Kompanie 71. Infanterieregiments in Erfurt vor dem Kriegsgericht der 28. Division daselbst. Der Soldaten-„Träger“ hatte die Aufsicht beim Turnen, wobei er mehrere der Leute durch Fehltritte mißhandelte. Der gegen mehrere Soldaten so tapfere Herr Gefreite hatte vor dem Kriegsgericht allen Schweiß verloren, nur zögernd gestand er sein Vergehen ein. Er wurde zu nur 14 Tagen Militärarrest verurteilt.

Oesterreich.

Der obstruierte Landtag.

Wien, 13. Januar. (B. Z. W.) Die morgen erscheinenden Proger Blätter werden eine Mitteilung veröffentlichen, derzufolge voreerst in Prag der Versuch gemacht werden soll, eine kurze Session des böhmischen Landtags sicherzustellen. Der Oberlandmarschall und der Statthalter werden auf Grund von Informationen des Ministerpräsidenten die Verhandlungen mit den Landtagsparteiern Anfang der nächsten Woche eröffnen.

Frankreich.

Das Wahlgeheimnis.

Paris, 12. Januar. (B. Z. W.) In der Deputiertenkammer wurde über eine sozialistische Interpellation beraten, in der die Regierung nach den Maßnahmen gefragt wurde, die sie bei den Wahlen von 1910 zur Sicherung der Anwendung des Gesetzes über den Schutz des Wahlgeheimnisses zu treffen gedenke. Der Ministerpräsident erwiderte, man könne die Beratung über das Alexanderfortgesetz nicht unterbrechen, übrigens stände die angeregte Frage ja ohnedies nach dessen Erledigung auf der Tagesordnung. Als darauf mehrere Tagesordnungen eingebracht wurden, erklärte Briand, er könne nur die einfache Tagesordnung annehmen. Auf diese Weise werde die Kammer ihrem Vertrauen zur Regierung Ausdruck geben. Die Kammer nahm darauf mit 192 gegen 4 Stimmen eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen und die Billigung ihrer Erklärungen ausgesprochen wurde.

Spanien.

Demonstrierende Offiziere.

Madrid, 13. Januar. Infolge von Kundgebungen, die eine Gruppe von Offizieren gestern abend vor dem Hause einer militärischen Zeitung wegen deren Kritik an den Auszeichnungen für die Teilnehmer an den Kämpfen in Marocco veranstaltete, hat die Regierung folgende Maßregelungen verfügt: Der Generalkapitän von Madrid ist seines Amtes enthoben worden, alle Korpskommandeure sind, soweit ihnen unterstellte Offiziere an den Kundgebungen teilgenommen haben, zur Disposition gestellt worden. Mehrere Offiziere, die die Demonstrationen anführten, wurden mit Festungshaft bestraft; die übrigen Demonstranten soll dieselbe Strafe treffen, sobald ihre Namen festgestellt sind.

Amnestie?

Barcelona, 13. Januar. Die Regierung hat angesichts des Konflikts, welcher möglicherweise anlässlich der für heute geplanten Kundgebung ausbrechen könnte, bereits vorher die Amnestie für die Verurteilten der Juli-Ereignisse zugestanden.

Rußland.

Diebische Offiziere.

Kasan, 13. Januar. (B. Z. W.) Vor dem hiesigen Militärgericht kam heute ein Prozeß, der drei Wochen in Anspruch nahm und Mißbräuche bei der Intendantur zum Gegenstand hatte, zum Abschluß. Er endete mit der Verurteilung von zwei Oberleutnants und acht anderen Offizieren zum Ausschluss vom Dienst, zum Verlust der Rechte ihres Ranges und der Orden und zur Einreichung in die Korrekturen-Arrestanten-Abteilung. Außerdem sollen von den Verurteilten zugunsten der Krone 170 000 Rubel gerichtlich beigetrieben werden.

Kanada.

Seerüstungen.

Ottawa, 12. Januar. Premierminister Laurier brachte heute im Parlament das Gesetz über die Verteidigung zur See ein, in welchem die Aufstellung einer ständigen Flottenreserve und von Freiwilligentruppen vorgesehen ist. Für den sofort zu beginnenden Bau einer Flotte von elf Kreuzern sollen im Rechnungsjahre 1910 drei Millionen Dollar angeworfen werden. Der Premierminister erklärte, Kanada würde, falls England mit irgend einer Macht Krieg führen sollte, seine Kriegsstärke dem König zur Verfügung stellen.

Im Laufe der Beratung führte Vorden, der Führer der Opposition, aus, er halte einen Krieg mit Deutschland für durchaus möglich. Deutschland habe die Suprematie zu Lande, wie Großbritannien sie zur See habe, und wenn die Deutschen sich als die größere Rasse erwiesen, wenn sie mehr Reichtum an Hilfsmitteln, mehr Wissen, höheres Organisationsstadium, aufrichtigeren Patriotismus und mehr Selbstaufopferung hätten als die Briten, dann seien sie auch berechtigt, die ersten zur See zu sein wie jetzt zu Lande. So lange aber, fuhr Vorden fort, das Blut unserer Vorfahren rot in unseren Adern fließt, würden wir einer Herausforderung mit einem Herzen entgegenreten, das nicht weniger fest wäre, als das war, mit dem unsere Vorfahren dem Angriff der unüberwindlichen Armada standhielten. Die Suprematie Deutschlands zur See würde das Ende des britischen Reiches bedeuten. Wenn Kanada sich selbst treu bleibt, dann wird es an dem Tage der Prüfung für das britische Reich nicht fehlen, sondern stolz, kraftvoll und entschlossen in vorderster Reihe stehen. Wir haben genügende Hilfsmittel und ich hege das Vertrauen zu unserem Patriotismus, daß wir ohne unnützes Zögern eine Flotte oder wenigstens doch einen Dreadnought bauen; das ist unsere Pflicht gegenüber dem Lande und dem ganzen Reiche.

Gewerkschaftliches.

Arbeiterknebelung durch Staatsbehörden!

Der frühere erste Vorsitzende des Bundes der deutschen Telegraphenarbeiter, Ballenthin, ist im September v. J. aus dem Dienst entlassen worden, weil er sich bei der Behörde mißliebig gemacht hatte. Die Behörde hat ihm beim Abgang ein gutes Führungszeugnis ausgestellt. Es wurde ihm aber sehr übel genommen, daß er in einer öffentlichen Versammlung, die am 19. September stattfand, die Wünsche der Telegraphenarbeiter und des technischen Hilfspersonals der Post erörterte. Diese Versammlung fand statt, weil die Arbeiter mit ihren Petitionen, Abordnungen und Gesuchen keinerlei Erfolg erzielten. Der Arbeiterausschuß hatte beschlossen, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, wenn die Anträge auf Erhöhung der bei der herrschenden Teuerung ganz unzureichenden Löhne nur immer abgewiesen würden. Die Oberpostdirektion suchte zu verhindern, daß die Versammlung stattfand. Ballenthin wurde vorgeladen und aufgefordert, auf seine Kosten oder auf Kosten der Organisation die Versammlung rückgängig zu machen. Ballenthin lehnte ab. Darauf wurde ihm erklärt, daß die (sonst so sparsame!) Oberpostdirektion zur Tragung der Kosten bereit sei (!), nur müßte er dafür sorgen, daß die Versammlung nicht stattfände. Ballenthin machte geltend, daß er als einzelner dazu nicht befugt sei; der Arbeiterausschuß habe die Versammlung beschlossen. Am 19. September fand die Versammlung statt, in der Ballenthin referierte; am 20. September hielt die Direktion eine Konferenz ab und am 21. September wurde Ballenthin in nächstem dem Telegraphenbauamt gerufen.

In einer Versammlung der Telegraphenarbeiter, die am Montag stattfand, berichtete er nun:

„Dort wurde von mir gefordert, ich solle meine Ausführungen in der Versammlung vom 19. September widerrufen und in den Tageszeitungen erklären, meine Darlegungen seien unzutreffend gewesen; die Löhne der Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker seien völlig zureichend, und wir hätten keinen Grund zur Klage über mangelndes Entgeltentommen seitens der Verwaltung. Dies mußte ich ablehnen, da es der Wahrheit zuwiderläuft und ein Verrat an meinen Kollegen gewesen wäre. Die Folge der Ablehnung war, daß ich meine Kündigung mit 14 Tagen Frist erhielt.“

Die Versammelten folgten den Ausführungen ihres gemäßigten Kollegen mit großer Aufmerksamkeit und gaben ihre Zustimmung lebhaft zu erkennen, wenn er von der Reformbedürftigkeit der Verhältnisse der Telegraphenarbeiter sprach. Auf Vollerhöhungen von 5 bis 20 Pf. könne die Behörde nicht stolz sein, wo Löhne von 2,50 Mk., 2,70 Mk. und 3,20 Mk. bis höchstens 4,75 Mk. pro Tag bezahlt würden. Eine Pensionskasse sei dringend notwendig, damit die Arbeiter nicht auf „Vettelgelder“ angewiesen seien, aber von einer Pensionskasse wollte der Staatssekretär Kraetke ebenso wenig wissen wie von anderen Verbesserungen. Kraetke hatte sich im Reichstage gern auf die Arbeiterausschüsse berufen, aber der Redner meinte, dort gelte die Regel: Alles für die Verwaltung, nichts für die Arbeiter. Wo von dieser Regel abgewichen werde, da kämen Maßregelungen. Reichstagsabgeordnete habe Straffe bei einer Beratung einmal zugerufen, das verstanden sie nicht, wie die Verhältnisse bei den Telegraphenarbeitern lägen. Darum hätten die Arbeiter Versammlungen einberufen, damit die Abgeordneten sich unterrichten könnten, aber von solchen Versammlungen wolle die Behörde nichts wissen.

In den folgenden Resolutionen kam die Ansicht der Versammelten zum Ausdruck:

Die am Mittwoch, den 12. Januar 1910, in den „Andreas-Neßfälen“ versammelten Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker Berlins richten an den Reichstag das dringende Ersuchen, sich in diesem Jahre noch mehr als in den vergangenen Sessungen der Telegraphenarbeiterschaft anzunehmen.

Die Versammlung erwartet von dem hohen Hofe, daß es sich diesmal nicht damit begnügen wird, die Petitionen des „Bundes deutscher Telegraphenarbeiter usw.“ der Reichsregierung als Material oder zur Verächtlichung zu überweisen, sondern hofft zuversichtlich darauf, daß aus der Mitte des Reichstages durch Initiativanträge die Gewährung einer durchgreifenden Lohnaufbesserung im Rahmen der Vorschläge des Bundes erwirkt und ferner die Regierung veranlaßt wird, die nötigen Schritte zu tun, um das Gesetz von 1895 aufzuheben, durch das die Anrechnung der Arbeiterjahre auf das Befoldungsdienstalter der zur Anstellung gelangenden Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker unmöglich gemacht wird.

Die Versammelten bitten den Reichstag ferner, darauf hinzuwirken, daß den beim kaiserlichen Postfuhramt zu Berlin beschäftigten Handwerkern (Schmiedern wie Schneidern) ebenfalls die Möglichkeit gewährt wird, nach angemessener Dienstzeit in das Unterbeamtenverhältnis einzutreten.

Die Versammlung ist überzeugt, daß bei einmütigen Eintreten aller Fraktionen die Regierung bezw. das Reichspostamt sich bereitfinden lassen wird, endlich unseren bescheidenen Wünschen stattzugeben.

Die zweite Resolution lautet: „Die heutige Versammlung richtet das dringende Ersuchen an den Reichstag, einstimmig dafür einzutreten, daß der frühere 1. Vorsitzende des Bundes deutscher Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker, Hermann Ballenthin, der von der Reichspostverwaltung im September 1909 entlassen wurde, wieder in den Postdienst berufen wird und ihm seine früheren Rechte unverkürzt zurückgegeben werden. Ballenthin ist als ein Opfer seines mannhaften, dabei aber durchaus loyalen Eintretens für die Interessen der deutschen Telegraphenarbeiterschaft anzusehen, und es ist unserer Ansicht nach unabwiesbare Pflicht jedes Volksvertreters, dem das Recht der freien Meinungsäußerung mehr als eine Phrase ist, sich Ballenthins anzunehmen.“

Zwei Reichstagsabgeordnete, Gagemann-Erfurt (natl.) und Gormann-Bremen (fr. Vp.), waren erschienen und hielten kurze Ansprachen, in denen sie das Versprechen gaben, für die Forderungen der Arbeiter eintreten zu wollen. Die Sozialdemokratie hat die Sache der Reichsarbeiter bekanntlich immer vertreten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Da der Streit in den Vereinigten Isolatorwerken in Rantow, Wollanstraße 32, noch nicht beendet ist, so ist diese Firma für Metallarbeiter jeder Branche, auch für Hilfsarbeiter, gesperrt. Die Firma versucht auf alle mögliche Art und Weise Ersatz für die Streikenden zu bekommen. Deshalb ersuchen wir, Arbeitsangebote dieser Firma zurückzuweisen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Wie die Wahlen in den Siemenswerken gemacht werden.

In den Siemens-Werken findet heute, Freitag, den 14. Januar 1910, die Arbeiterauswahl statt. Direktion und Obergelbe bieten in den letzten Tagen alles auf, um eine für die Selben günstige Wahl zu erzielen.

Verantw. Redakt.: Richard Barts, Berlin. Inseratenteil verantw.:

Meister und Bizemeister gehen an die Mitglieder der Gewerkschaften mit dem Ersuchen heran, diesmal nicht tot zu wählen, um sich keine „Unannehmlichkeiten“ zu bereiten.

Die Konsumwahl am 3. Dezember hat dem Metallarbeiterverband solche Erfolge gebracht, daß der Direktion und den Gelben das Herz etwas tiefer gerührt ist. Deshalb die große Agitation für die gelben Listen.

Nichtstände haben in so reichlichem Maße Platz gegriffen, daß die Arbeiterschaft alle Veranlassung hat, Leute in den Arbeiterausschuß zu wählen, die in energischer Weise Arbeiterinteressen vertreten.

Besonders hervor tut sich der Obermeister Hüfer aus dem Hockwerk. Es ist auch ärgerlich, jahrelang gelbe Propaganda zu treiben. Geld über Geld für die gelbe Sache auszugeben und dann trotz alledem tausende roter Stimmen einheimen zu müssen. Die roten alle hinauszuerwerfen, geht nicht; denn man braucht qualifizierte Arbeiter, und die sind in genügender Zahl nur zu haben, wenn man auf die roten zurückgreift.

Interessant ist es auch, wie von gelber Seite (das ist von einer durch die Firma bezahlten Seite) versucht wird, mit aller Macht den Arbeitern plausibel zu machen, daß durch die Tätigkeit der Gelben eine erhebliche Verbesserung der Löhne eingetreten sei. Was ist in Wirklichkeit geschehen? Als Lohndogel für die bevorstehenden Wahlen sind einigen Lohnarbeitern die Stundenlöhne etwas erhöht. Darüber wird im gelben Lager ein großes Gekadere angestellt. In Wirklichkeit ist die Erhöhung und auch die Zahl der Arbeiter, die diese Erhöhung erhalten haben, so gering, daß es für das ganze Werk nichts bedeutet. Dazu kommt, daß dem Gros der bei der Firma beschäftigten Affordarbeiter derartige Absätze gemacht sind, daß das, was die Firma an mehr Lohn auf der einen Seite zahlt, auf der anderen sechsfach durch Ermäßigung der Affordpreise wieder einfließt.

Hoffentlich sorgen unsere Kollegen dafür, daß am Wahltag das gelbe Wahlmandat vollständig verpasst.

Deutsches Reich.

Übermals Mansfelder Streikurteile.

Wegen Verstößen gegen den § 153 der Gewerbeordnung hatten sich wieder drei Mansfelder Bergleute vor der halleischen Strafkammer zu verantworten. Alle drei waren vom Schöffengericht im Streikverbot zu erheblichen Gefängnisstrafen — anders tut man es dort nicht mehr — verurteilt worden und hatten Berufung eingelegt. Der Bergmann Paul Dille aus Helbra soll zu einem Arbeitswilligen gesetzt haben: „Du müßtest man anspuhen.“ Weder der angeblich beleidigte noch ein als Zeuge auftretender Gendarm können den Angeklagten bestimmt als Later bezeichnen. Nichtsdestoweniger wird seine Strafe von einer Woche Gefängnis bestätigt! — Der Arbeiter Biliß Kidel hatte einen Trupp Arbeitswilliger den Ausbruch Pfuhl nachgerufen und soll dabei ausgepöbelt haben. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Genosse Pandsberg, macht mit Recht geltend, daß hier doch nichts weniger als eine Drohung im Sinne des § 153 vorliege. Das Urteil lautet auf einen Monat Gefängnis! — Einen Arbeitswilligen, der nicht ermittelt worden ist, soll der Bergmann Ernst Förster mißhandelt haben. Nachgewiesen ist lediglich, daß der Angeklagte einem Arbeitswilligen gesagt hat: „Na, Du kommst doch lieber zu Hause bleiben!“ — Ein Gendarm will gesehen haben, wie J. eben diesen Arbeitswilligen am Kordarmel hin und her gezerrt habe. Dieser selbst hat sich keineswegs belästigt gefühlt, sonst würde er sich doch gemeldet haben. Das Wort des Gendarmen jedoch ist heilig und also muß der Bergmann seine „Lat“ mit zwei Monaten Gefängnis büßen.

Man muß sich schon die größte Mühe geben, um die Urteile auch nur vom Standpunkte der bürgerlichen Massenanschauung zu begreifen. Keistlos wären sie nur dann zu erklären, wenn man annehmen wollte, daß den Richtern der Auftrag geworden sei, unsere Agitation in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen. Man glaubt gar nicht, wie diese Urteile die bisher so friedfertigen Mansfelder Knappen aufspießen!

Achtung, Metallarbeiter, Dreher, Schlosser, Formner, Schleifer usw.! Die sämtlichen 150 Arbeiter der Firma Hugo Lindner, Solingen, Goshstraße (Deltawerk), befinden sich seit dem 23. Dezember v. J. im Streik. Die Firma erläßt in den verschiedensten Blättern Inserate, wie auch die „offiziellen“ Arbeitsnachweise nach Möglichkeit Arbeitskräfte nach hier schicken. Wir ersuchen jeglichen Zugang fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Solingen.

Lohnbewegungen im Tabakgewerbe.

In den drei von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine übernommenen Betrieben der früheren Tabakarbeitergenossenschaft zu Hamburg haben die Zigarrenarbeiter Forderungen gestellt. Sie verlangen eine tägliche Arbeitszeit von 9½ Stunden, Sonnabends von 8 Stunden, und Lohnerhöhung um 25 Pf. bis 1,25 Mk. in einzelnen Fällen um 2,25 Mk. pro Tausend. In gleicher Höhe sind auch Lohnforderungen für die Tabakzurichter und Hilfsarbeiter gestellt worden. Die Forderungen wurden in Form eines Tarifes eingereicht. Die drei Betriebe der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine befinden sich in Hamburg, Frankenberg i. Sachsen und Hohenheim i. Baden.

Ueber sämtliche Filialfabriken der Firma Th. Heineke, Kirchlangern (Westfalen) in Eilshausen, Südlangern, Kirchlangern und Klosterbauerschaft ist wegen Maßregelungen der Arbeiter und Reduzierung der Löhne bei Einführung neuer Sorten vom Deutschen Tabakarbeiterverband, Christlichen Tabakarbeiterverband und dem Sortiererverband die Sperre verhängt worden.

Textilarbeiterbewegung in Weiskalen. Im katholischen Münsterlande, in der Spinnerei Pflermarkt bei Gronau sahen sich 108 Arbeiter genötigt, die Kündigung einzureichen. Schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zwangen sie dazu.

Die Firma hat jede Verhandlung abgelehnt. — Zugang ist fernzuhalten.

Neuer Protest angeworbener Vergarbeiter.

Etwa 100 Arbeiter, die in der vorigen Woche aus der Danziger Gegend nach Zeche Bonifacius in Krach geholt wurden, haben sich ebenfalls gegen die ihnen zuteil gewordene Behandlung empört. Auch ihnen waren 4,50 Mk. bis 5 Mk. Lohn versprochen worden; sie sollten jetzt aber nur 3,50 Mk. bekommen. Am Mittwoch verzweigten die Leute die Arbeit und begaben sich gemeinsam zur Polizei, wo man sie damit tröstete, daß der Arbeitsnachweis ihnen andere Arbeit besorgen werde. Daß das geschieht, ist aber nicht anzunehmen, da es sich doch um sogenannte kontraktbrüchige Arbeiter handelt.

Zur Tarifbewegung im Malergewerbe.

Die Frankfurter Malergesellen nahmen am Mittwochabend in sehr gut besuchter Mitgliederversammlung zu dem am Sonnabend von den Unparteiischen gefällten Schiedspruch Stellung. Gauleiter Zimmermann schilderte die Berliner Verhandlungen und besprach eingehend den Schiedspruch. Er vermißte es aber, für Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu plädieren. In der Debatte sprachen sämtliche Redner für Annahme des Schiedspruches, der für Frankfurt a. M. eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde und für nächstes Jahr eine weitere Lohnerhöhung um 1 Pf. bringen würde. Die

Redner hoben diese Verbesserungen hervor und meinten, es wäre doch zweifelhaft, ob bei Ablehnung des Schiedspruches, bei einem Kampfe mehr erreicht würde. Eine Ablehnung wäre wieder nur Wasser auf die Mühlen der Unternehmer. In geheimer Abstimmung wurde dann gegen wenige Stimmen dem Schiedspruch zugestimmt.

Ein terroristischer Stadtverordneter und Obermeister.

Daß auch ein Obermeister oder ein sonstiger Oberterrorist in die Wahlen des § 153 der Gewerbeordnung gerät, gehört wohl zu den größten Seltenheiten im Lande der vollendeten Rechts-garantien. Außer dem Obermeister Schmidt von der Berliner Bäderreinigung ist, soweit uns bekannt, nur noch der Obermeister Ruppert von der Stelmacherinnung zu Altona wegen Vergehens gegen den genannten Paragraphen angeklagt worden. Das Schöffengericht verurteilte diesen Herrn, der auch das Amt eines Altonaer Stadtverordneten bekleidet, zu einer Gefängnisstrafe von fünf Tagen. Ganz glatt ist die Anklage gegen R. nicht zur Erhebung gelangt, es hat erst der Nachhilfe durch den Oberstaatsanwalt bedurft, der auf Beschwerde den ablehnenden Bescheid der Hamburger Anwaltschaft aufgehoben hat.

Ruppert legte Berufung ein, die am Mittwoch vor der Strafkammer III des Landgerichts Hamburg zur Verhandlung gelangte.

Als im vorigen Jahre die Stelmacherinnung von Hamburg-Altona um eine Lohnaufbesserung von 50 auf 55 Pf. pro Stunde stritt, folgten die Innungen der Städte Hamburg und Altona den Beschlüssen, diese „undurchführbare“ Forderung abzulehnen. Als einige einschlägige Arbeitgeber trotzdem bewilligten, wurde in Innungsversammlungen gegen die „Outsider“ Stellung genommen. Ramentlich hatte der Hamburger Wagenfabrikant Wiemann sich den Unwillen der Innungsstrauer zugezogen, weil dieser Spezialartikel an Stelmachermeister liefert. Diesen Fabrikanten nahm Ruppert aufs Korn. Er verlangte von W., er solle auf einen Meister Bannay, der für W. Arbeiten lieferte, dahin einwirken, daß er seine Leute entlasse, widrigenfalls seine, W.s, Artikel boykottiert werden würden. Auch würde er die Angelegenheit auf dem Berliner Verbandstage der Innung zur Sprache bringen.“ Durch diese Drohung ließ W. sich bestimmen, in dieser Richtung tätig zu sein, und er hatte auch den Erfolg, daß Bannay seine Leute entließ.

Die erneute Verhandlung bestätigte den typischen Fall von Unternehmerterrorismus. Der Staatsanwalt beantragt die Bestätigung des Urteils erster Instanz, da der § 153 gegen beide Teile — Arbeiter wie Unternehmer — anwendbar sei. Der Angeklagte habe unter Vorstrandrohung die Entlassung der Arbeiter erreicht und müsse daher bestraft werden. Das Urteil erster Instanz treffe das Richtige.

Das Gericht erblickt in dem Urteil erster Instanz keinen Rechtsirrtum und weist die Berufung kostenpflichtig zurück.

Der Oberterrorist muß also fünf Tage brummen, falls ihn der Senat nicht zu einer Geldstrafe begnadigt.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Holzarbeiter in Dresden nahm am Mittwochabend zu den Tarifverhandlungen im Holzgewerbe Stellung. Die Versammlung erklärte sich — bei den minimalen Zugeständnissen der Unternehmer — gegen eine dreijährige Vertragsdauer; die Leitung soll aber weiter verhandeln. — Es wurde dann eine Erhöhung des wöchentlichen Beitrages von 75 Pf. auf 1 Mk. beschlossen. Mehrere Redner verlangten eine noch höhere Beitragsleistung, um sich auf einen Kampf vorzubereiten.

Die Tarifbewegung im Holz- und Baugewerbe und die Bildhauer.

Auch die Bildhauer sind an der schwebenden Tarifbewegung des Holz- und Baugewerbes beteiligt. Im Bildhauerberufe wurden bis 1908 32 Tarife für 1488 Gehilfen abgeschlossen; für die Stuhl- bzw. Modellbranche allein 12 Tarife für 701 Gehilfen.

In München kam ein Tarif für letztgenannte Branche gemeinsam mit den Stukkateuren im Jahre 1908 zustande, dessen Ablaufstermin der 31. März 1910, der für das gesamte Baugewerbe gültig ist. Die Gehilfen beschlossen mit Zweidrittelmehrheit, den Tarif nicht zu kündigen; die freie Innung der Bildhauer- und Stukkateurmeister Münchens unterbreitete jedoch unterm 20. Dezember v. J. dem Vorstand der Verwaltungsstelle München des Zentralvereins der Bildhauer nunmehr ihrerseits die Kündigung. Unzweifelhaft im Auftrage des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe.

Somit sind auch die Bildhauer direkt in die Tarifbewegung mit hineingezogen, was noch in einigen anderen Orten der Fall sein wird. An den meisten Orten werden sie jedoch in Mitleidenschaft gezogen — in der Holz- wie in der Modell- und Steinbranche. Den Beitritt zum Zentralverein der Bildhauer sollte deshalb jeder Unorganisierte als eine zwingende Notwendigkeit betrachten.

Ausland.

Die Situation in den Kohlenbergwerken von Nord- und West-England wird von Tag zu Tag kritischer. Am Mittwoch haben sich die Delegierten von 90 Gruben der Gracchaff Durham, welche 50 000 Arbeiter beschäftigen, bereinigt und beschlossen, alle Arbeiter zur sofortigen Einstellung der Arbeit aufzufordern. Die Zentralversammlung der Delegierten der Gruben von Northumberland, welche in Newcastle tagte, hat, ist ohne Beschluß geblieben.

Eine offizielle Besichtigung des schwedischen Massenstreiks vom 1909 wird gegenwärtig in der Abteilung für Arbeiterstatistik des schwedischen Kommerzkollegiums ausgearbeitet. Es ist dazu eine ungeheure Masse Material gesammelt worden. Alle irgendwie wichtigen Mitteilungen über den Massenstreik selbst wie über seine Entwicklung und seine Folgen hat man von den Behörden im ganzen Lande sowie von den Arbeitgebern, den Arbeitern, ihren Organisationen und den Streikauschüssen herbeigezogen. Das alles soll gewissenhaft geprüft und verarbeitet werden. Es wird wahrscheinlich das ganze Jahr darüber vergehen, bis die offizielle Besichtigung des Großstreiks fertig vorliegt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Liebestragödie in der Warschauer Strafe.

In dem Hause Warschauer Strafe 6 spielte sich gestern Abend eine neue Liebestragödie ab. Das sich dort in Stellung befindliche 17-jährige Dienstmädchen Eisner unterhielt mit dem 23 Jahre alten Bader Franz Hansel ein Liebesverhältnis. Gestern Abend 7 Uhr wurde an der Wohnung des Dienstmädchens geklingelt. Als diese öffnete, sah sie sich ihrem Liebhaber gegenüber. Dieser zog ohne jeden Wortwechsel einen Revolver aus der Tasche und gab einen Schuß auf das Mädchen ab, das sofort mit einem lauten Aufschrei zusammenbrach. Der Mörder stürzte die Treppe hinab in den Gangflur und jagte sich dort eine Kugel in den Leib. Ein sofort herbeigeholter Arzt konnte bei der Eisner nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Hansel wurde in einem Krankenwagen in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhause Friedrichshain gebracht.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

15. Sitzung. Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Delbrück, Krastke, Bischof.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Besprechung der Interpellationen des Zentrums und der Polen wegen der

Mafregelung von Reichsbeamten wegen Ausübung ihres kommunalen Wahlrechts in Rattowitz.

Abg. Schrader (fr. Gg.): Seit wichtiger als die Polenfrage ist die Frage der bürgerlichen Rechtslosigkeit der Beamten. (Sehr richtig! links.) Für den Beamten ist maßgebend nur das Reichsbeamtengeleitz, und kein Vorgesetzter hat das Recht, darüber hinaus etwas von ihm zu verlangen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Siedum (Soz.):

Ich glaube, Sie werden mit mir das Eintrinken darüber teilen, daß nach den waderen Worten meines Vorgesetzten kein Vertreter der Regierung das Wort genommen hat. Die klatschenden Schläge, die er ihnen erteilt hat, scheinen so gut gefallen zu haben, daß die Herren erst längere Zeit brauchen, um neue Ausflüchte zu erfinden, mit denen sie ihr Verfahren beschönigen können.

Kleines feuilleton.

Das Frühlingswetter in Deutschland. Seit Beginn dieses Jahres herrschen in ganz Deutschland ungewöhnliche Witterungsverhältnisse. Die Temperatur ist auch zur Nachtzeit oberhalb des Gefrierpunktes und zeitweise haben wir Temperaturen wie in den letzten Märztagen.

Trimalchio in Hannover. Aus der römischen Kaiserzeit ist uns ein kulturgeschichtlich unerschöpflicher Roman erhalten geblieben, der Lulus und Kaiser einer entarteten Welt mit brennenden Farben malt. Es ist dies der Trimalchio von Petronius.

Zünftig gab man ein römisches Fest, das das des berühmten Trimalchio wiederholen sollte. Den modernen Trimalchio spielte der Kaugraf selbst. Seine Frau Fortunata wurde von Mademoiselle de Boelnitz (der bei der Königin in höchster Gunst stehenden schönen Hofdame) dargestellt; und die Boelnitz machte alles gerade so, wie es die antike Fortunata im Hause ihres Trimalchio getan hatte.

mann Hollweg (Sehr gut! links) selbst hier die Verantwortung übernimmt. Das Verfahren, das er jetzt einschlägt, sich taubstum

zu stellen (Heiterkeit), läßt allmählich den Reiz der Neugier ein. Zum Gegenstand der Verhandlungen selbst kommend, gestatte ich mir, in den Blättern unserer Geschichte ein wenig zurückzuschlagen, um

die politische Bedeutung des Falles

nach allen Seiten hin ins rechte Licht zu stellen. Bisher ist er meines Erachtens erst nach einer Seite beleuchtet worden. Als wir im vorigen Jahre den schweren Kampf um das Steuerprogramm der Regierung führten, da konnte ich als Gegner dieser Steuerreform guten Mutes sein, weil ich glaubte annehmen zu können, die Reform werde fallen. Ich sagte mir, die Fraktion der Polen, die Vertretung des gemäßigten, geknechteten, brutalisierten Volkes, kann der Regierung nie und nimmer die Steuervorlage opponieren, noch dazu eine solche Steuervorlage! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist erfreulich, daß Herr Schrader wenigstens einen Teil dessen gut gemacht hat, was der oberflächliche Liberalismus der Rattowitzer Sorte gesündigt hat. Wir müssen unter allen Umständen das Verhalten der Regierung in diesem Falle auf das Schärfste verurteilen. Ueberrahst sind wir von den Mafregelungen der Beamten nicht. Die Sozialdemokratie ist es ja seit jeher gewöhnt, daß zu ihren Ungunsten Verfassung und Gesetz mißachtet oder falsch angewendet werden.

hatte schon auf den Speisefoß Platz genommen und Cumalpos registrierte lange Lobpreisungen in Versen auf den großen Trimalchio, als er selbst auf einer großen Sänfte hereingetragen wurde, von Jägern, Musikanten, Trommlern, Sklaven, die einen entsetzlichen Lärm machten, begleitet. Zu seinem Lob wurden Verse gefungen, die sich aber auf die Abenteuer des modernen Trimalchio, des Kaugrafen — im Felde und in der Galanterie — bezogen. Nachdem Trimalchio mehrere Male im Triumph im Saale herumgetragen worden war, nahm er auf seinem Speisefoß Platz und begann zu essen und zu trinken, wobei er seine Gäste einlud, ihm zu folgen.

Theater. Hebbel-Theater: „Der Wirtware“ oder „Der Rutwillige“, Poffe von A. von Rogebue. Die Schau-

gütig. Entweder sind die Großpolen, die sich in Deutschland aufhalten, Hochverräter, dann kann die Regierung sie mit den Waffen des Reiches verfolgen, oder sie sind es nicht, dann haben sie genau die Rechte wie alle anderen Staatsbürger. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn aber wirklich polnische Bevölkerungs-teile staatsgefährlich werden — ich behaupte das nicht —, dann tragen die preussische Regierung und die Galatisten ihr voll gerüttelt Maß Schuld daran, denn sie haben ja die polnische Bevölkerung ex lex (außerhalb des Gesetzes) gesteckt, und wenn die polnische Bevölkerung sich heute wirklich zur Wehr setzen würde, so würde sie in Notwehr handeln.

Worauf kommt es denn den Galatisten vor allem an? Wenn man sie aller Illusionen entkleidet, die sie sich vielleicht selbst machen mögen, doch darauf,

teures Land und billige Löhne

im Osten zu haben. Wer daran noch zweifelt, für den müßte es ein Beweis sein, daß nicht allein die Regierung dort so brutal vorgegangen ist, sondern daß jetzt auch die industriellen Werke Beamte mahrgeln, weil sie für einen Polen gestimmt oder agitiert haben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was geht in aller Welt es den Direktor einer Aktiengesellschaft an, wie seine Beamten politisch stimmen, von denen er von Rechts wegen nichts weiter zu beanspruchen hat als ihre Arbeitsleistung? Praktisch liegt es aber eben so, daß man die Leute niederhalten will, weil sie dann um so billiger und willfähriger sind. Herr Heinze, der sich so entriistet über die hochherräterischen Polen, sollte doch nur in der Geschichte seines eigenen Landes etwas zurückschlüsseln, damit er sich daran erinnert, daß 1806 die sächsischen Nationalliberalen Hochverrat trieben, indem sie die Selbstständigkeit ihres Landes zerstörten und die Angliederung an Preußen herbeiführen wollten.

Ich komme zu den Ausführungen der Regierungsvertreter. Deren Argumente waren äußerst dürftig, lauter magere Knochen. Die Berufung auf die Kabinettsorder wirkte einfach komisch. Das sollten doch auch die beiden Herren Staatssekretäre wissen, daß diese Kabinettsorder jeder rechtlichen Grundlage entbehrt. Die Herren Staatssekretäre sind sich nicht einmal über die Terminologie einig; der eine sprach vom „Staats“, der andere von der „Regierung“, gegen die sich die Beamten vergangen hätten. Sie sollten sich doch zum mindesten vorher über die Terminologie ihrer Auderen verständigen; vielleicht knobeln sie sie aus. (Heiterkeit.) Der Versuch, wie sie ihn unternommen haben, die Mafregelungen in Rattowitz lediglich mit opportunistischen Gründen zu rechtfertigen,

Notizen.

— Vorträge. Die Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene veranstaltet am Freitag, den 14. abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant zum Kurfürsten an der Potsdamer Straße einen Diskussionsabend über Pearsons Vortrag „Zweck und Bedeutung einer nationalen Rassenhygiene für den Staat“.

teigt zur Nachahmung. Mit opportunistischen Argumenten kann man jederzeit beweisen, daß die beiden Herren Staatssekretäre und der Herr Reichskanzler schlechter in ein besseres Klima versetzt werden müssen (Große Heiterkeit), selbstverständlich „im Interesse des Dienles“ (Erneute Heiterkeit). Daß die Maßregelungen gegen Recht und Gerechtigkeit verstoßen und

eine Verfassungverletzung

insolieren, ist bereits einwandfrei nachgewiesen worden. Herr Schröder hat mit Recht betont, daß wir es hier mit wiederholten Verletzungen einer ganz überlegenen Bürokratie zu tun haben, die sich selbst zum Herrscher des Volkes und als Staatszweck stabilisiert. Er hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß den Beamten in keinem unserer Gesetze ein minderes Recht zuerkannt worden ist, als den allgemeinen Staatsbürgern. Ebenso wenig ist das bei den Arbeitern der Fall. Trotzdem aber brutalisiert der preussische Staat seine Arbeiter unaufrichtig und nimmt ihnen gesetzlich gewährte Rechte wie das Koalitionsrecht, er schikanisiert sie bei Wahlen usw. Wenn die Ansicht des Herrn Staatssekretärs Delbrück richtig wäre, daß die oberen Beamten zu bestimmen haben über die Bestimmung der ihnen untergeordneten Beamten, dann wäre es das einfachste, daß wir jene Bestimmung aus dem Gesetz entfernen, wonach das aktive Militär kein Stimmrecht hat. Das fehlt gerade noch, daß der Kriegsminister einfach seine Bataillone amarschieren lassen, immer auf die gefährlichsten Posten sowie Wonnepflanzungen kommandieren könnte, wie gerade nötig wären, um einen regierungstreuen Kandidaten zu wählen!

Mit der wachsenden Ausdehnung der kommunalen und staatlichen Betriebe gewinnt die Wahrung der Bestimmungsfreiheit der Staats- und Gemeindebeamten immer mehr an Bedeutung. Der Staat hat nicht von seinen Beamten zu verlangen als Pflichtenbefreiung, und dazu gehört nicht hindliche Verleugung der eigenen Überzeugung, die im Gegenteil das Einzige ist, was wirklich dem Volke Wert verleiht. Unsere Zwischenfrage: „Wer ist der Staat?“ lehnte Herr Delbrück gestern mit einer Verlegenheitsphrase ab. Aber es ist doch keineswegs eine absonderliche Frage, sondern wir müssen uns darüber klar werden. Herr Delbrück und Herr Kraetzel glauben jedenfalls, sie sind der Staat. Wie es nicht geradezu komisch, wie der ganze Apparat in Bewegung gesetzt wird, um ein paar Beamte zu maßregeln, die bei den Stadtverordnetenwahlen anders gestimmt haben? Den guten römischen Spruch, daß die Prätorien sich nicht um Kleinigkeiten kümmern sollen, haben unsere Bürokraten ebenso vergessen wie die Achtung vor der Männerwürde derer, die mehr oder weniger zufällig im Dienste des Staates stehen. Freilich, Herr Delbrück sagte es braucht ja keiner Staatsbeamten zu werden! (Gelächter links, Jurufe bei den Sozialdemokraten: Er a u ch nicht! Heiterkeit.) Für die große Masse der Subalternbeamten und Arbeiter trifft das einfach nicht zu; sie können größtenteils der wirtschaftlichen Notwendigkeit, einen solchen Posten anzunehmen, einfach nicht ausweichen, selbst wenn sie wollten. Also die Frage der Gewissens- und Bestimmungsfreiheit der Staats- und Gemeindebeamten gewinnt immer höhere Bedeutung, und wir wollen von Anfang an keinen Zweifel darüber lassen, daß wir den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen werden, um die Gewissens- und Bestimmungsfreiheit der Staatsbeamten und Arbeiter zu garantieren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die Vorgänge in Rattowitz führen uns direkt in das Herz der preussisch-deutschen Frage hinein: der Frage des Wahlrechts. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Kraetzel sagte gestern, als Graf Oppersdorff ihn darauf aufmerksam machte, daß er ja an anderen Orten auch anders gekannt hätte: er hätte von den Rassen Dortmund und Freiburg

keine Ahnung

gehabt! Wahrscheinlich hatte die Regierung dort schlechtere Spiegel als in Rattowitz. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls kann sich nach der Theorie der Herren Delbrück und Kraetzel der Fall Rattowitz jeden Augenblick wiederholen. Kein Beamter ist mehr sicher unter dem preussischen Landtagswahlrecht und dem bestehenden Stadtverordnetenwahlrecht gemahregelt zu werden, wenn er nicht einsehend wie der erste beste Rekrut auf Kommando des Offiziers. Das beweist uns, wie notwendig eine

Reform dieser Wahlrechte

ist! Diese Verhandlungen, die Ausführungen der Herren vom Regierungssitz, wie die der Vertreter der Konservativen und Nationalliberalen, haben endgültig ausgeräumt mit der Unrichtigkeit und gefährlichen Verfaßtheit, daß die Öffentlichkeit der Abstimmung ein Beweis für die Mannhaftigkeit des Abstimmenden ergebe. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man muß sich doch vorstellen, was es bedeutet für einen Familienvater, der für Weib und Kind zu sorgen hat und vielleicht nur kümmerlich sein Auskommen im Staatsdienst findet: entweder zur Wahl zu gehen bei der öffentlichen Abstimmung und sich brutalisieren zu lassen oder zu Hause zu bleiben mit dem Gefühl, daß ihm Unrecht geschieht, daß man ihm verweigert, was die Verfassung ihm gewährleistet. Glauben Sie denn, daß alle diese Tausende von Männern sich blut in ihren Adern haben, daß sie keine Ideale haben? Und wären es die schönsten von ihrem Standpunkte aus, subjektiv sind es Ideale, und nur darauf kommt es an. Herr Delbrück und Herr Kraetzel sind nicht der Inbegriff der Staatsverfaßtheit bei uns (Heiterkeit), morgen können andere Leute an ihrer Stelle sitzen, aus Jüden und unerbittlichen Erbsünden. (Heiterkeit) Kein, die öffentliche Abstimmung ist nicht ein Präfix der Mannhaftigkeit, sondern ein Zwang zur gemeinsten Heuchelei und Lüge. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie ist ein Mittel zur Korruption, zur Züchtung von Bestimmungslumpen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wer für die öffentliche Abstimmung auch heute noch eintritt, der muß sich gefallen lassen, daß man ihn in Verdacht nimmt, diese Heuchelei, diesen Terrorismus, diese Korruption zu billigen, zu fördern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sind jetzt anderthalb Jahre her seit dem wunderschönen Jubiläum der Steinischen Städteordnung. In der Einleitung legt Freiherr v. Stein auseinander, warum er sie erlassen hat, da heißt es:

Wir müssen ein höher gekultiviertes und zernährtes Volk wieder zur Selbstständigkeit und zur Freiheit hinaufführen. Das können wir nur, wenn wir alle die, die willens sind, im Dienste des öffentlichen Wesens mitzuarbeiten, zu diesem öffentlichen Wesen zulassen.“ (Jurufe bei den Sozialdemokraten: Das war auch ein Staatsmann!) Ja, das war ein wirklicher Staatsmann, und er würde sich im Grabe herumdrehen, über all das, was die — „sagen wir mal“: Staatsmänner (Große Heiterkeit und Sehr gut!) von heute tun. Es heißt nicht überreden, wenn ich sage, die öffentliche Stimmabgabe und das Hausbesitzprivileg sind zum größten Teil an dem Unheil in den städtischen Gemeinwesen Preußens schuld. Darum ergibt sich als Lehre aus diesen Verhandlungen, daß wir mit aller Kraft auf eine Aenderung dieser Wahlrechte hinarbeiten müssen, im Staate und in den Gemeinden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ohne eine Aenderung des Wahlverfahrens im Staate und den Gemeinden Preußens ist eine gesunde Weiterentwicklung unserer politischen Zustände überhaupt nicht denkbar. Gerade die Herren, die sich immer als hervorragende Patrioten fühlen — und ich zweifelte keinen Augenblick an der Redlichkeit ihrer Gesinnung — mögen sich bedenken: Im Süden und Südwesten unseres Vaterlandes ist die Teilnahme des Volkes an den Selbstverwaltungsgeschäften und der Gesetzgebung fortgesetzt ausgebeutet worden. Wir haben in Baden, Württemberg und Oesterreich bereits Wahlreformen gehabt. Es ist nicht zu verkennen, daß ein starker Zug demokratischer Weiterentwicklung durch diese Staaten geht. In Rattowitz werden ein Dutzend Volkbeamte gemahregelt, weil sie in der Stichwahl für einen polnischen Kandidaten gestimmt haben, in der Pfalz dagegen haben wir zwei von der Regierung bestellte sozialdemokratische Bürgermeister und 20 sozialdemokratische Adjunkten! (Jurufe bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, nicht zum Schaden der Gemeinden. Wenn im Süden und Südwesten diese demokratische Bewegung weiter geht, diese Demokratisierung des Staatswesens und die Entwicklung einer gesicherten Selbstverwaltung, dann entfernen sich ja Süd- und Südwest-Deutschland immer mehr von dem preussischen Norddeutschland! (Sehr richtig! links.) In kurzem ist dann ein so tiefer Graben zwischen Süd- und Norddeutschland, wie

zwischen uns und „sagen wir mal“ — ja, was für ein Land ist denn noch schärmer als Preußen? (Jurufe links: Medienburg!) Ja, wie zwischen uns und Preußen oder Bayern! Wenn ein Junke staatsmännisches Geistes in der preussischen Verwaltung, in der Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses wäre, so sollten sie nicht warten, bis sie gedrängt und gezwungen werden, das Wahlrecht zu ändern, sondern sollten ein allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht (Abg. Kreth (L.): Recht nicht!) auf dem Präzedenzfall entgegenbringen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Jurufe des Abgeordneten Kreth.) Ach, Kraetzel und Kreth auf einmal, das ist zu viel! (Große Heiterkeit.) Es bleibt dabei: die wichtigste Aufgabe, geradezu

das deutsche Zentralproblem,

ist die Aenderung des Wahlrechts in Preußen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das hat diese Verhandlung sonnenklar erwiesen.

Ich habe mich eigentlich, oder vielmehr ich habe mich nicht gewundert, daß das Zentrum auch diese Gelegenheit hat vorübergehen lassen (Sehr gut!) bei den Sozialdemokraten, ohne sich für die Sicherung des Wahlrechts, die in der direkten und geheimen Wahl liegt, auszusprechen. Wenn die höheren Regierungsbeamten, wenn der Staatssekretär, der Reichskanzler in der Weise, wie es in Rattowitz geschehen, in die Stadtverordnetenwahlen eingegriffen haben, so haben sie wohl nicht gewollt, aber in Wirklichkeit verübt

eine ganz gewöhnliche Wahlfälschung!

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie verfaßchen den Willen der Wähler, indem Sie einen Teil der Wähler von der Wahl zurückdrängen. Für eine gewollte Wahlfälschung finden sich in unserem Strafgesetzbuch sehr erhebliche Strafen. Wer die Wahlen gütgläubig fälscht, der wird nicht in derselben Weise bestraft, aber dieser gütgläubigen Wahlfälscher wartet eine viel schwerere Strafe. Ihrer wartet die Abstrafung hier vor diesem Hause, der Rufus des Volkes gegen solche Manieren der Bürokratie, die, wenn sie weiter betrieben werden, von den schwersten Gefahren für unser Staatswesen sein müssen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Was der preussische Staat sich alles leistet in der Revolutionierung der Geister, das können wir von unserem Standpunkt aus ja nur begrüßen. Alle diese Polizeimaßnahmen, alle diese Akten, diese Verwaltungsschikanen, diese Verlegungen der Verfassung, wenn es sich um Sozialdemokraten handelt, sind Wasser auf unsere Mühle. Daß aber auch die Reichsbürokratie diesen Spuren folgt, wollen wir ja gar nicht. Das ist zu viel des Wassers! (Heiterkeit und Sehr gut!) Wenn der Herr Staatssekretär des Innern wirklich glaubt, daß er dem Staate dient, dann sollte er sich sagen, er möchte solche Maßnahmen der preussischen Bürokratie kraft seines Einflusses hintanhaltend suchen. Vor allem aber hätte er die Reichsverwaltung reinzuhalten von allen Verlegenheiten, welche die Freiheit des Staatsbürgers angreifen und damit das einzige und beste, worauf ein Staatswesen beruhen kann. (Lebhafte, anhaltende Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Auch ohne die Wohnung des Herrn Vorredners hätte ich Herrn Schröder sofort geantwortet, wenn ich nicht inzwischen einer Sitzung des Bundesrats hätte beizuwohnen müssen. Herr Schröder hat aus meinen gestrigen Ausführungen Folgerungen gezogen, die ich selbst nicht gezogen habe. Ich habe lediglich festgestellt, daß 15 Beamte versetzt wurden, 14 davon, nachdem sie in der Hauptwahl und dann in der Stichwahl für den Kandidaten der großpolnischen Partei gestimmt haben, obwohl sie inzwischen darüber belehrt waren, in welcher Weise sich diese beiden Kandidaten politisch betätigen sollten und daß es mit der Pflicht eines Beamten unvereinbar sei, großpolnische Bestrebungen zu unterstützen. Dagegen ist den Beamten nicht aufgegeben worden, für irgend einen Kandidaten zu stimmen! (Schallende Heiterkeit bei den Polen, Sozialdemokraten und im Zentrum.) Die Beamten sind auch nicht bestraft, sondern sie sind versetzt worden im Interesse des Dienstes. (Erneute Heiterkeit.) Ich habe gestern weiter ausgeführt, daß die Beamten grundsätzlich die Rechte jedes Staatsbürgers haben, daß ihre Freiheit aber Beschränkungen erfährt durch die Natur ihrer Stellung als Beamte. Diese Beschränkungen sind zwar nicht schriftlich, aber für den Laik und das Pflichtgefühl jedes Beamten unsichtbar zu erkennen.

Herr Schröder fragte nach den gesetzlichen Bestimmungen für diese Beschränkungen und sagte hinzu, ich würde keinen Juristen finden, der solche Stellen aufweisen kann. Er hat insofern Recht, als in keinem Gesetz eine selbstbestimmte Definition des Beamtenbegriffs gegeben ist. Aber um so eingehender haben sich die Staatsrechtslehrer mit dem Verhältnis des Beamten zum Staate beschäftigt, und ihre Mehrzahl steht auf dem Standpunkte, daß ein Beamter in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis oder wie Laband sagt, in

ein Gewaltverhältnis zum Staate

tritt, oder, da der Staat selbst nicht sprechen und handeln kann, zu den zur Staatsverwaltung berufenen Organen. Die Grenzen dieses Verhältnisses sind aus den Aufgaben des Beamten und seinen Beziehungen zum Staate herzuleiten; sie sind jedenfalls nicht gezogen durch die naive Pflicht der Arbeitsleistung. (Zust. rechts u. b. d. Rat.) Herr Schröder hat sich auch auf den Erlaß Kaiser Wilhelm's I. bezogen, der vom Fürsten Bismarck gegengezeichnet war. In diesem Erlaß hat man sich darauf beschränkt, die Forderung auszusprechen, daß die Beamten in der Unterordnung der Politik der Regierung sich gewissen Richtlinien zu fügen haben. (Jurufe bei den Freisinnigen: Nur die politischen Beamten!) Jawohl, die politischen Beamten. Ich frage aber Herrn Schröder: aus welchen Grundfäden ist dieser Erlaß ergangen? (Jurufe des Abg. Schröder.) Nein, nur aus den Grundfäden, die ich angegeben habe, ist auch dieser Erlaß hervorgegangen.

Wenn wir jetzt weitergegangen sind, so kann ich versichern, daß das nicht leichtes Herzen geschehen ist.

(Große Bewegung und Unruhe links und im Zentrum.) Und ich habe schon darauf hingewiesen, daß diese ausnahmsweise Behandlung des Rattowitzer Falles anzusehen ist als ein Akt der nationalen Notwehr. (Lautes Lachen bei den Polen. Zu!) bei den Sozialdemokraten, Beifall bei den Nationalliberalen.) Darüber hinaus habe ich irgendwelche Grundfäden über die rechtlichen Pflichten der Beamten bei den Wahlen nicht proklamiert.

Abg. Dr. Kolbe (Rp.): An der Reichsfinanzreform haben sich die Polen nur aus Schadenfreude beteiligt, um ihren Feind Wilko zu kürzen! — Den Rattowitzer Beamten ist garnicht die Freiheit genommen worden, zu stimmen, für wen sie wollen; bloß für die Polen durften sie nicht stimmen! (Lautes Lachen im Zentrum, bei den Polen, Freisinnigen und Sozialdem.) Auch unsere Partei ist für die Wahlfreiheit. (Stürmische Heiterkeit bei den Polen, Zentrum und Sozialdem.) aber ungeeignete Elemente müssen aus der Dstmar entfernt werden. Die Regierung ist sehr milde verfahren. (Erneute Heiterkeit im Zentrum, bei Polen und Sozialdemokraten.)

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole) polemisiert zunächst gegen Sadekum. Die polnische Reaktion hat bei der Reichsfinanzreform durchs die Interessen der Arbeiter und speziell der Landarbeiter wahrgenommen. (No, na!) und Widerspruch bei Liberalen und Sozialdemokraten.) Die Mehrheit des Reichstags hat die Beamtenmaßregelungen gemißbilligt, und das würde auch in einem Beiratsklasse zum Ausdruck kommen, wenn unsere Verfassungsordnung uns schon ermöglichte, das Resultat einer Interpellationsdebatte in einem Antrage zusammenzufassen. (Sehr richtig! bei Polen und Sozialdemokraten.) Die Herren, die sich für die Regierung einsetzen, sprachen vom gefährdeten Deutschtum oder gar von einer Kriegsfahr! Weht das große Deutsche Reich schon in seinen Grundfesten, wenn in Rattowitz der Fleischermeister Bachalla zum Stadtverordneten gewählt wird? (Heiterkeit und Sehr gut! im Zentrum und bei den Polen.) Weht irgend ein Gymnasiallehrer in einer Festrede von der Möglichkeit spricht, daß Polen einmal wieder hergestellt werden könnte, wüßte uns Abg. Geinge vor, von einer

Revoluktion, vielleicht sogar einer bewaffneten Revoluktion zu träumen! Den uns ausgegummenen Kampf werden wir weiter führen. Aber die eigentlichen Agitatoren sind nicht wir, sondern die Männer des Ostmarkenvereins. Wir haben genug zu tun, die empörten Massen zur Ruhe und Besonnenheit zu mahnen. Wir führen den Kampf, weil wir ihn führen müssen, aber wir führen ihn mit dem Ziel und der Hoffnung auf endgültigen ehelichen Frieden. (Lebhafte Bravo! bei den Polen.)

Abg. Lattmann (wirtsch. Vg.): Dächten alle Polen wie der Vorredner, so gäbe es keine Völkerverkehr. Der heute bestehenden Völkerverkehr würde Bismarck sicherlich ebenso entschieden entgegengetreten wie die gegenwärtige Regierung, nur würde er es wohl gefühlvoller machen und eine andere Gelegenheit dazu abwarten. Die Freisinnigen möchte ich doch an das Verhalten der Freisinnigen im hessischen Landtag erinnern. Dort verbot ein Erlaß von 1892 den Beamten die Teilnahme an antisemitischen Vereinen. Als vor kurzen der Antrag eingebracht wurde, diesen Erlaß aufzuheben, stimmten die Freisinnigen unter Führung von Herrn Gutschick da gegen. (Hört! hört! rechts.) Im preussischen Abgeordnetenhause wurde vor kurzem der Fall eines dänischen Lehrers verhandelt, der ohne Pension vom Lande entfernt war und um Ermäßigung der Pension bat. Die Kommission, die darüber verhandelte, beantragte einstimmig Uebergang zur Tagesordnung mit Zustimmung des sozialdemokratischen Abgeordneten Ströbel! (Hört! hört! rechts. Jurufe bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht hatte er das Empfinden, daß nicht nur Parteibürokratie notwendig ist, sondern auch Staatsdisziplin. (Sehr richtig! rechts.) Herr Sadekum hat hier von der Freiheit der Beamten gesprochen. Kirchengesellschaft so wenig Freiheit wie bei der Sozialdemokratie. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Haben Sie denn schon die eblen Seelen vergessen? (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Nationalliberalen sollten konsequent sein und nicht nur gegen kleine Postbeamte auftreten, die einen Polen wählen, sondern auch gegen hohe Beamte, welche die Sozialdemokratie unterstützen!

Abg. Dr. Doormann (rp. Sp.): Graf Oppersdorff führte die Herzer-Verammlung in Rattowitz an. Es ist richtig, daß der sozialdemokratische Redner dort die katholische Kirche heftig angriff und zum Massenaustritt aufforderte; es ist aber nicht richtig, daß meine Freunde das gebilligt haben. — Zur Völkerverkehr stehe ich auf dem Standpunkte, daß das Deutschtum in Oberschlesien nicht auf schwachen Füßen steht, daß es gefährdet ist, wenn einige Beamte für einen polnischen Kandidaten stimmen. Aber ihre Maßregelung fördert die polnische Bewegung. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Wir wünschen in Oberschlesien die Förderung des Friedens zwischen den Nationalitäten, allerdings trägt die Agitation des Herrn Korstanty zur Förderung dieses Friedens nicht bei. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Damit schließt die Besprechung.

Es folgt die

erste Beratung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozessordnung.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Hilde verliest mit leiser Stimme eine längere Rede, die im Zusammenhang auf der Tribüne unverständlich bleibt. Unter anderem betont er, daß in der Berufungsinflanz die Mitwirkung von Laien, die von nun an auch bei den Strafkammern, die ähnlich den Schöffengerichten gestaltet werden, mitwirken sollen, nicht in Aussicht genommen sei; dem den Gerichten höherer Instanz müsse gegenüber denen unterer Instanz ein erhöhtes Ansehen und Vertrauen verschafft werden und bei Laienrichtern sei es von vornherein ausgeschlossen, eine Auswahl nach der größeren oder geringeren Qualifikation zu treffen. Um die Mitwirkung der Laien einzuleiten zu gestalten, habe man anfangs auch die Schwurgerichte mit drei gelehrten Richtern und neun Laien besetzen wollen; dies habe jedoch starken Widerspruch hervorgerufen, und um das Vertrauen in die Schwurgerichte nicht zu erschüttern, habe man sich entschlossen, sie in ihrer gegenwärtigen Form beizubehalten.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schluß 6 Uhr.

Aus der Partei.

An die Parteigenossen Preußens.

Nach § 3 des Statuts der Landesorganisation für Preußen ist der Vorstand der Parteiorganisation Groß-Berlins zugleich der geschäftsführende Ausschuss der Landeskommission der preussischen Sozialdemokratie.

Alle Briefe an den geschäftsführenden Ausschuss sind zu richten an die Adresse des Genossen

Eugen Ernst

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher

ist neuerdings im Herzogtum Braunschweig, und zwar im Orte Golzenberg bei Stadtholendorf in der Person des Genossen Holzenberger Wilhelm Müller gewählt worden. Mit ernstern Ermahnungen, sich jeder sozialdemokratischen Tätigkeit zu enthalten, wurde er als Gemeindevorsteher vereidigt.

Eine Reineidanzeige.

Gegen den Genossen Götte vom Bergarbeiterverband in Vohum ist auf Antrag der dem Zentrum angehörenden Rechtsanwältin Diekamp und Reuser ein Ermittlungsverfahren wegen Reineids eingeleitet worden. In einer Vernehmung hat ein Redner des Zentrums, Böckermann, den nationalliberalen Parteisekretär Schack in Vohum wiederholt einen Vagner genannt. In der Verhandlung wegen Verleumdung hatte nun Genosse Götte und ein anderer Genosse diese Tatsache eidlich bestätigt. Ihre Aussagen sollen nach Ansicht der Rechtsanwältin un wahr sein; wahrscheinlich glauben die Zentrumsobersten, daß sie einen Reineidprozess à la Schröder und Genossen in Szene setzen können. Wie wir hören, haben die 12 von Zentrumseite aufgetretenen Zeugen positiv belastende Aussagen nicht machen können.

Personalien. Zum zweiten Arbeiterssekretär für Braunschweig wählte das Gewerkschaftsamt der Genossen Schriftfeger Gustav Steinbrecher aus Oreslau, der bereits in dieser Woche sein Amt antritt.

Der Kongress der belgischen Arbeiterpartei

wird am 6. und 7. Februar im Volkshause zu Brüssel tagen. Hauptgegenstand der Beratung wird die Haltung der Partei zu bürgerlichen Regierungen sein, d. h. die Frage, ob die Partei bei der voranschreitenden Beteiligung der Kerikalen Wehrheiß bereit sein wird, selbst an der Regierung teilzunehmen. Jedemfalls wird hier eine bestimmte Entscheidung gefällt und der feinerzeit in Frankfurt benutzte Ausweg, Parteigenossen aus der Partei zu „beurlauben“ und auf eigene Verantwortung als Minister amtierend zu lassen, vermieden werden. Im „Peuple“ und im „Rationalist“ sind schon vor längerer Zeit heftige Debatten über diese Frage geführt worden, die da zeigen, daß die bösen Folgen des französischen Experiments einen Teil der Führerschaft noch nicht von der Verantwortlichkeit der Beteiligung an der Regierung überzeugen konnten.

Der enge Zusammenhang, in dem in Belgien die verschiedenen Zweige der proletarischen Bewegung stehen, geht daraus hervor, daß auf der Tagesordnung neben der Verichterhaltung der Parliamentsfraktion und der Presse auch die Verichte der Gemeindevorsteher, der sozialistischen Frauen, der „Jungen Garde“, des Verbandes der sozialistischen Gewerkschaften und der Gewerkschaftskommission stehen.

*) Es versteht sich von selbst, daß Herrn Lattmanns Behauptung, wie wir hiermit feststellen können, jeder tatsächlichen Unterlage entbehrt. Red. d. „Vorwärts“.

Wetter wird über die Feier des 25jährigen Bestehens der Partei beraten werden.

Die sozialdemokratische Abendsschule in Kristiania

Hat am 10. Januar ihr zweites Schuljahr begonnen. Sie wurde vor einem Jahre ins Leben gerufen. In den ersten beiden Semestern nahmen 23 Schüler an dem Unterricht teil. Für sie ist jetzt eine höhere Klasse geschaffen worden, während an dem neuen Anfangskursus über 80 Schüler teilnehmen. Die Schule wird von der Partei und von den Gewerkschaften unterstützt. Die Unterrichtsfächer sind: Nationalökonomie, Norwegisch, Englisch und Rechnen. Aus dieser Abendsschule, die bald in anderen Städten Nachahmung finden wird, soll sich mit der Zeit eine Hochschule der norwegischen Arbeiterbewegung entwickeln.

Zur Lage der Kleinbauern und ländlichen Arbeiter.

II.

Ursachen der Unfälle.

Die Berufsgenossenschaft Westfalen läßt sich über die „Ursache der Unfälle“ näher aus und fand, daß in 204 Fällen „Unachtsamkeit und Unachtsamkeit“ der Verletzten selbst schuld wäre. Auch die Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen berichtet: „Die Ursache der meisten Unfälle: 817 war wiederum Unachtsamkeit, Nichtbeachtung von Schutzvorschriften usw.“ Sachsen dagegen orakelt: „Wahrscheinlich ist, daß trotz aller Schutzvorschriften, ein Mittel gegen dieses Anwachsen der Unfälle noch nicht gefunden worden, ebensowenig ist es gelungen, die Ursache dieser Steigerung zu ergründen.“

In Schlesien führt man wieder 51 Proz. aller Unfälle auf „unvermeidliche Betriebsgefahren“ zurück!

Etwas „offenherziger“ zeigen sich folgende Berufsgenossenschaften über diese Frage: So schreibt z. B. die Berufsgenossenschaft Rheinland:

„Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Personen an gefährlichen Maschinen. Eine Folge der Arbeitslosigkeit auf dem Lande ist, daß jugendliche Personen häufig mit gefährlichen Arbeiten beschäftigt werden. So ist es gar keine Seltenheit, daß Knaben und selbst Mädchen von 7-8 Jahren zum Treiben der Gabeltiere, bei armenen Landwirten sogar manchmal zum Betriebe der Hackelmaschine herbeigeholt werden. Es ist deshalb auch gar nicht zu verwundern, daß gerade bei solchen Maschinen viele und zum Teil schwere Unfälle auf Kinder entfallen.“

Oberfranken schreibt: „Auch im Verichtsjahre wurden wiederholt jugendliche und weibliche Arbeiter an gefährlichen Maschinen oder mit besonders gefährlichen Arbeiten beschäftigt; dabei erlitten mehrere Kinder unter 12 Jahren recht bedauerliche Unfälle an Maschinen. In allen Fällen waren die Maschinen nicht mit den nötigen Schutzvorrichtungen versehen.“

Der Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft Oberpfalz bemerkt hierzu:

„Was die Ursachen der Unfälle betrifft, so liegen sie zum großen Teil in der verkehrswidrigen Betriebsanordnung. In nicht seltenen Fällen ist der Unfall aber auch auf die eigene Unvorsichtigkeit der Verletzten zurückzuführen. Wie schon im Vorjahre konstatiert werden konnte, äußert hier die vielbesagte Landflucht der landwirtschaftlichen Arbeiter eine ihrer traurigen Folgen, insofern sie einen häufigen Arbeiterwechsel und damit die Einstellung ungeschulter, mit den Gefahren des landwirtschaftlichen Betriebes nicht vertrauter Arbeiter bedingt.“

Auch aus Niederbayern kommt der Klageruf: „Ein großer Teil der Unfälle ist, abgesehen von der Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften, auf die höchste Mangelhaftigkeit der Unternehmer und Arbeiter, auf die infolge der herrschenden Dienstmangel allzu große Verwendung von jungen und ungeübten Arbeitern zurückzuführen; dagegen konnten Unfälle infolge Alkoholmißbrauchs nicht festgestellt werden.“

Ebenso schreibt der Beamte der Berufsgenossenschaft für Unterfranken:

„Sehr oft konnte beobachtet werden, daß Kinder und schwächliche Personen an Arbeitsstellen, deren Gefährlichkeit sie nicht gewachsen sind, beschäftigt werden.“

Ebenso äußert sich Schwaben und Neuburg:

„Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an gefährlichen Arbeitsstellen, insbesondere an Maschinen konnte öfter beobachtet werden, auch die eingelassenen Unfallangelegenheiten ergaben mehrere solcher Fälle; hieran und auch an der Beschäftigung alter geschwächter Leute ist wohl die allgemeine Dienstmangel auf dem Lande, vielfach auch die schlechte wirtschaftliche Lage mancher Betriebsunternehmer, die sich keine Dienstboten halten können, mit schuld.“

Der vielgerühmte Solltarif scheint also auch in Bayern die wirtschaftliche Lage der Kleinbauern nicht gehoben zu haben.

Auch der Aufsichtsbeamte für Oberbayern hält seine Bemerkung im vorjährigen Bericht: „über Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter an gefährlichen Maschinen oder mit besonders gefährlichen Arbeiten“ usw. aufrecht.

Leider haben nur die wenigsten Berufsgenossenschaften die Berichte ihrer Aufsichtsbeamten veröffentlicht oder nur erwähnt, sobald über das Ergebnis der Betriebsrevisionen ein festes genaues Aufschluß zu erhalten sind. Viele Berufsgenossenschaften haben auch gar keine Kontrolle der Betriebe durchgeführt oder nur ihre Vertrauensmänner — selbst Landwirte — damit betraut. Neuch J. erklärt nach: „Revisitionen der landwirtschaftlichen Betriebe in Bezug auf die Unfallverhütungsvorschriften fanden infolge Wegzugs des bisherigen technischen Aufsichtsbeamten nicht statt!“ Die meisten Aufsichtsbeamten melden ihren Besuch vorher an, um so „unvermutete Revisitionen“ der Betriebe abhalten zu können. Der Beamte für Schwaben und Neuburg klagt über das Verhalten der frommen Bauern wie folgt:

„Nicht selten mußte gegen ungezogene Redensarten und Bemerkungen mit aller Energie aufgetreten werden, um die Kontrolle zu Ende führen zu können; Sirettigkeiten konnten vermieden werden.“

Wie bereits im vorjährigen Berichte hervorgehoben, war auch heuer wiederum am meisten Widerstand gegen die Durchführung der Vorschriften und am wenigsten guter Wille in den nördlichen Bezirken insbesondere in der Donauengegend zu finden.

In dgl. Bezirkamt Neuburg haben sich die Unternehmer von drei Gemeinden durch Ortsamtsbeschlüsse geweigert, den Solltarif der Vorschriften durchzuführen, und hierzu umfangreiche Begründungen mitgeteilt, die näher besetzen, vollständig haltlos waren; durch einen zweiten und dritten Besuch des technischen Aufsichtsbeamten gelang es, den allgemeinen Widerstand vorläufig zu beseitigen; es sind jedoch schon wieder Bewegungen im Gange, die eine Ermäßigung der Vorschriften für die dortige Gegend anstreben.“

Dabei stellte dieser Beamte in 5027 von ihm revidierten Betrieben insgesamt: 47 163 (= 84 pro Betrieb) Mängel fest.

Schlesien berichtet kurz: „Die technischen Aufsichtsbeamten haben an 173 Tagen in 68 Kreisbezirken und 174 Gemeinden insgesamt 3404 landwirtschaftliche Betriebe (3340 Hauptbetriebe und 65 Nebenbetriebe) besichtigt.“

Von den 3404 revidierten Betrieben wurden 3388 Betriebe = 99,53 Proz. beanstandet; ohne Mängel waren 16 Betriebe = 0,47 Proz. Die Zahl der beanstandeten Maschinen und Betriebsanordnungen beträgt insgesamt 18 813; mithin fanden sich im Durchschnitt 5,55 Mängel in jedem beanstandeten Betriebe.“

In Mittelfranken wurden insgesamt 27 016 Mängel = 9,5 pro Betrieb entdeckt! Der Beamte für Unter-Elsch berichtet, daß er

in 2281 revidierten Betrieben 25 676 Verstöße gegen die Verhütungsvorschriften vorgefunden habe. In dem Bezirk Oberpfalz liefen wieder gar viele Bürgermeister Widerstand, sodah, laut Bericht, die Hilfe der Bezirkämter angerufen werden mußte und wurden 13 238 Mängel in 2293 Betrieben beanstandet. Auch der Beamte für Vorkingen befragt sich bitter über das Verhalten der Bürgermeister und meint:

„Die Unparteilichkeit verlangt, daß die Betriebsbesichtigungen nicht weniger auf die Betriebe der Bürgermeister erstreckt werden, als auf diejenigen der übrigen Ortsangehörigen; ja, es wird öfters — und wer möchte fragen, ob mit Unrecht — ausdrücklich das Verlangen laut: „Sehen Sie sich zuerst den Betrieb des Herrn Bürgermeisters an; solange der die Vorschriften nicht beachtet, tue ich es auch nicht.“

Die Berufsgenossenschaft Unterfranken hat noch einen zweiten Beamten für die Kontrolle der Betriebe angestellt, der als „Assistent“ nur 1500 M. Jahresgehalt bezieht, welcher mit seinem Kollegen in 1552 Betrieben 10 288 Mängel entdeckt hat. Die Beamten bemerken u. a.:

„Es muß es erst ein Menschenleben kosten, dann lassen sich die Bauern zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften noch auffordern, unter Umständen auch strafen, und erst dann tritt Ordnung ein.“

Als Beispiel wird angeführt: „Wie schwer sich die geringe Einschätzung der Schutzvorrichtungen rächen kann, zeigt folgender Fall: Mittels einer Dampfdruckmaschine, die mit einer der besten Trommelkühnhauben ausgerüstet ist, wurde gebohrt.“

Da der Bauer dem Einleger ein gutes Trinkgeld versprochen hatte, wenn das Drehen etwas rascher vor sich ginge, so wurde flugs die Trommelkühnhaube abgenommen, um „besser einlegen“ zu können. Kaum war die Kühnhaube weg, als die Einleger ausglitt, in die Trommel geriet und den Verlust des einen Beines zu beklagen hatte.“

Der Beamte der Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen meint u. a. sehr richtig:

„Gemeinde und Staat müssen in erster Linie für die Ordnungsmäßigkeit der kommunalen und staatlichen Anlagen sorgen, um nicht bei den landwirtschaftlichen Unternehmern den falschen Schein zu erwecken, daß beide von dieser Verpflichtung entbunden seien.“

In der Provinz Sachsen wurde: „Die Beseitigung der bei den Revisitionen beanstandeten Mängel durch die zuständigen Gendarmerie-Wachmeister in den Kreisen Graffschaft Hohenstein, Uckerode, Stadt, Raumburg, Queblinburg, Jiegenrück, Neuhaldensleben und dem Saalkreise kontrolliert.“

Welchen Zweck die Gendarmen auf dem Lande eigentlich zu erfüllen haben, sagt uns mit dürren Worten der Bericht der Junker in Ostpreußen, welcher ausdrücklich betont, daß man ohne technische Aufsichtsberechtigungen auskommen muß, um zu sparen, den Junkern die Beiträge nicht zu erhöhen:

„Denn von den Bureaubeamten kann stets nur einer und zwar auch nur beschränkte Zeit im Bureau entbehrt werden, und es ist daher völlig unmöglich mit den Bureaubeamten allein die Revision der Betriebe durchzuführen. Es wurden daher die Herren Landräte ersucht, die Gendarmen in den Dienst dieser Sache zu stellen, und diesem Ansuchen ist ausnahmslos entsprochen worden. Denn die Anstellung besonderer Revisionsbeamten ist allen Beteiligten, den Landräten, den Sektionsvorständen und den landwirtschaftlichen Betriebsunternehmern ebenso wie dem Genossenschaftsvorstande unerwünscht, und es sind deshalb alle Teile bereit, so tun was möglich ist, um diese Anstellung zu vermeiden. Die für die Zwecke der Betriebsrevisitionen vorgebildeten Bureaubeamten werden nunmehr nur dazu verwendet, um die Gendarmen über die Art, wie die Revisitionen auszuführen sind, zu unterrichten. Zu diesem Zweck werden die Beamten noch Vereinbarung mit dem zuständigen Herrn Landrat in die Kreise entsandt. Dort suchen sie die einzelnen Gendarmen in ihren Standorten auf, händigen denselben eine gedruckte Anleitung für das zu beobachtende Verfahren sowie die sonst erforderlichen Druckfachen aus, erläutern das Verfahren und nehmen gemeinsam mit den Gendarmen die Revision mehrerer landwirtschaftlicher Betriebe vor. Die weitere Revision wird dann von den Gendarmen allein ausgeführt.“

In mehreren anderen Kreisen sind gleichfalls bereits sämtliche Betriebe von den Gendarmen revidiert worden, doch sind die bescheinigten Befundberichte noch nicht beigebracht. In sämtlichen Kreisen aber sind die Gendarmen mit der Revision beschäftigt und es ist daher zu erwarten, daß im Laufe eines Jahres die Revision des ganzen Genossenschaftsbezirks mit verhältnismäßig geringen Kosten zur Durchführung gelangt sein wird.“

„Über das Ergebnis der Revisitionen kann zurzeit nur insoweit Auskunft gegeben werden, als die Revisitionen in Frage kommen, die von den Bureaubeamten des Genossenschaftsvorstandes und den Gendarmen des Landkreises Königsberg vorgenommen sind. Von den Bureaubeamten sind 793 und von den Gendarmen des Landkreises Königsberg 1213 Betriebe revidiert worden.“

„Der Herr Landrat“ wird eben nur „ersucht“ und er stellt alle seine Gendarmen gern zur Verfügung“. Ein Junkeridyll! Aus Rheinland wird auch berichtet:

„Leider hat hier die Erfahrung gezeigt, daß die Berichte über die Revisitionen durch die Polizeibeamten nicht immer zuverlässig sind. Es ist dies auf dieselben Gründe zurückzuführen wie auch die bisherige mangelhafte Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften überhaupt. Die Polizeibeamten sind in Gehaltsaufbesserungen in weitgehendem Maße von dem Wohlwollen der Gemeindeglieder abhängig, sie sind oft am selben Orte zu Hause und auch mit sonstigen Arbeiten überhäuft. Mit der Heranziehung der Gendarmen, wie sie der Herr Oberpräsident veranlaßt hat, hat die Berufsgenossenschaft in den Fällen, wo die Gendarmen vorher durch die technischen Aufsichtsbeamten instruiert und um ein wohlwollendes Vorgehen nach dem Sinne und nicht nach den Wünschen der Vorschriften ersucht wurden, sehr viel bessere Erfahrungen gemacht. Es wird sich deshalb in Zukunft eine Kohrevision in erster Linie durch die Gendarmen empfehlen.“

Mordprozeß Jünemann.

Dritter Verhandlungstag.

Bei Beginn der Sitzung wird auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Alberg nochmals in die Beweisnahme eingetreten. Der Verteidiger kommt nochmals auf die von ihm behauptete völlige Unklaufwürdigkeit der Belastungszeugin Salowki zurück und beantragt einen Herrn Hofe als Zeugen darüber zu vernehmen, daß die Frau Salowki in der Gegend der Alexanderstraße als gewerksmäßige Kartenlegerin bekannt war und daß sie sogar auf der Straße kleine Karten verteilte, auf denen sie sich zum Kartenlegen anbot. In einem zweiten ausführlich begründeten Beweis-antrage beantragt Rechtsanwalt Dr. Alberg Beweis darüber zu erheben, daß die Selbstmordgedanken, welche die Salowki zu verschiedenen Zeiten geäußert hat, die typischen sind, die man bei ernstlichen Selbstmordgedanken beobachtet hat, daß ferner die Art und Umstände, namentlich die häufigere Wiederholung ihrer Selbstmordgedanken einen durch einwandfreie Erfahrungen begründeten Schluss darauf zulassen, daß es sich bei der Salowki um eine Person handelte, deren seelisches Wohlbefinden derartig gestört war, daß es mit einer geringfügigen Anlaß bedurfte, um die Ausführung der Selbstmordgedanke zur Tat werden zu lassen. Es wird ferner unter Beweis gestellt, daß bei derartigen Selbstmordgedanken der Umschwung der Gemütsstimmungen sehr häufig und plötzlich eintritt, daß es insbesondere sehr häufig beobachtet worden ist, daß die Depression erst kurz vor Stattfinden des Selbstmordes eintritt, daß solche Personen oft wenige Stunden, ja Minuten vorher in bester

Laune waren und Pläne für die Zukunft schmiedeten, so daß sich die Freunde des betreffenden Selbstmörders gar nicht erklären konnten, wie der Betreffende dazu kam, seinem Leben ein Ende zu machen. Der Verteidiger beantragt deshalb den Professor Gausp in Tübingen als Zeugen und Sachverständigen zu vernehmen. Dieser werde auf Grund eigener Erfahrungen, insbesondere infolge seiner langjährigen psychiatrischen Untersuchungen und zuverlässiger wissenschaftlicher Berichte ähnlicher Art befähigt sein können. Der Sachverständige soll auch über den wissenschaftlich festgestellten großen Einfluß abergläubiger Beakitten, besonders der Praktiken von Kartenlegerinnen auf zu Selbstmordgedanken neigende Personen, insbesondere weibliche Personen jüngeren Alters, Auskunft geben. Der Sachverständige soll ferner bekunden, daß es durchaus nichts Auffälliges sei, daß vor einem Doppelselbstmord keine schriftlichen Aufzeichnungen für die Ueberlebenden hergestellt waren. Der Verteidiger stellt anheim, an Stelle des Professors Gausp, der sich durch seine jahrelangen Forschungen in der Wissenschaft einen großen Namen speziell für diese Frage gemacht hat, einen anderen wissenschaftlichen Forscher, der von der medizinischen Fakultät der hiesigen Universität vorzuschlagen wäre, zu laden.

Gerichtsarzt Dr. Strauß bringt auf Wunsch des Vorsitzenden den Geh. Medizinalrat Dr. Leymann als auf diesem Gebiete besonders vertieften Sachverständigen in Vorschlag.

Nach längerer Beratung verhandelte Vorderschiedsrichter Goebel folgenden Bescheid: Das Gericht hat beschlossen, den Zeugen Hofe und ferner den Geh. Medizinalrat Dr. Leymann als Sachverständigen sofort zu laden.

Geh. Medizinalrat Dr. Leymann führt als Zeuge und Sachverständiger in einem längeren Gutachten folgendes aus: Nach den allgemeinen wissenschaftlichen Erfahrungen sind bei weitem mehr Selbstmörder im Augenblicke der Tat geistig gestört, als man im Publikum annimmt. Bei Selbstmördern handelt es sich gemeinlich um kranke Menschen, die meisten Selbstmorde sind Augenblickshandlungen. Derartig kranke Menschen werden im Moment von einem derartigen Affekt erfaßt, daß sie keine Zukunft mehr vor sich sehen und deshalb das Leben von sich werfen. Selbstmörder, die mit völliger Ueberlegung und einer gewissen Kaltblütigkeit das Fazit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ziehen und dann die Tat begehen, sind verhältnismäßig sehr selten. Dagegen sind diejenigen Selbstmorde, die fast in jeder Tageshälfte eintreten, wie Schülerelbstmorde, Selbstmorde aus unglücklicher Liebe, schlechter Heiraten, nicht bestandener Examina usw. gemeinlich auf eine pathologische Grundlage zurückzuführen. Bezüglich der Doppelselbstmorde bemerkt der Sachverständige, daß es bei diesen nicht als absolut ausgeschlossen gelten kann, daß auch hier Augenblickshandlungen vorliegen. Man muß aber sagen, daß die Erfahrungen nach wissenschaftlicher und praktischer Richtung hin ergeben haben, daß Affekthandlungen bei Doppelselbstmorden sehr selten sind. Diese zeigen immer eine gewisse Planung und Vorbereitung in der Art der Ausführung. Vielfach umgeben sich diese Personen mit allem möglichen romantischen Schmuck, um wie es in der Literatur der Delandensperiode häufig heißt, „in Schönheit zu sterben“. Mehr kann man, wie der Sachverständige weiter ausführt, nicht angeben, da in solchen Fällen die wissenschaftliche Erfahrung nicht viel weiter geht, als wie die Erfahrungen des praktischen Lebens. Vorkommend: hat diese Erfahrung nicht auch gelehrt, daß gerade Doppelselbstmörder Briefe und Abschiedsbriefe an ihre Angehörigen zurücklassen? Sachv.: Das ist eine einfache statistische Frage. Es kommt allerdings gemeinlich vor, daß Doppelselbstmörder nicht nur Briefe, sondern sogar Testamente an ihre Angehörigen hinterlassen.

Der Angeklagte selbst muß aus der Schranke heraustreten und vor dem Sachverständigen an der Zeugin Asefeler demonstrieren, wie die Salowki angeblich gefanden haben soll, als er ihr das Messer ins Herz stieß. Er behauptet wieder, die Salowki habe ihn ersucht, sie zu töten, sie habe erklärt, ein Stich in das Herz sei der leichteste Tod und deshalb habe er das Messer zur Ausführung der Tat benutzt. Sie habe sich vor ihm gestellt, rückwärts mit ihren Armen seinen Nacken umschlungen und so habe er das Messer ihr ins Herz gestochen. Er sei vor und bei der Tat sehr aufgereggt gewesen und habe sich erst nachher beruhigen können.

Gerichtsarzt Dr. Strauß erklärt die Angaben des Angeklagten nach dem gerichtsärztlichen Befunde für ungläublich, ja für direkt unmöglich.

Medizinalrat Dr. Leymann führt aus: Ich kann mich natürlich nur ganz allgemein äußern, das eigentliche Urteil liegt ja doch bei den Geschworenen. Wenn ich mir ein Bild von dem Seelenleben der Salowki nach allem, was mir mitgeteilt worden, machen soll, so kann ich nur sagen, daß ich bei ihr eine Aufforderung zur Tötung nicht für wahrscheinlich halte. Im Grunde genommen war doch die K. eine lebenslustige und dabei etwas phantastische Person, die in ihren Gemütsbewegungen oberflächlich war. Sie mochte im Moment wohl einmal vom Selbstmord gesprochen haben, aber eine so tiefe Niedergerücktheit und eine solche Affekthäufigkeit hat sie wohl nicht gehabt, um einen anderen zu erjuden, sie zu töten. Das kann ihrem ganzen Seelenleben ist dies nicht wahrscheinlich. Das kann ich nur ganz allgemein sagen. Ich halte es nicht für wahrscheinlich, daß eine solche Person einen so tief gehenden Entschluß auf Selbstvernichtung gehabt habe. Was die Ausführung der Tat betrifft, so muß ich sagen: Wenn auch Doppeltötungen durch Erstickens vorgekommen sind, so ist es doch nicht wahrscheinlich, daß jemand zu solcher Doppeltötung ein solches Brotmesser benutzt. Das nächstliegende ist doch die Anwendung eines Dolches. Wofür unmöglich ist natürlich auch die Anwendung eines derartigen Messers nicht. Wenn darauf hingewiesen wird, daß die K. eine Abwehrbewegung mit der Hand gemacht hat und sich dabei verletzt hat, so kommen solche Abwehrbewegungen auch in solchen Fällen vor, wo die ernstliche Absicht der Tötung bei der betreffenden Person vorlag. Auffällig ist es, daß die K. nicht die Brust entblößt haben sollte, wenn sie durch einen Stich getötet sein wollte. Wenn der Verteidiger fragt, ob nicht der Zustand der Schwangerschaft die K. in eine solche seelische Depression gebracht haben mag, daß sie den Wunsch nach dem Tode hatte, so ist darauf zu erwidern: es gibt Schwangerschaften, die unter sehr schwerer Depression leiden und wieder andere, die im gewöhnlichen Leben traurig und im Zustande der Schwangerschaft sehr aufgeregkt und lustig sind. — Staatsanwalt: Würde es nicht auffällig sein, daß die K., die doch nach allem, was von ihr berichtet worden, an den Personen geküßt haben dürfte, die „in Schönheit sterben“ möchten, sich zweifellos kurz vor der Tat des Angeklagten die Kleider abgenommen hätte? — Sachverständiger: Bei der Erörterung dieser Frage würde man ins Uferlose kommen. — Verteidiger Dr. Alberg: Die Salowki hat doch aber zweifellos am Tage vor der Tat den Auftrag gegeben, einen Revolver zu kaufen und eine Freundin ersucht, ihr Morphium zu besorgen. Kann der Sachverständige nicht behaupten, daß bei Personen, die unter einer seelischen Depression leiden, die Depression besonders des Abends zunimmt? — Sachverständiger Dr. Leymann: Es ist ja gar nicht der Beweis erbracht, daß die K. einen sogenannten schweren Charakter hatte, sondern einen oberflächlichen Charakter. — Rechtsanwalt Dr. Alberg: Ist es nicht richtig, daß solche Personen sich gerade deshalb in Vergnügen kitzeln, um ihre Depression zu überwinden? — Sachverständiger Dr. Leymann: Ich kann nur wiederholen, daß der Herr Verteidiger zu etwas spekuliert, was aus der Erörterung der Sachlage nicht hervorgeht. Man hat nicht davon gehört, daß die K. etwa ein Melancholiker oder Schizoid gewesen sei. Der Grundzug ihres Wesens ist doch der gewesen: Sie war eine lebenslustige Wüsterin, die mit der Herren umwandelte und recht aufgeräumt war. Eine Depression war ihrem innersten Charakter fremd. Was die größere Depression in den Abendstunden betrifft, so ist das im Leben auch anders. Solche Leute sind gewöhnlich des Morgens nach dem Erwachen solche gestimmt, aber des Abends lustiger, wie es schon im Volksmunde heißt: „Des Morgens heftig, des Abends elektrisch.“ — Verteidiger: Würde es nicht notwendig sein, den ganzen Lebenslauf der K. zu rekonstruieren, um sich ein genaues Bild von ihrem Seelenleben zu machen? — Dr. Leymann: Ich kann dazu nur sagen: Ich bin hierher gerufen worden, meine Anwesenheit hier ist aber eigentlich ganz überflüssig, denn was ich gesagt habe, ist nur eine Schätzung allgemeiner Lebenserfahrung. — Präsident: Wenn

nun ein Mädchen von dem Schläge „Himmelfahrtsgeld zu Tode betrübt“ ihrem Freunde sagt: „Nun tödt mich“ — ist dieser dann berechtigt, das für ernst zu nehmen, wenn er weiß, daß sie in der nächsten Viertelstunde vielleicht ganz anderer Meinung ist? —

Medizinrat Dr. Leppmann: Psychologisch wäre es für mich auch denkbar, daß der Angeklagte auch so kalkuliert haben könnte: sie hat so doch so wie so gesagt, sie wolle sterben, also verübe ich die Tat. Positive Behauptungen will ich aber keineswegs aufstellen.

Hierauf wird die Beweisaufnahme für geschlossen erklärt. Die zehn an die Geschworenen gerichteten Schuldfragen lauten auf Totschlag, Mord, Tötung auf ausdrückliches und ernstliches Verlangen, schweren Raub, Diebstahl, Hehlerei und Betrug.

Staatsanwalt Dr. Müller schildert den Angeklagten als einen Menschen mit recht gemeinen Charakterzügen. Als junger unerfahrener Mensch hat er sich mit Letztäre beschäftigt, die er nicht verdienen konnte. Durch die Letztäre wäre der Angeklagte unzufrieden geworden und mit sich und der Welt zerfallen. Er sei sich als zu etwas Höherem geboren vorgekommen, während er in Wirklichkeit verkommen ist. Anstatt bei seinem Handwerk zu bleiben, beschäftigte er sich mit allerlei zweifelhaften Geschäften, die ihn schließlich auf die schiefe Ebene brachten. Er hatte schließlich zwei Geliebten, in denen er den Glauben erweckte, daß er sie heiraten werde. Einen schweren Vorwurf müsse man dem Jüngemann deshalb aber machen, weil er von beiden Geld genommen hat. Als er dann die eine getötet hatte, ging er zu der anderen und antwortete ihr auf eine Frage, daß er mit der Rakowski „Schluß“ gemacht habe. Dieser Jynismus ist so recht bezeichnend für die Charaktereigenschaften des Angeklagten. — Der Staatsanwalt sucht sodann an der Hand der Beweisaufnahme darzulegen, daß nicht Tötung auf Verlangen der Geisteskranken vorliegt und beantragte die Schuldfragen nach Raubmord, Diebstahl und Betrug zu bejahen.

Rechtsanwalt Dr. Wisberg hielt hingegen nach dem ganzen Ergebnis der Beweisaufnahme für erwiesen, daß der Angeklagte und die Rakowski den Plan gefaßt hatten, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Nach eingehender Würdigung der einzelnen in der Beweisaufnahme getroffenen Feststellungen nach juristischer wie auch tatsächlicher Richtung hin kommt der Verteidiger zu dem Schluß, daß die Anklage wegen Mordes und Raubes unhalbar geworden sei und nur die Schuldfrage aus § 216 St.-G.-B. (Tötung auf ausdrückliches und ernstliches Verlangen) bezw. nach Diebstahl und Betrug von den Geschworenen zu bejahen sei.

Nach längerer Replik und Duplik des Staatsanwalts bezw. des Verteidigers und der Rechtsbelehrung durch Landgerichtsdirektor Gabel zogen sich die Geschworenen in später Nachmittagstrunde zur Beratung zurück.

Das Urteil.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen betreffend Mord und Diebstahl in 2 Fällen. Der Staatsanwalt beantragte die Todesstrafe und 3½ Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zum Tode, zu 9 Monaten Gefängnis und Ehrverlust.

Aus Industrie und Handel.

Katholischer Profit.

Ein Praktikus, der jedenfalls die Konfessionskarte als gutes Geschäft schon kennen gelernt hatte, kam auf den ingeniosen Gedanken, eine katholische Bankgenossenschaft zu gründen. Der lähnen Tat ist anscheinend der Erfolg nicht versagt geblieben, denn der Gründer beglückt Glaubensgenossen nun mit folgender Einladung:

Berlin O. 25, Contarstraße, 5, I.

Nachdem ich die Mithandigkeit der Katholiken in Deutschland gründlich studiert, veranlaßt durch Herrn Dr. Rost usw., kann ich auf Abhilfe und kam zu der Überzeugung, daß wir Katholiken unbedingt in der Finanzangelegenheit Veranlassungen treffen müssen, um das zur Gründung von Existenzen benötigte Geld nicht beim Juden, sondern bei uns Katholiken selbst beschaffen zu können.

Die Neue Spar- und Creditbank Zentrum, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, hat in dem ersten Jahre ihres Bestehens schon 80 Genossenschaftsmitglieder gewonnen und ist schon weit über 100 Katholiken nützlich gewesen.

Nach dem ersten Jahresabschluss habe ich vor, in allen großen Städten Deutschlands ähnliche Institute zu gründen, und wäre es mir sehr erwünscht, Ihre Ansicht hierüber zu hören.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Neue Spar- und Creditbank Zentrum

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

J. Rieger.

Die „Alln. Volkstg.“ wendet sich gegen das Projekt, Bezeichnenderweise aber nicht grundsätzlich, weil die Religion mit dem Geschäft nichts zu tun habe, sondern weil es in Deutschland Hunderte von Bankiers, darunter solche ersten Ranges, gibt, welche Katholiken

sind; auch scheint er nicht zu wissen, daß an der Leitung unserer allerersten deutschen Bankinstitute Katholiken hervorragend beteiligt sind.

Muß der Himmel seine Freude an der braven katholischen Arbeit haben.

Der Stahlwerksverband im Jahre 1909.

Den größten Versand hatte der Stahlwerksverband seit seiner Begründung im Jahre 1906 mit 5 738 902 Tonnen aufzuweisen. Im Jahre 1907 betrug im Vergleich zum Vorjahre der Rinder- und Stahl-Verband 154 802 Tonnen, dem im Jahre 1908 ein weiterer Rückgang des Verbandes um 819 708 Tonnen folgte. Das Jahr 1909 brachte gegen das ungünstige Jahr 1908 wieder einen Rehrversand von 201 182 Tonnen. Im Vergleich der letzten Jahre stellte sich der Verband der verschiedenen Erzeugnisse an Produkten A für die Gruppe I (Halbzeug), II (Eisenbahnmaterial) und III (Formeisen) in Millionen Tonnen, wie folgt:

	1905	1906	1907	1908	1909
Gruppe I	1,9106	1,8619	1,5579	1,9907	1,5084
II	1,6315	1,6268	2,3274	2,0708	1,8474
III	1,6783	1,9402	1,6089	1,3020	1,6147
Insgesamt	5,2154	5,7389	5,5941	4,7644	4,9655

Der Versand von Halbzeug, der seit dem Jahre 1905 ständig stark zurückgegangen war, hat im vergangenen Jahre wieder eine Vermehrung erfahren. Der Rückgang des Halbzeugerlasses, der für das letzte Jahr rund 407 200 Tonnen im Vergleich zum Jahre 1905 betrug, wird mit dadurch bedingt, daß sich in der Vertriebszahl des Stahlwerksverbandes immer weniger der gesamte Verbrauch von Halbzeug dokumentiert. Der Ausbau der Walzwerke der gemischten Betriebe führte zu einer immer größeren Verwertung von Halbzeug zu Produkten B, sodah das starke Zurückbleiben der Vertriebsziffern von Halbzeug zum Teil auf den Erweiterungen der Walzwerke der gemischten Betriebe beruht.

Die württembergischen Eisenbahnen erzielten im Jahre 1908/09 eine Gesamteinnahme von 74 637 701 M., die Betriebsausgabe betrug 58 207 104 M., der Betriebsüberschuss 16 430 597 M. Das Gesamtkapital der württembergischen Staatsbahn betrug am 31. März 1909 746 650 442 M. Es verzinst sich zu 2,40 Proz. (im Vorjahre 2,47 Proz.). Bei Hinzurechnung des Aufwandes aus Betriebsmitteln zum Kapital hat sich letzteres nur zu 2,25 Proz. verzinst. Hinter dem Zinsenbedarf mit 19 876 780 M. ist der Betriebsüberschuss um 2 948 183 M. zurückgeblieben. Zur Deckung des Aufwandes für die Tilgung der Eisenbahnschuld mit 4 801 823 M. hat der Betriebsüberschuss keine Mittel geboten. Dieses schlechte Ergebnis ist zum Teil mit durch die schlanke Eisenbahnpolitik der Nachbarstaaten Bayerns und Wadens verursacht.

Ein suspendierter Bierbockott.

Der am 7. September v. J. in Mülhausen i. E. vom Sozialdemokratischen Verein und Gewerkschaftsrat verhängte Bockott über alle Biere ist bis auf weiteres aufgehoben worden, nachdem der Ausschüsse und der Oberbairische Brauereiverband sich der Bockottkommission gegenüber verpflichtet haben, gemeinschaftlich mit den beiden in Mülhausen bestehenden Biervereinigungen und der Bockottkommission eine Einlage an den Gemeinderat auf Herabsetzung des jetzt 4,80 M. betragenden Ostroisgesetzes für Bier auf 3 M. zu richten, und im Falle des Erfolges dieser Einlage den Bierpreis pro Hektoliter um 2 M. zu ermäßigen. Die Wiedererhängung des Bockotts ist für den Fall vorbehalten, daß der Gemeinderat das Gesuch ablehnen sollte, oder daß Brauereien und Biere den versprochenen Preisabschlag nicht eintreten lassen. Der Preisabschlag von 2 M. pro Hektoliter würde die vor der sogenannten Reichsfinanzreform bestandenen Bierpreise wiederherstellen. Bei der Verhandlung teilte Gemeinderatsmitglied Innungsoberrmeister Reim mit, daß der Bierbockott während seiner viermonatigen Dauer der Gemeinde einen Ostroeinnahmenverlust von rund 60 000 Mark verursacht habe.

Ueber den Berliner Viechhandel im Jahre 1909 berichtete in der letzten Sitzung des Zentralausschusses Berliner Kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine Handelskammermitglied Gustav Sponholz. Bei Erörterung der Preise hob der Referent besonders hervor, daß für Schweine im Durchschnitt 9,74 M. pro Zentner für Primaqualität mehr als im Vorjahre gezahlt wurden — ein Beweis, daß Deutschland nicht genügend mit Viechmaterial versorgt sei. Sollte dieser Zustand mehrere Jahre hindurch andauern, so sei eine empfindliche Fleischnot unabwehrbar, falls sich Deutschland nicht dazu entschließe, die Grenzen für die Viechzufuhr zu öffnen.

Vom amerikanischen Eisenmarkt

berichtet „Iron Age“: „Die Eisenbahnen halten mit Aufträgen zurück, das Geschäft in Schienen enttäuscht. Besonders in Höhezeiten herrscht noch mäßige Nachfrage. Die Eisenborrate im Süden werden auf 150 000—175 000 Tonnen geschätzt.“

Kommunales.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Der bekannte Konflikt in der 120. Armenkommission, deren bürgerliche Mitglieder ihre Rotzchen nicht zu überwinden vermögen, hat den Berliner Stadtfreisinn nicht etwa auf den Gedanken gebracht, den Einfluß der Stadtverordnetenversammlung auf die Besetzung der kommunalen Ehrenämter möglichst noch zu stärken, sondern auf den pfiffigeren, gerade den Kommissionen wieder einen größeren Einfluß zu gewähren. Welche Absichten man dahinter zu suchen habe, das wurde in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten, die über diese Angelegenheit zu beschließen hatte, von drei Rednern der sozialdemokratischen Fraktion — den Genossen Borgmann, Singer, Ewald — vor aller Öffentlichkeit einmal rückhaltlos ausgesprochen. Die Debatte bedeutete für die freisinnige Mehrheit eine so nachdrückliche Brandmarkung, daß Herr Cassel einen verzweifelt Abwehrversuch unternahm, der ihm kläglich mißlang.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es noch bei mehreren Gegenständen zu mehr oder minder langen Erörterungen. Die Gehaltsaufbesserungen für die Feuerwehr sind beifällig zu begrüßen, aber mit Recht rügte es hier Genosse Leid, daß man es lange genug den Feuerwehrlenten nicht erspart habe, in ihrer dienstfreien Zeit sich noch Nebenverdienst verschaffen und Arbeitern das Brod nehmen zu müssen. Stadtrat Mugdan konnte erfreulicherweise mitteilen, daß das inzwischen unterjagt worden sei. Der Petitionsausschuß berichtete über etliche Petitionen, die er dem Magistrat zur Berücksichtigung bezw. Erwägung überwiesen wissen wollte. Eine Petition der Drogisten um Zulassung zu Lieferungen für die Armenverwaltung gab dem Stadtv. Thieme Veranlassung, sein warmes Herz für die Armen zu betätigen, die man vor den angeblich minderwertigen Waren der Drogisten schützen müsse. Genosse Weyl stellte fest, daß Krankenkassen mit den Drogisten allerbeste Erfahrungen gemacht haben. Als berücksichtigungswert erschien dem Ausschuss auch die Petition eines Schuldners, der einen ihm vorenthaltenen Teil des ihm zukommenden Gehaltes nachgezahlt haben wollte. Hier geistelte Genosse Singer das vom Magistrat beliebte Verfahren, einen Angestellten Jahre hindurch geringer zu bezahlen, als er nach der Gehaltsordnung hätte bezahlt werden müssen.

Gegen den Plan, die 85. Knaben-Gemeinschaftschule in der Brangelstraße aufzulösen, erhob die sozialdemokratische Fraktion Einspruch. Genosse Borgmann wies nach, daß die Ausführung dieses Planes durch nichts zu rechtfertigen sei und nur zu bald zur Wiederkehr einer Schulnot in Berlin-Südost führen könnte. Stadtverordneter Jden, der in diesem Stadtteil zu Hause ist und als Mitglied der Schuldeputation einen unheilvollen Einfluß auf die Gestaltung der Schulverhältnisse gerade in Berlin-Südost ausgeübt hat, tat die an Tollheit grenzende Aeußerung, es sei ein Werk im Interesse unserer Kinder, wenn man die Schule — auflöse. Stadtschulrat Fischer verabreichte das übliche Beschwichtigungs-pulver, das aber die minderbemittelte Bevölkerung des Stadtteils schmerzlich über die Wirkungen der Schuleinziehung hinwegtäuschen dürfte. Borgmann schnitt dann noch die Frage an, ob nicht Ersparnisgründe mitsprechen, und auf dieses Stichwort meldete sich selbstverständlich sogleich Herr Cassel und sagte sein gewohntes Sprüchlein her. Die Schulfreundlichkeit des Freisinns wurde am treffendsten gekennzeichnet durch den Zwischenruf des in der Schuldeputation sitzenden freisinnigen Stadtverordneten Schulze: „Wer soll denn das bezahlen?“ Der Antrag unserer Genossen, die der Versammlung nur zur Kenntnisnahme überreichte Vorlage in einem Ausschuss näher zu besehen, wurde abgelehnt.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Warietage: Fleischt Futur stark, Geschäft rege, Preise für Schweinefleisch nachgehend, sonst un- verändert. Wild: Futur mäßig, Geschäft schleppend, Preise fast un- verändert. Gellägel: Futur genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert. Fische: Futur mäßig, Geschäft etwas lebhafter, Preise beschleunigend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Gebäck: Futur genügend, Geschäft stark, Preise gedrückt.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Nur Freitag,
Sonnabend:

Lebensmittel

aussergewöhnlich
preiswert

soweit
Vorrat

Feine Leberw. Pfd. 90 Pf.
Landleberw. Pfd. 80 Pf.
Hallesche Leberwurst Pfd. 1⁰⁰
Jagdwurst Pfd. 95 Pf.

Cervelat u. Salami Pfd. 1¹⁰
Thür. Cervelat u. Salami Pfd. 1²⁵
Mettwurst Braunschw. Art Pfd. 85 Pf.
Teewurst Pfd. 1¹⁵

Zwiebelwurst Pfd. 42 Pf.
Rotwurst Pfd. 42, 60 Pf.
Del.-Fleischrotwurst Pfd. 78 Pf.
Sülzwurst Pfd. 68 Pf.

Burg. Schinken Pfd. 1⁰⁵

Cassler Rippespeer Pfd. 85 Pf.

Pökelzungen Pfd. 1⁰⁵

Suppenhühner Stück 1⁴⁵ 1⁶⁰ 1⁹⁰

Grosse Brathähne Stück. 2⁰⁰ bis 2⁵⁰

Junge Enten Stück 2²⁵ 2⁷⁵ 3²⁵

Schneehühner Stück 1⁰⁵

1 Waggon Tiroler-Aepfel 5 Pfund 45 Pf.

1 Waggon Apfelsinen Dtzd. 20, 30, 40 Pf.

Stadtverordneten-Versammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Michaelis eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit einem ehrlichen Nachruf für den vor einigen Tagen verstorbenen früheren Stadtrat und Stadtsyndikus Weise. Die Versammlung hören die Worte des Vorsitzenden lebhaft an.

Vor der Sitzung haben sich die 5 Abteilungen konstituiert (eine derselben hat den Stadtv. Toksdorf zum Vorsitzenden gewählt) und mehrere Ausschüsse gewählt vorgenommen. In dem Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlagen betr. erhöhte und neue Zuwendungen an gemeinnützige Anstalten, Vereine und dergleichen, und zett. Gewährung von 3000 M. an die Heilsarmee ist die sozialdemokratische Fraktion durch die Mitglieder Hoffmann, Rosenfeld, Stadthagen, Wehl; in dem Ausschuss zur Vorbereitung der Neuwahl der ständigen Ausschüsse usw. durch Bruns, Heimann, Singer, Buch, in demjenigen für die Angelegenheit betr. die Krananlage der Ziegeltransport-Aktiengesellschaft am Hasenplatz durch Glöck, Kerfin, Wurm, Zubeil vertreten.

In gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat und unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner findet zunächst die Wahl von 28 Mitgliedern und 16 Stellvertretern der Einkommensteuer-Verwaltungskommission statt.

Darauf tritt die Versammlung in die Erledigung ihrer eigenen Geschäfte ein.

Auf dem städtischen Grundstück zwischen dem Marxhäuser Platz und der Raglerstraße soll eine höhere Weberschule errichtet werden.

Die Ausschüsse gelangen ohne Debatte zur Annahme.

Stadtv. Jacobi (A. L.) berichtet namens des Ausschusses, der die Frage der Berechtigung der Mitglieder der 120. Armenkommission zur Niederlegung ihrer Ämter geprüft hat, über dessen Vorschläge auf Änderung des Verfahrens bei der Wahl von unbefoldeten Gemeindebeamten. Diese Vorschläge gehen dahin, zu der früheren, seit einem Jahre verlassenen Praxis zurückzukehren, daß dem Ausschuss für Unbefoldete auch die Wünsche der betreffenden Kommissionen bekannt gegeben werden sollen. Die Angelegenheit selbst ist materiell in geheimer Sitzung beraten worden und steht auch auf der Tagesordnung der heutigen geheimen Sitzung. Das neue Verfahren hat sich nach einer Auskunft des Magistratsvertreters nicht bewährt; so sei einmal ein 4 Treppen hoch wohnender Schneider zum stellvertretenden Bezirksvorsteher bestellt worden.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Der Antrag des Ausschusses, der uns jetzt vorgelegt wird, ist durchaus nicht neu. Schon früher ist von den Antragstellern beflagt worden, daß die recherchierenden Stadtverordneten oft Personen vorschlugen, die die nötige Qualifikation nicht besäßen, weil sie nicht die Beziehungen zu dem Bezirk hätten, in dem sie recherchieren sollten; es wären Personen vorgeschlagen worden, die irgend etwas auf dem Herdholz hatten. Es wurde dann der Ausschuss für die Prüfung der Qualität eingesetzt. Es stellte sich aber bald heraus, daß dieser Ausschuss für die Aufgabe auch nicht genügt, und es wurden dem Ausschuss die Akten der betreffenden Persönlichkeiten zur Verfügung gestellt. Später hat der Magistrat noch einmal den Versuch gemacht, bezüglich der Anstellung unbefoldeter Gemeindebeamten einen größeren Einfluss zu erlangen; dieser Versuch ist aber zurückgewiesen worden. Aus den Verhandlungen geht also deutlich hervor, daß der Ausschuss eine ganz klar begrenzte Aufgabe hat. Bis zum vorigen Jahre hat der Ausschuss ein Verfahren eingeschlagen, wonach die betreffenden Kommissionen das Recht hatten, Vorschläge oder — wie man es jetzt nennt — Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Für dieses Verfahren bietet die Geschäftsordnung nicht die leiseste Unterlage, und die Einbürgerung dieser Praxis hat eben zu den jetzigen Differenzen geführt. Der verstorbene Vorsteher Langerhans hat in dem Ausschuss selbst erklärt, daß jene Praxis nicht aufrecht erhalten werden könne. Der Referent hat hier nicht mit der nötigen Treue referiert. (Der Vorsteher rügt diesen Ausdruck.) Ich werde das sofort beweisen. Der Referent hat kein Wort darüber gesagt, daß die ganze Verhandlung im Ausschuss dadurch entstanden ist, daß die Vorgesetzten und von der Versammlung Gewählten nicht in ihr Amt eingeführt worden sind, oder daß die Kommission sich geweigert hat, diese anzunehmen, weil sie nicht auf ihrem politischen Standpunkt stehen! Der Ausschuss für Unbefoldete wie die recherchierenden Stadtverordneten haben lediglich Vorschläge zu machen; die Wahl selbst steht der Versammlung zu. Es bleibt bestehen, daß hier politische Motive eine Rolle spielen, und das ist äußerst bedenklich. Nun wurde im Ausschuss gesagt, der alte Friede sei erst gestört worden, seit die Sozialdemokratie in der Versammlung sei. Ja, wir befinden uns von Rechts wegen hier und werden uns unser Recht nicht nehmen lassen. Noch 1883 hat der Ausschuss einen Beschluß gefaßt, wonach seine Recherchen sich auch darauf zu erstrecken haben, ob die betreffenden nicht als sozialdemokratische Heber bekannt seien. (Hört! hört!) Das ist äußerlich ja seit 1884 milder geworden, aber im Wesen ist es das selbe geblieben; noch heute haben wir 300 sozialistische Armenkommissionen! Wollen Sie sich den Beschluß des Ausschusses zueigen machen, dann müssen Sie die Geschäftsordnung ändern; mit einem so gelegentlichen Antrage kann man das nicht nebenher machen. Wenn einzelne Kommissionen es wagen, die Beschlüsse der Versammlung einfach auszuhalten, so muß die Versammlung solche Hebergriffe energisch zurückzuweisen, nicht aber diesen Hebergriffen sich fügen. Wenn die Vorschläge des recherchierenden Stadtverordneten abgelehnt werden und die von der Kommission Vorgesetzten auch nicht geeignet sind, wie soll dann verfahren werden? In manchen Fällen kennen die recherchierenden Herren ihren Bezirk gar nicht; ich weiß auch Fälle, wo die betreffenden

andere. Der von der Versammlung Gewählte muß und wird auch eingeführt werden, und ist auch bisher eingeführt worden.

Stadtv. Solmitz (Fr. Fr.): Während der letzten Rede hat sich in auffälliger Weise der Kollege Wasner hier vorgebracht, und als ich ihn auf das Unpassende seines Verhaltens aufmerksam machte, rief er mir zu: „Wandern Sie doch nach Palästina aus!“ Ich überlasse das weitere dem Herrn Vorsteher.

Vorsteher: Sie werden dem Wunsch doch nicht Folge leisten! (Stürmische Heiterkeit.)

Stadtv. Rosenow (A. L.): Wenn die ungeheuerliche Behauptung wahr sein sollte, daß die recherchierenden Stadtverordneten sich um ihre Bezirke nicht kümmern, so ist es doch um so wünschenswerter, daß wenigstens die Kommissionen sich darum kümmern. Ich beantrage eine anderweitige Fassung, welche den Kommissionen den Irrtum berechnen soll, als ob ihre Vorschläge auch durchaus respektiert werden müßten.

Stadtv. Singer (Soz.): Ich möchte meinen, daß die Frage nur von dem Gesichtspunkte aus behandelt werden sollte, ob die Versammlung ihre Rechte auf andere Körperschaften delegieren soll. Das ist der Kernpunkt dieser ganzen Streitfrage. (Widerspruch.) Kollege Rosenow beachtlich, ganz genau das selbe zu präzisieren. Mit dem Ausschussvorschlag würden Sie einer außerhalb der Versammlung stehenden Körperschaft das Recht zugeschieben, solche Vorschläge zu machen; es würde sich um „Wünsche“ von Amtsstellen handeln, die eben nicht als bloße Wünsche gelten können. Mit all dem übrigen Brimborium will die Mehrheit nur den eigentlichen Vorschlag bemanteln, zu verhindern, daß die Sozialdemokratie in diese gemeindlichen Ehrenämter eintritt. Herr Gerde hat die Tätigkeit unserer Genossen anerkannt; ich bin dankbar dafür, aber nicht überrascht davon, denn es ist ganz selbstverständlich, daß die Betreffenden tüchtig arbeiten. Die Verteilung der Bezirke selbst ist in ganz überwiegendem Maße den Stadtverordneten anderer Parteien, nicht den sozialdemokratischen, zugute gekommen; also auch diese Einteilung ist schon nach politischen Gesichtspunkten erfolgt. Das Gros der Kollegen, namentlich meiner Parteikollegen, hat nur je einen Bezirk angeteilt erhalten, während andere

ein halbes Duzend und mehr Bezirke haben.

Das geht die erste Armenvorsteherin hat eingeführt werden können, verdanken Sie auch dem recherchierenden sozialdemokratischen Stadtverordneten. Denn die Herren Kommissionsmitglieder wollten mit einer Frau nicht zusammenarbeiten, sie sind ausgeschlossen und durch andere ersetzt worden, und mit einer gewissen Feindschaft hat Stadtrat Münsterberg die Einführung der Vorsteherin vorgenommen. — Die Herren widerstreben dem Eindringen unserer Genossen in die Kommissionen, weil diese Kommissionen neben den Bezirksvereinen Dependancen Ihrer Parteiorganisation sind. (Unruhe.) Leugnen Sie doch nicht, was ganz klar offen liegt, ich stelle ja nur eine Tatsache fest. Die Herren fürchten, daß ihre Vorherrschaft in der Stadt dadurch herabgedrückt werden kann. Das mußte hier ausgesprochen werden; darum habe ich den Vorsteher gebeten, diesen Teil der Angelegenheit in öffentlicher Sitzung zu behandeln. In den Geschäftskreis dieser Armen- und Schulkommissionen und Waisenratskommissionen treten doch wesentlich Angehörige der minderbemittelten Volksklassen. Wir können Ihre Beschlüsse nicht hindern, aber wir können und müssen den entscheidenden Protest dagegen erheben. Der Magistrat wird einen solchen Beschluß nach seiner Zusammenfassung nicht beanstanden. Der Beschluß wird aber ungerecht sein, den bestehenden Vorschriften nicht entsprechen und in der Bevölkerung nur Unzufriedenheit, Groll und Mißmut erregen. Ob der eingesetzte Ausschuss überhaupt die vorliegenden Vorschläge zu machen berechtigt war, ist streitig; gegenüber der Eile, mit der diese so wichtige Frage vor das Plenum gebracht wird, muß auch darauf hingewiesen werden. Wenigstens müßte ein Ausschuss die Frage gründlich prüfen. Sofortige Beschlussfassung kann Ihnen nur den Vorwurf eintragen, daß Sie parteipolitisch verfahren und terroristisch die Macht, die Sie in Händen haben, ausnützen.

Vorsteher Michaelis: Für das grobe Versehen, das Herr Wasner begangen hat, rufe ich ihn jetzt, nachdem ich von dem Vorgang unterrichtet worden bin, zur Ordnung!

(Stadtv. Wasner bittet um Wort zur Geschäftsordnung.)

Stadtv. Gwald (Soz.): Daß ich hinter einem Fraktionsgenossen reden muß, liegt an einer Aenderung der Rednerliste, an der ich unschuldig bin. Von den über 400 Armenkommissionen sieht in ungefähr 350 kein Sozialdemokrat. (Widerspruch.) Ich kann das besser beurteilen als Sie. Mehr als 3 Kommissionen sind keinem von uns zur Recherche überwiesen; Ihre Kollegen haben bis zu neun Kommissionen. Wir haben, wo es sich um Reibeschungen handelte, selbstverständlich von dem Recht Gebrauch gemacht, unsere Parteigenossen hineinzubringen; das können Sie uns nicht verdenken, schon weil wir die stärkste Partei in Berlin sind und wohl ein Recht darauf haben, in den Kommissionen vertreten zu sein. Bis ungefähr vor 2 Jahren erhielten wir bei der betreffenden Pötte ein Schreiben mit den Wünschen der Kommission. Das hat zu Streitigkeiten geführt; der frühere Vorsteher Langerhans griff ein und veranlaßte, daß diese Unsitte des Beilegens des Schreibens an die Versammlung abgeändert wurde. Jetzt auf einmal soll das, weil eine Kommission ihre Ämter niedergelegt hat, wieder anders werden! Wie die Wünsche ausfallen, dafür einen eklatanten Beweis. Ich halte für eine Schulkommission einen freisinnigen Parteimann vorgeschlagen, die Kommission, die ihre Leute wohl nicht kannte, zog den vor, der zufällig ein Parteigenosse von mir war. Als ich nachweisen wollte, daß die von mir vorgeschlagene Person besser qualifiziert sei, wurde dagegen protestiert, im Plenum bin ich überstimmt worden und der von der Kommission vorgeschlagene ist gewählt worden. (Hört, hört!) Diese „Wünsche“ gehen alle darauf hinaus, zu verhindern, daß von unseren Leuten jemand hineinkommt. Wenn Sie Frieden haben wollen, lehnen Sie den Antrag ab und erniedrigen Sie nicht die recherchierenden Stadtverordneten zu Statisten und Briefträgern.

Stadtv. Cassel (A. L.): Ich bestreite den sozialdemokratischen Vorredner das Recht, der Mehrheit Parteipolitik zu unterstellen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Vorstandswahl!) Ich gehe als Gegenkandidat des Herrn Singer auf diesen Widerspruch nicht ein. In den Ausschüssen und Deputationen sitzen zahlreiche Sozialdemokraten. Mit dem Ausschussantrag wird die Geschäftsordnung gar nicht berührt; das Vorschlagsrecht der Stadtverordneten und des Ausschusses bleibt unverändert. Um den Preis des Verzichts auf unsere eigene Meinung können wir keinen Frieden schließen. (Unterbrechungen und Rufe bei den Sozialdemokraten.) Diese Unterbrechungen haben gar keinen Zweck; ich werde von dieser Stelle nicht auswandern, bis ich meinen Gedankengang zu Ende geführt habe. (Heiterkeit.) Wir werden auch für den Antrag Rosenow stimmen. Den Vorwurf des Kollegen Borgmann gegen den Referenten muß ich für absolut unberechtigt erklären; die betreffende Angabe geht in die geheime Sitzung. Damit schließt die Diskussion. Der Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuss wird abgelehnt, der Ausschussvorschlag mit dem Amendement Rosenow angenommen.

Für die Einrichtung der Kochküche des Rathskellers sollen außer den schon früher bewilligten 48 500 M. noch weitere 28 000 M. bewilligt werden.

Die Vorlage wird in die geheime Sitzung verwiesen. Die Vorlage wegen Aufbesserung der Besoldungen des Exekutivpersonals der Feuerwehr beantragt Stadtv. Barth (A. L.) an einen Ausschuss zu verweisen.

Stadtv. Leib (Soz.) bringt die Verwendung von Feuerwehrleuten zu privaten Zwecken zur Sprache. Feuerwehrleute sind in den letzten Jahren oft verwendet worden, Umzüge von Privatpersonen zu vollziehen. Eine solche Unsitte sollte beseitigt werden. Es sind Arbeiter genug vorhanden, nicht nur ungelernete, sondern auch gelernete Transportarbeiter, die sehr gern diese Umzüge vollziehen würden, die Privaten brauchen sich bloß an den Arbeitsnachweis zu wenden. Feuerwehrleute sollten zu solchen Leistungen nicht herangezogen werden, sie sind dazu nicht da. Einspruch gegen diese Gepllogenheit muß schon im Interesse der Feuerficherheit Berlins erhoben werden. Entweder haben wir zuviel Feuerwehrleute, oder die Leute werden ihrem eigentlichen Dienst entzogen. Die dienstfreie Zeit sollen die Feuerwehrmänner zur Ruhe gebrauchen, um ihrem schwereren Dienst um so mehr gerecht werden zu können. Mit diesem Antrag sollte endlich einmal aufgeräumt werden; der Magistrat sollte sich mit dem Polizeipräsidenten darüber verständigen.

Stadtrat Rüdiger gibt eine anscheinend entgegenkommende Erklärung ab, deren Einzelheiten aber nicht verständlich werden. Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Es folgen Berichte des Petitionsausschusses.

Die Petition der Berliner Drogisteninnung um Zulassung zur Lieferung für die Armenrevision beantragt der Ausschuss dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stadtv. Thieme (A. L.) hält Lieberweisung zur Erwägung für hinführend.

Stadtrat Münsterberg macht einige Bedenken geltend.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.) tritt für die Berücksichtigung der Drogengeschäfte ein. In den 9 Jahren, seit die Krankenklassen sie berücksichtigen, ist keine einzige Klage laut geworden. Die Herren Apotheker wie Drogisten beziehen die Waren aus denselben Quellen. Herr Thieme will es mit den Apothekern nicht verderben. Er hätte aber auch seine Behauptung beweisen müssen, daß die Drogengeschäfte nicht amtlicher Revision unterliegen wie die Apotheken. Jedes Drogengeschäft wird mindestens einmal jährlich durch den betreffenden Kreisarzt und den amtlichen Apotheker unvermuthet revidiert. Die Abrechnung mit den Drogisten ist ebenso bequem wie mit den Apothekern, man braucht nicht mit jedem der 600 Drogisten einzeln abzurechnen; sie haben ein Bureau. Wir müssen einer Abschwächung des Ausschusses durch das widerstehen.

Stadtv. Cassel pflichtet Wehl Ausführungen vollständig bei. Der Ausschussantrag wird angenommen.

personals der Feuerwehr beantragt Stadtv. Barth (A. L.) an einen Ausschuss zu verweisen.

Stadtv. Leib (Soz.) bringt die Verwendung von Feuerwehrleuten zu privaten Zwecken zur Sprache. Feuerwehrleute sind in den letzten Jahren oft verwendet worden, Umzüge von Privatpersonen zu vollziehen. Eine solche Unsitte sollte beseitigt werden. Es sind Arbeiter genug vorhanden, nicht nur ungelernete, sondern auch gelernete Transportarbeiter, die sehr gern diese Umzüge vollziehen würden, die Privaten brauchen sich bloß an den Arbeitsnachweis zu wenden. Feuerwehrleute sollten zu solchen Leistungen nicht herangezogen werden, sie sind dazu nicht da. Einspruch gegen diese Gepllogenheit muß schon im Interesse der Feuerficherheit Berlins erhoben werden. Entweder haben wir zuviel Feuerwehrleute, oder die Leute werden ihrem eigentlichen Dienst entzogen. Die dienstfreie Zeit sollen die Feuerwehrmänner zur Ruhe gebrauchen, um ihrem schwereren Dienst um so mehr gerecht werden zu können. Mit diesem Antrag sollte endlich einmal aufgeräumt werden; der Magistrat sollte sich mit dem Polizeipräsidenten darüber verständigen.

Stadtrat Rüdiger gibt eine anscheinend entgegenkommende Erklärung ab, deren Einzelheiten aber nicht verständlich werden. Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Es folgen Berichte des Petitionsausschusses.

Die Petition der Berliner Drogisteninnung um Zulassung zur Lieferung für die Armenrevision beantragt der Ausschuss dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stadtv. Thieme (A. L.) hält Lieberweisung zur Erwägung für hinführend.

Stadtrat Münsterberg macht einige Bedenken geltend.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.) tritt für die Berücksichtigung der Drogengeschäfte ein. In den 9 Jahren, seit die Krankenklassen sie berücksichtigen, ist keine einzige Klage laut geworden. Die Herren Apotheker wie Drogisten beziehen die Waren aus denselben Quellen. Herr Thieme will es mit den Apothekern nicht verderben. Er hätte aber auch seine Behauptung beweisen müssen, daß die Drogengeschäfte nicht amtlicher Revision unterliegen wie die Apotheken. Jedes Drogengeschäft wird mindestens einmal jährlich durch den betreffenden Kreisarzt und den amtlichen Apotheker unvermuthet revidiert. Die Abrechnung mit den Drogisten ist ebenso bequem wie mit den Apothekern, man braucht nicht mit jedem der 600 Drogisten einzeln abzurechnen; sie haben ein Bureau. Wir müssen einer Abschwächung des Ausschusses durch das widerstehen.

Stadtv. Cassel pflichtet Wehl Ausführungen vollständig bei. Der Ausschussantrag wird angenommen.

Zur Berücksichtigung überweisen wird ferner die Petition des Schuldners Fenzke an der Viktoriaschule um Rückzahlung des Differenzbetrages zwischen dem Grundgehalt der Schuldner an den Gemeindeschulen und dem der Schuldner an den höheren Lehranstalten, nachdem sich in der Debatte auch Stadtverordneter Singer des Petitionsfalls warm angenommen und gegen das Verfahren des Magistrats als einseitig protestiert hat.

Der Schlosser Michael Kosalowiz, Voigtstr. 41, petitioniert bei der Versammlung um Erstattung des Wertes (15 M.) des seinem Sohne in der 243. Gemeindeschule gestohlenen Heberziehers. Der Petitionsausschuss empfiehlt, ohne einen Rechtsanspruch anzuerkennen, im vorliegenden Falle aus Billigkeitsgründen das Petikum dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Versammlung beschließt demgemäß ohne Debatte.

Die 85. Gemeindeschule in der Wangelstraße soll nach einer Vorlage zur Kenntnisnahme wegen Rückgang der Zahl der schulpflichtigen Kinder in jener Gegend eingezogen und allmählich abgebaut werden.

Stadtv. Borgmann: Die Vorlage bezieht sich außerordentlich kurz, während eine so wichtige Sache, wie die Auflösung einer Volksschule, doch eine ausführliche Begründung erfordert. Die Zahl der schulpflichtigen Kinder in der Gegend ist nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. In der Gegend stehen zahlreiche Wohnungen leer, was natürlich auch einen Rückgang der leerehenden Wohnungen, die 1908 848 Beitrag, zurückgegangen. In den benachbarten Schulen stehen allerdings zirka 11 Klassen leer; die Frequenz unserer Schulen ist aber, wie wir stets behauptet haben, namentlich in den Aufnahmeflassen zu hoch, und das ist auch in allen diesen Schulen der Fall. Auch eine Frequenz von 55 ist für die Aufnahmeflassen noch viel zu hoch. Stadtschulrat Gerstenberg hielt das Maximum bei 40 schon für erreicht. Hier sollte doch die Schulverwaltung das Experiment einer wirklichen gründlichen Durchführung des achtklassigen Schulsystems machen, anstatt eine Gemeindeschule einfach zu beseitigen. Wir beantragen Ausschussberatung.

Stadtv. Iden (A. L.) bestreitet, daß Borgmanns tatsächliche Angaben zutreffen. Die leeren Klassen seien schon seit Jahren vorhanden. Die Schüler könnten in viel bessere Räume gebracht werden.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Wenn sich herausstellen sollte, daß bei besserer Konjunktur wieder mehr Leute dort hinziehen, würden wir immer noch beantragen können, die Schule beizubehalten, denn sie soll ja nur allmählich abgebaut werden. Die Herabsetzung der Klassenfrequenz auf 40 würde gerade die Durchführung der Achtklassen-Schule verhindern.

Stadtv. Borgmann widerspricht dieser Auffassung. Wenn man 120 Kinder statt in 2 Aufnahmeflassen à 60 in 3 à 40 unterbringen würde, so würden die Kinder von drei Lehrern viel gründlicher und besser und erfolgreicher unterrichtet werden können. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In Leipzig besteht das Achtklassen-Schulsystem seit Jahrzehnten, und dort erreichen 75 Prozent der Kinder das Ziel. (Zuruf.) Herr Schulze ruft mir zu: „Wer soll denn das nachher bezahlen?“ Ja, das liegt's, angeblüht fehlen die Mittel. Wenn sich die Sache selbst durchgeführt hat, werden sich auch die Mittel finden.

Stadtv. Cassel: In Leipzig wird Schulgeld erhoben, und dort gibt's auch gehobene Volksschulen, die ich für geradezu gefährlich halte.

Stadtschulrat Fischer: 120 Schüler lassen sich in 3 Klassen sicher besser unterrichten als in 2. Unsere Schulgebäude haben aber durchschnittlich 18 Klassen, und wo sollen wir da den Raum für die dritte Aufnahmeflasse herdekomen?

Stadtv. Iden hält jede Aussicht auf Zunahme der Frequenz in jener Gegend für ausgeschlossen und erklärt es für einen Gewinn, wenn man die Schule frei bekäme, eine Fortbildungsschule dort unterzubringen.

Stadtv. Borgmann: Wir wünschen durchaus ebenso die Fortbildungsschulen in eigenen guten Räumen untergebracht wie der Vorredner.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird abgelehnt, die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Vorlagen schließt die Sitzung um 1/10 Uhr.

Soziales.

Heber den Hochholer Versteckes wird und aus Hochhol geschrieben: Wie in den hiesigen Zeitungen festgestellt wird, hat der Generalsekretär des Leipziger Verlegerverbandes, Herr Dr. Kühn (nicht Kunz, wie zuerst gemeldet), anfänglich entschieden in Abrede gestellt, das sensationelle Gespräch mit einem hiesigen Arzt geführt zu haben. Erst später, als die Witze hinzugekommen wurde, hat er wenigstens zugegeben, überhaupt zu der kritischen Zeit tele-

phonetisch zu haben. In einer 25 Zeilen langen Erklärung beschließt sich dann Herr Dr. Trieben, mit dem das Gespräch stattgefunden hatte, mit der Angelegenheit. Er meldet sich eingangs als derjenige hiesige Arzt, mit dem das Gespräch wahrscheinlich stattgefunden habe, bekennt dann, daß es in der angegebenen Form erfolgt sei, will sich des genauen Wortlauts nicht erinnern und Andeutungen von „Hinterhalt“ und „scheinbarem Eingehen“ nicht wahrzunehmen haben. Er schreibt dann: „Der Verwurf, der dem Generalsekretär gemacht wurde, als er ursprünglich die Tatsache der telephonischen Gesprächsführung ableugnete, sich aber später derselben erinnerte, — dieser Verwurf kann auch dem Unterzeichneten gemacht werden, da es ihm gerade so ergangen ist.“ Der Herr Doktor schließt also — Vergeltlichkeit vor, was bei einer so wichtigen Angelegenheit allerdings sehr fatal ist. Er muß sich dann auch von den betreffenden Ehrengewürden des Gesprächs eine gründliche öffentliche Widerlegung gefallen lassen. Die Zeugen halten ihre Behauptung wörtlich aufrecht und erklären sich bereit, dieselbe eidlich zu erhärten. Der Krankenassenvorstand macht Herrn Dr. Trieben ebenfalls öffentlich auf einige Widersprüche in seiner Erklärung aufmerksam. Aus dieser Entgegnung verdient besonders folgende Stelle Beachtung: „Der Krankenassenverbandsvorstand erachtet die früheren Kasernenärzte, den Kampf doch in etwas lokaler Weise zu führen, u. a. die neuen Kasernenärzte nicht in geschwinder Weise zum Vertragsbruch zu verleiten, sowie die Ärzte, welche von uns angestellt worden sind, und deren Familienangehörige nicht zu belästigen.“ — Letzteres ist in so merkwürdiger Weise geäußert, daß der Bürgerchaft schließlich die Sache zu bunt wurde. Am die Wiederholung solcher Vorwürfe zu verhüten, fungierten schließlich mehrere Bürger vor bzw. in der Wohnung des am meisten belästigten neuen Arztes als freiwillige — Posten. Das half. Nun konnte der betreffende Arzt ungehindert seines Amtes walten. Wenn aber die Arbeiterschaft bei Streiks auch so verfahren dürfte, wie die früheren Vorkriegs Kasernenärzte, dann gäbe es höchstwahrscheinlich keine verlorenen Streiks mehr. Uebrigens handelt es sich in dem Vorkriegs Kasernenkrieg seit dem 1. Januar keineswegs um einen Streik, und auch vorher konnte von einem Streik nicht die Rede sein, weil die Herren ja bis zum Ende des Jahres 1900 ihres Amtes walteten. Sie sind, wie gerichtsseitig festgestellt wurde, rechtskräftig am 1. Juli 1900 zum 1. Januar 1910 gekündigt worden. Am genannten Tage war ihr Vertrag abgelaufen; sie hatten also mit den Krankenassen nichts mehr zu tun.

Ein Kampf um die Unfallrente.

Der Gärtner J. erlitt in seinem Arbeitsverhältnis bei der der Stadt Frankfurt a. M. gehörenden Taubstummen-Erziehungsanstalt in Frankfurt a. M. einen Betriebsunfall. Beim Auspugen von Bohnenstangen glitt ihm das Schnitzmesser aus und fuhr ihm ins Knie. Diese Verletzung führte zu einer Blutvergiftung. Es wurde zweimal operativ eingegriffen. Der Patient blieb nahezu ein halbes Jahr in Krankenhausbildung. Als dauernden Schaden behielt der Gärtner ein steifes Bein. Die Hefen-Kassauische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft lehnte den Antrag auf Gewährung einer Unfallrente mit dem Hinweis ab, daß der in Frage kommende Betriebsunfall unterliege nicht der Unfallversicherung. Dieser Auffassung schloß sich auch das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Wiesbaden an. Das Reichsversicherungsamt ergriff aber den Rechtsanspruch seinem Grunde nach für berechtigt und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente, die ihrer Höhe nach noch festzusetzen war.

Die Berufsgenossenschaft schätzte den Grad der bis dahin bestandenen Erwerbsunfähigkeit auf 33% Proz. ab und berechnete die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter. Nach dem Befehle sollen aber Gärtner und Gärtnergehilfen zu den „Facharbeitern“ zählen, für die die Rente nach dem Individuallohn zu berechnen ist; dieser betrug im vorliegenden Falle rund das Doppelte des Durchschnittslohnes. Die Berufsgenossenschaft stützt sich auf ihr Statut, das den im Befehle enthaltenen Facharbeiterbegriff („Gärtner und Gärtnergehilfen“) auf „Kunstgärtner“ eingrenzt hat, und sie behauptet, die Tätigkeit des J. sei eine kunstgärtnerische nicht gewesen. Der unzufällige Unfall hat, nachdem seit Eintritt seines Unfalls bis zum schließlichen Entscheide des Reichsversicherungsamts 2 1/2 Jahre vergangen, namentlich in einem neuen Klageverfahren erst noch um die Anerkennung seines Facharbeitercharakters zu kämpfen, zugleich natürlich auch um Anerkennung der größeren Erwerbsunfähigkeit. Der Streit um Anerkennung des Charakters als Facharbeiter ist von grundsätzlicher Bedeutung. Unseres Erachtens ist eine Berufsgenossenschaft nicht berechtigt, durch ihr Statut den Facharbeiterbegriff so einzuzengen, daß dadurch, wie das Reichsversicherungsamt in seinem Rasterstatut selbst sagt, die Absicht des Gesetzes illusorisch gemacht wird.

Krankenasse und Gewerkschaftshaus.

Die Verderblichkeit des Bestrebens, in Zukunft durch die Gesetzgebung das Verwaltungsstreitverfahren in einer Reihe von

Krankenkassenangelegenheiten nicht mehr zuzulassen, wird auch durch folgenden Rechtsfall beleuchtet.

In Wald bei Solingen besteht unter dem Namen „Kranken- und Sterbeasse bei Kaspar Jäger“ eine Krankenkasse mit einem Statut, das älter ist als das Krankenversicherungsgesetz und als das Hilfskassengesetz und das genehmigt wurde gemäß einer Kabinettsorder vom 29. September 1893. Der Minister für Handel und Gewerbe hat dann später auf Grund des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes befohlen, daß die Kasse vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes den Anforderungen des § 75 genüge. Als Aufsichtsbehörde ist seinerzeit für die Kasse „die Ortsbehörde unter Oberaufsicht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf“ bestimmt worden, was im Statut Ausdruck findet. Die Kasse, die immer ihre Generalversammlungen usw. im Lokal von Kaspar Jäger abgehalten hatte (daher der Name), siedelte nun vor einiger Zeit nach dem Gewerkschaftshaus in Wald über. Einigen Mitgliedern, die schon immer gegen die Leitung mit Denunziationen vorgingen, paßte das nicht. Sie machten sich wieder an den Bürgermeister als Aufsichtsbehörde heran und behaupteten, es sei ihnen nicht möglich, in das Gewerkschaftshaus zu gehen. Durch die Abhaltung der Versammlungen im Gewerkschaftshaus seien sie behindert, an den Versammlungen teilzunehmen. Der Bürgermeister ließ sich dadurch irritieren und erließ, nachdem er sich mit dem Regierungspräsidenten ins Einvernehmen gesetzt hatte, eine Verfügung an den Vorstand, wodurch er den Befehl des Lokals unterlagte. Man lehrte sich aber nicht daran, sondern hielt die Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Es folgten weitere Verfügungen, daß ein einwandfreies Lokal zu nehmen sei, und es wurden Zwangskonten auf Grund des § 132 des Landesverwaltungs-Gesetzes angeordnet. Bemerkenswert wurde, daß jedes andere Lokal, nur nicht das Gewerkschaftshaus genommen werden könne, weil dies ein Betriebslokal der Sozialdemokraten sei und einen besonderen politischen Anstrich habe. Er, der Bürgermeister, habe sich nicht zu überzeugen vermocht, daß durch die Abhaltung der Hauptversammlungen im Gewerkschaftshaus die Interessen aller Kassamitglieder gewahrt sein mögen. Der Bürgermeister erklärte im Anschluß an seine letzte Verfügung zugleich die in einer Hauptversammlung im Gewerkschaftshaus gefassten Beschlüsse für ungültig!

Der Vorsitzende E. Weid sagt die Verfügung im Verwaltungsstreitverfahren durch Klage beim Bezirksauswahsamt an und beantragt, daß das Gewerkschaftshaus durchaus einwandfrei sei.

Der Bezirksauswahsamt und das preussische Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz wies die Klage ab, weil die Verwaltungsgerichte für die Klage dieser Kasse gegen die als Aufsichtsbehörde ergangene Verfügung unzuständig seien, da die Kasse keine der unter das Krankenversicherungsgesetz fallenden Kassen wäre, sondern eine auf Grund höherer Bestimmung (Kabinettsorder von 1893) gegründete Kasse. Das Verwaltungsstreitverfahren sei nicht gegeben. — Hier bleibt es also mangels des Verwaltungsstreitverfahrens bei der die meisten Mitglieder geradezu ins Gesicht schlagenden Aufsichtsbefehle, während derselbe Senat als zuzuständiger Verwaltungsrichter im Oktober 1909 die Wahl des Gewerkschaftshauses in Frankfurt a. O. zu Ortskrankenkassenversammlungen für durchaus zulässig erklärt hatte.

Die Wahl der Arbeitervertreter zu der unteren Verwaltungsbehörde.

hat in der Stadt Braunschweig mit einem vollen Siege der freigeordneten Arbeiter geendet. Die von den Unternehmern aufgestellte Kandidatenliste für die Arbeiter unterlag.

In Wolfenbüttel nahmen unsere Genossen den Begnern zwei Mandate ab. Die Kreisdirektionen haben im Stillen für die gegnerischen Kandidatenlisten gearbeitet. So kam es, daß im Kreise Wandersheim sogar — ein Schuhmann als Arbeitervertreter gewählt wurde.

Begriff des Haus- und Biergartens im Sinne der Unfallversicherung.

Nach § 1 Absatz 7 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft ist „die ausschließliche Bewirtschaftung von Haus- und Biergärten“ nicht unfallversicherungspflichtig. Diese Bestimmung wurde früher vielfach so aufgefaßt, als fielen darunter auch sämtliche herrschaftlichen Privatgärtnerbetriebe, die nur der Eigenbedarfsproduktion des Besitzers dienen. Später jedoch sind die größeren dieser Betriebe in die Versicherungspflicht einbezogen worden. Für kleinere Betriebe dieser Art blieb die Frage strittig. In einem Urteil vom 18. September 1909 spricht sich nun das Reichsversicherungsamt hierzu wie folgt aus: „Der Begriff des Hausgartens setzt im allgemeinen voraus, daß die Erzeugnisse des Gartens lediglich für den Bedarf des eigenen Haushalts des Unternehmers verwendet werden, daß der Umfang der gärtnerischen Anlagen nicht zu bedeutend ist und daß nicht zu erhebliche fremde Arbeitskräfte für die Bewirtschaftung erforderlich sind, diese vielmehr im wesentlichen allein von dem Besitzer und dessen Angehörigen oder den regelmäßig als Hausgenossen beschäftigten Personen, und zwar von den letzteren neben-

her, besorgt wird.“ Aus dieser Auslegung folgt, daß besonders Gärtnerpersonal in allen Gartenbetrieben der Unfallversicherungspflicht untersteht. Im strittigen Falle war bis dahin der Betrieb zur Beitragsleistung noch nicht beantragt worden; die Berufsgenossenschaft wurde dennoch zur Rentenzahlung verurteilt.

Aus der Frauenbewegung.

Zum Streit der Blumenarbeiterinnen in New York.

Unser englisches Parteiorgan in New York, „The Call“, hat sich besonders in der Unterstützung der Streikenden hervorgetan. In einer Extraausgabe, deren Erlös aus dem Straßenverkauf dem Streikfonds zufließt, brachte „The Call“ zur Information des Publikums eine genaue Darstellung des Streiks und seiner Ursachen. Ein Teil des Textes war in italienischer Sprache, ein Teil in Hebräisch gedruckt und der Agitation unter den Streikenden gewidmet, von denen viele Italienerinnen und noch mehr jüdischer Abstammung — aus Rußland eingewandert — sind. Mit der polizeilichen Willkür gegen die streikenden Mädchen hat sich auch die bürgerliche Presse beschäftigt, wiewohl die Protestversammlungen die allgemeine Aufmerksamkeit erregten. Das Vorgehen der Polizei fand auch in der Öffentlichkeit scharfe Mißbilligung und die Verhaftungen wie auch die Verurteilungen hörten plötzlich auf. — Diejenigen Mädchen, welche von den Richtern nach dem Arbeitshaus geschickt wurden, haben von ihrer Gewerkschaft besondere Ehrenzeichen erhalten, in Anerkennung geleisteter wertvoller Dienste für die Sache der Arbeiterschaft.

Eine große Zahl von Unternehmern hat bereits Frieden mit der Gewerkschaft geschlossen. „The Call“ veröffentlicht eine Liste von etwa 300 Firmen, die die Forderungen der streikenden Mädchen bewilligt haben.

Bund für Mutterschutz. Der Bund für Mutterschutz hat sich die Aufgabe gestellt, ledigen Müttern nicht nur augenblickliche Hilfe anzubieten, sondern vor allem auch ihnen in jeder Beziehung durch Nachweis von Beschäftigung im Haushalt, Bureau, Fabrik, Filialen, Anfertigung von Schreibmaschinenarbeiten, Erteilen von Unterricht in Sprachen, Malen, Musik, als Hausdame, Reisebegleiterin usw., bei der Gründung einer neuen Erziehung zur Seite zu stehen. Er bemüht sich ferner, den Müttern die in Berlin so schwierige Wohnungsfrage zu erleichtern und bittet alle, die geneigt sind, eine Mutter mit Kind gegen Haushalt und geringes Entgelt aufzunehmen oder auch nur ein Kind als Pflegekind, ihre Adressen und Bedingungen dem Bureau des Bundes mitzuteilen. Sprechstunden täglich von 9—1 Uhr, außerdem Dienstags und Freitags, abends von 7—9 Uhr. Briefe sind an Frau Franziska Schulz, Bilmersdorf, Trautenaustraße 10, zu richten.

Gleichzeitig spricht der Bund für Mutterschutz die Bitte um Unterstützung an Geld, Wäsche, Kleidung aus. Bei dem großen Andrang der Hilfesuchenden ist jede Gabe sehr willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 18. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Paranoia professoris magistra. — Der preussische Parteitag. Von Hans Ebel. — Das Ministerium Brand. Zur Naturgeschichte des „sozialistischen Ministeriums“. Von Ch. Rappoport-Paris. — Die sozialistische Arbeiterbewegung in Bulgarien. Von D. Blagoew. — Literarische Rundschau: Paul Hügel, Einführung in die soziale Frage. Von M. N. Verhandlungen des ersten deutschen Jugendgerichtstags. Von Kr. A. Grunze, Das Ringen Rußlands und Englands in Mittelafrika. Von Karl Radel. — Notizen: Chinesische Wägen. Von G. Eckstein. — Zeitschriftenschau. Von Oda Oberg.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolonialisten zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Problemnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Wetterungsüberblick vom 13. Januar 1910, morgens 6 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.	
Emmendingen	754	W	3	bedeckt	1	Dapfensberg	739	W	2	bedeckt
Hamburg	756	WSW	4	bedeckt	1	Petersberg	741	W	1	Sonne
Berlin	756	W	3	bedeckt	0	Seiffen	773	WSW	4	wolkig
Frankfurt a. M.	761	WSW	3	wolkig	2	Werden	762	W	1	heiter
München	762	W	4	bedeckt	-1	Garis	766	WSW	2	wolkig
Wien	758	W	3	bedeckt	3					

Wetterprognose für Freitag, den 14. Januar 1910. Glemlich trübe und neblig mit geringen Niederschlägen, mäßigen nordwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Die Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes und guten Onkels, des Zeitungspolitikers

Hermann Raschke

findet am Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee 15/17 aus statt.

Um stille Teilnahme bittet die tieftrauernde Witwe Auguste Raschke nebst Nichte.

Verband der Sattler und Portefeullier.
Zahlstelle Berlin.

Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Portefeullier

Johann Breitenfeld

(Werkstatt O. Watern) am 12. h. M. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemme-Altshofes, Hermannstraße, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
156/2 Die Ortsverwaltung.

Unser Genosse und treuer Mitarbeiter, der Zeitungspolitiker

Hermann Raschke

ist am Dienstag plötzlich verstorben.

Sie werden dem pflichterfüllten, gewissenhaften Mann dauernde Erinnerung bewahren.

Ehre seinem Andenken!

Zeitungs-Spedition „Vorwärts“
A. Hintze & Co.

Sozialdemokratischer Wahlverein Köpenick.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gastwirt

Wilhelm Puttitz

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Wilhelmstraße 8, aus statt.

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Am 11. Januar verstarb unser treues Mitglied

Hermann Raschke

(Bezirk Dranienburger Vorstadt).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes, Pappel-Allee 15/17, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Die Verhandlung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 11. Januar verstarb unser Bezirksführer, der Zeitungspolitiker

Hermann Raschke

(Obernauer Str. 9)

im Alter von 58 Jahren. Der Verstorbene war seit seiner frühesten Jugend ununterbrochen für die Partei tätig. In den schwersten Zeiten des Ausnahmestandes, als Vertrauensmann und Bezirksführer hat er mit seiner ganzen Persönlichkeit die Interessen der Sozialdemokratie vertreten; er war ein Vorbild treuester Pflichterfüllung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes, Pappelallee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Pelzwaren

Jeder Art vom einfachsten bis feinsten Genre

direkt aus der Fabrik.

Einzelverkauf. Engrospreise.

F. Kalman,
Kommandantenstraße 15, I.
kein Laden.
Teleph. I. 3917.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld!

direkt zu Engrospreisen

Möbel

in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35

kein Laden
Tel.: A. III, 5157

kaufen. Vorkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Sophien-Säle Sophienstraße 17/18

Quarstraße der Rosenthaler Straße — am Hackeschen Markt

Inhaber: **Paul Baatz**

empfehle seine von 60—2000 Personen fassenden Säle zu Versammlungen, Vorträgen u. Kunstausstellungen usw. Vorzügl. Akustik. Kulant. Entgegenkommen

Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstraße 70

Telephon: Amt VII, 3047.

Billigste und bestsortierte Einkaufsquelle in:

Zigaretten, Zigarren und Tabaken.

Größte Niederlage von:

G.A. Hanewacker, Nordhausen.

nur echt in 10 Pfg.-Rollen.

5 Pfg.-Stangen — und Twist mit Kopf.

Jede Rolle nur echt mit Firmenzettel!

Oeffentliche politische Versammlung

der

Frauen Groß-Berlins

am

Freitag, den 14. Januar, abends 8 Uhr,
in Kellers Festsälen (Jnh. Freyer), Kopenstr. 29.

Tages-Ordnung:

Die Frau im Klassenkampf.

Referentin:

Genoffin **Therese Schlesinger-Eckstein** aus Wien.

Freie Diskussion.

Genoffinnen! Erscheint in Massen!

Der Einberufer: Eugen Ernst, Bismarckstr. 9.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28, part.

Filiale Berlin.

Telefon Nr. 4787.

Die Abstimmung über den Schiedspruch der Unparteiischen betreffend Lohn und Arbeitszeit findet für Groß-Lichterfelde und Steglitz heute Freitag, abends 8 Uhr, im „Virkenswäldchen“, Schützenstraße, in Steglitz statt.

Für die Vororte Köpenick, Adlershof und Friedrichshagen findet die Abstimmung heute Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal „Wilhelmsgarten“ von Seeger in Köpenick statt.

Die Kollegen werden dringend ersucht, an den Versammlungen sich rege zu beteiligen.

Die Ortsverwaltung.

Fliesenleger und Hilfsarbeiter!

Sonntag, den 16. Januar, mittags 12 Uhr, Kommandantenstr. 72,

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Beschlussfassung über das Ergebnis der Verhandlungen.

Kollegen und Genossen! Zu dieser überaus wichtigen Frage ist es Pflicht jedes Einzelnen, pünktlich zu erscheinen und auf den Vauustellen hierfür kräftig zu agitieren!

Alle Vorstandsmitglieder und Funktionäre am 10 Uhr im Arbeitsnachweis!

Die Tarifkommission. J. U.: G. Waldheim.

Sonntag, den 16. Januar, in „Lübikes Vereinhaus“,
Dresdener Straße 116:

Große Dienstboten-Versammlung.

Vortrag: „Ausstattung der Polizei in Streifen und Forderung von Sondergerichten“. Referent: Arbeitersekretär Adolf Richter.
Saalöffnung 6 Uhr.
Anfang 7 Uhr.

Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein.

Die Arbeiterschaft wird ersucht, alle ihr bekannten Dienstboten auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Die Einberuferin. Anna Joppich, Lehmannstr. 1.

Steinarbeiter.

Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr:

Zwei Mitglieder-Versammlungen

Sektion I
in den „Musikerkäsen“
Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Sektion II
im Verbandslokal
Schubertstr. 30.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Sektionsleitung. 2. Neuwahl derselben. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Beschließendes.

Mit Rücksicht auf die Wahlrechtsversammlungen werden beide Versammlungen jeweils 10 Uhr eröffnet. Es ist deshalb Pflicht jedes Kollegen, rechtzeitig zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Hafnarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10¹/₂ Uhr, im „Königsstadt-Kasino“, Holzmarktstraße 72:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Überlegung vom 4. Quartal 1909. 3. Verbandsangelegenheiten. Aufstellung eines Kandidaten zum 11. Bundestag. 4. Beschließendes.

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

1911

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abds. 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15,
Saal 4 (Arbeitslosensaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Am Montag, den 17. Januar 1910, abends 8¹/₂ Uhr, findet im „Englischen Garten“, Alleganderstraße 27a, die

Wahl des Gesellenausschusses und der Beisitzer zum Innungsschiedsgericht

statt. — Um rege Agitation zur Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Brauerei Germania

Aktien-Gesellschaft

BERLIN O. 112, Frankfurter Allee 53/55.

Ringfrei

In sämtlichen Ausschanklokalen
nach wie vor

4/10 Lit. Caramel-Bier 10 Pf.

Bayerisch-Bier 10 Pf.

44 eigene Dampfer



In dieser Woche empfehlen wir
als besonders schön u. preiswert!

ff. großer fetter Cablrau im An-
schnitt p. Pfd. 30 Pf.
ff. heller Dorsch, 1¹/₂-4 pfdg. „ „ 30 Pf.
ff. Heilgol. Schellfisch, 1¹/₂-2¹/₄ pfdg. „ „ 30 Pf.
Schollen zum Kochen u. Backen „ „ 45 Pf.

Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft „Nordsee“

Größte Hochseefischerei Deutschlands

Hauptgeschäft: Berlin C., Bahnhof Börse. Tel.: III, 5804
III, 2784

Verkaufsstellen:

C.: Bahnhof Börse, Bog. 3-10.
N.: Invalidenstraße 131.
NO.: Landsberger Str. 52-53.
O.: Gr. Frankfurter Str. 85.
O.: Madainstraße, Bogen 8-9
(Fruchtstraße gegenüber).
S.: Prinzenstraße 94.
W.: Potsdamer Str. 112a.
Zehlendorf: bei Herrn Karl Schön.

Charlottenburg: Wilmer-
dorfer Straße 111.

Spandau: bei Herrn Albert
Altmus, Breite Str. 54.

Schöneberg: bei Herrn
Paul Haber, Akazienstr. 31.

Steglitz: bei Herrn Karl
Bollhagen, Schloßstr. 121.

Eigene Eisenbahnkühlwagen

Ohne jede Anzahlung

Pianos

erstklassiges Fabrikat
(9mal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleinmonatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Inventur - Ausverkauf

heute und folgende Tage zu herabgesetzten Preisen.
Herren-Anzugstoffe, Kammgarn-Qual., statt 6.50 jetzt 4.50 M.
Herren-Paletostoffe, feines Fabrikat, „ 12.50 „ 8.50 „
Damenstoffe, große Auswahl „ 2.50 „ 1.75 „
Damen-Kostümstoffe, gestreift u. kari. „ 2.00 „ 1.35 „
Krausen-Anzugstoffe, sehr haltbar, „ 2.50 „ 1.50 „

Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H.
Spezial-Haus moderner Herren- und Damen-Stoffe

Berlin C., Ross-Str. 2. Sonntags geöffnet.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Hamburg. (E. S. 29)
Filiale Tegel.

Sonntag, den 16. Januar 1910,
vormittags 9¹/₂ Uhr,
im Lokale des Herrn F. Kafies,
Berliner Str. 92: 3225

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen G. Warnke
über: „Unfallversicherungswesen“.
2. Kassenbericht. 3. Beschließendes.

Tischler-Verein

(E. H. 89.)
Sonnabend, den 15. Januar cr.,
abends 8¹/₂ Uhr,
Melchiorstraße 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom 4. Quartal 1909.
2. Jahresbericht. 3. Wahl des Aus-
schusses. 4. Entschädigung für den
Vorstand. 5. Festsetzung des Sterbe-
geldes für 1910. 6. Beschlußfassung
über die Dampferpartie. 7. Billigkeits-
ausgabe zu dem am 25. Februar in
„Sandhagen“ stattfindenden Radren-
nen. 8. Beschließendes.
Der Vorstand.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
7-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Hygienische Bedarfs- artikel

Dr. Robert Meyer,
Weinbergsweg 1, dir. a. Rothenb. Str.
Tel. 1711. Billigste Bezugsquelle!
Beruf f. zur dauernden Gesundheit.

Blumen- und Kranzbinderei

von Robert Meyer,
am Mariannen-Str. 2.

Versuchen Sie

„Ozonit“

modernstes Waschmittel

Zehn Ausnahme-Tage Zehn 95-Pfennig-Tage.

Einmaliges, selten
wiederkehrendes Angebot!
Nur vom 10.-19. Januar.

1 Paar echte Kamelhaar-Ohrschnehe
mit Filz- u. Ledersohle
für Kinder 95 Pf.

1 Paar Damen-Filzschuhe, 95 Pf.
m. Filz- u. Ledersohle

2 Paar Orig. Pommersch. Kelpantoffel
1 Paar für Kinder } zus. 95 Pf.
1 Paar für Herren }

2 Paar Orig. Pommersch. Kelpantoffel
1 Paar für Kinder } zus. 95 Pf.
1 Paar für Damen }

1 Paar 1a Plüschpantoffel,
mit starker Ledersohle, 95 Pf.
warm gefützt, 2. Damen

1 Paar feinfarbige Melionpantoffel,
mit Filz- u. Ledersohle, 95 Pf.
gepolstert, für Damen

4 Paar Julepantoffel mit Filz-
sohle, warm
gef. 1 Paar f. Kinder } zus. 95 Pf.
2 Paar f. Damen }
1 Paar f. Herren }

1 Paar 1a Filz- od. Plüsch-Ohren-
schnehe, mit Filz- und starker
Ledersohle, Leder-
spitze, bis Größe 30 95 Pf.

2 Paar 1a Cordpantoffel, mit Filz-
u. Linoleumsohle, warm gefützt,
1 Paar für Kinder } zus. 95 Pf.
1 Paar für Damen }

1 Paar feinfarbige Filz-Niedertreter
m. Filz- u. Ledersohle, 95 Pf.
für Kinder bis Größe 35

1 Paar Filzpantoffel, mit weißer
Filzsohle und Absatz,
Sock, für Herren „ 95 Pf.

1 Paar Filzpantoffel mit 95 Pf.
Filz- u. Leders. f. Dam.

2 Paar Filzpantoffel mit Filz- und
Linoleums-
1 Paar für Kinder } zus. 95 Pf.
1 Paar für Damen }

1 Paar feinfarb. Kinder-Schnürstiefel
mit Filz- u. Ledersohle 95 Pf.

Standard- Schuh und Stiefel.

Verkaufsstellen:

1. Schönhager Allee 82, unmittel-
bar am Ring. Schönb. Allee.

2. Burgstraße 25, unmittelbar am
Bahnhof Börse. 180/19*

3. Warschauer Str. 33, unmittelbar
am Bahnhof Warschauer Str.

4. Tempelhof, Berliner Straße 40.

Grosse politische Volks-Versammlungen

Sonntag, den 16. Januar, 12 Uhr mittags.

Tages-Ordnung:

Wird die Regierung das Versprechen des Königs einlösen?

==== Diskussion. ====

Berlin.

- 1. Kreis:** Feenpalast, Wolfgangstr. 1.
2. Kreis: Aliens Festsäle, Hasenheide 13/15.
Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
Nipples Festsäle, Dennowstr. 13.
3. Kreis: Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58/59.
4. Kreis: Glysium, Landsberger Allee 40/41.
Lipps Brauerei, Am Friedrichshain.
Boekers Gesellschaftshaus,
Weberstr. 17.
Kellers Festsäle (Freyer), Koppenstr. 29.
Littins Festsäle, Memeler Straße 67.
Andreas-Festsäle (Bergmann),
Andreasstr. 21.

- 4. Kreis:** Drachenburg, Vor dem Schlesischen Tor.
Sausjoui, Kottbusser Straße 6.
5. Kreis: Musiker-Säle, Kaiser-Wilhelm-Str. 18 m.
Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.
6. Kreis: Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.
Prater-Theater, Kastanien-Allee 7/9.
Borussia-Säle, Uckerstr. 6/7.
Berliner Bockbrauerei, Abt. 2,
Chausseestr. 64.
Prachtsäle Nordwest, Wickestr. 24.
Brauerei Bahrenhofer, Enrmstr. 25/26.
Crauz' Festsäle, Kösliner Straße 8.
Pharus-Säle, Müllerstraße 149.
Ballschmieders Säle, Badstraße 16.

Referenten: Die Genossen **Dr. Alfred Bernstein. Eduard Bernstein. Dr. Bruno Borchardt. Borgmann. Düwell. Eichhorn. Fülle. Kap. Meine. Dr. Herzfeld. Jul. Hildebrandt. Ad. Hoffmann. John. Koblenzer. Kraetzig. Dr. Karl Liebknecht. Frau Lungwitz. Herm. Müller (Arbeitersekretär). Herm. Müller (Partei-sekretär). Müntner. Pfannkuch. Robert Schmidt. Ueko. Frau Luise Zietz. Zubeil.**

Teltow-Beeskow.

- Adlershof.** Beyer, Bismarckstr. 10.
Alt-Gliencke. Habrecht, Friedrichstr. 2.
Britz. Landhaus, Chausseestr. 97.
Charlottenburg. Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Köpenick. Stadttheater, Friedrichstraße.
Groß-Lichterfelde. Richter, Chausseestr. 104.
Johannisthal. Senfleben, Friedrichstr. 48.
Königswusterhausen. Wedhorn, Altes Schützenhaus.
Lankwitz. Ebel, Mühlenstr. 9.
Mariendorf. Preuß, Kurfürstenstr. 45.
Petersdorf. Gasthof Trepplin, Neu-Golm.

Referenten: **Albrecht. Dr. Oskar Cohn. Ebert. Fromke. Gehrman. Giebel. Girbig. Hugo Heimann. Kaliski. Kloth. Knüpfer. Kubig. Leid. Link. Mohs. Ohst. Ostwaldt. Reines. Dr. Rosenfeldt. Schenk. Schneider. Dr. Silberstein. Werner.**

Nieder-Barnim.

- Friedrichshagen** 1½ Uhr, Witwe Lerche, Friedrichstr. 112.
Hohen-Schönhausen 1 Uhr, Paradiesgarten, Berliner Straße 68/69.
Lichtenberg 12 Uhr, Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5/6.
Ober-Schöneweide 12 Uhr, A. Wörners Blumengarten.
Oranienburg 3 Uhr, Schumann, Schützenstr. 34.
Pankow 12 Uhr, Gesellschaftshaus, Kreuzstr. 3/4.
Reinickendorf-Ost 12 Uhr, Schützenhaus, Residenzstr. 1/2.
Referenten: **Otilie Baader. Barth. Behrend. Crispian. Theodor Fischer. Grempe. Handke. Kartmann. Litfin. Sassenbach. Schumann. Dr. Weyl. Woldt.**

Spandau bei Gotthald, Schönwalder Straße 80. Referent: **Thurrow.**

**Keiner unserer Anhänger darf bei diesen Versammlungen fehlen!
Für Massenbesuch ist regste Agitation zu entfalten!**

Für die Einberufer: **Eugen Ernst, Wöhlertstraße 9.**

Genossen!

Agitiert für guten Versammlungsbefuch!

Heute Freitag, den 14. Januar, 8 Uhr abends, findet in Kellers Festsaal (Zuh. Freyer), Koppenstr. 29, eine öffentliche Frauenversammlung statt, in welcher die Genossin Therese Schlesinger-Eckstein aus Wien über das Thema: „Die Frau im Klassenkampf“ referiert.

Zu den bevorstehenden Gemeindevahlen,

die in vielen Gemeinden des Kreises Teltow und Niederbarnim im März dieses Jahres stattfinden, sind unverzüglich die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Es ist zunächst Pflicht eines jeden Wahlberechtigten, sich davon zu überzeugen, ob er auch in der Wählerliste steht.

Wer nicht in der Liste eingetragen ist, darf nicht wählen. Es erhebt hieraus, daß die Einsichtnahme in die Wählerliste eine sehr dringende Pflicht eines jeden Wahlberechtigten ist. Ist jemand verhindert, sich selbst davon zu überzeugen, ob er in der Liste steht, so wende er sich vertrauensvoll an einen in der Liste aufgeführten oder im „Vorwärts“ bekannt gegebenen Parteigenossen und beauftrage diesen nach Ausfertigung einer Legitimation mit der Einsichtnahme in die Liste.

Wahlberechtigt ist jeder selbständige Gemeindeangehörige, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist, 2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben bezahlt hat und außerdem a) entweder ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt oder b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Hausbesitz einen Jahresbeitrag von mindestens 3 M. an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder c) zur Staatsinkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 600 M. herangezogen wird.

Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahre jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat. Chamborgarnisten sind wahlberechtigt, Schlafburschen ist das Wahlrecht abgeprochen worden.

Besonders sei darauf hingewiesen, daß man zur Ausübung des Gemeindevahlrechts — im Gegensatz zu den Städten — nicht Preusse zu sein braucht; es ist erforderlich, daß man die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

Die Listen liegen aus vom 15. bis 30. Januar, und zwar in:

- Waldhof. Im Gemeindeamt, Bismarckstr. 1, Zimmer 9, von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags.
Birk. Im Rathaus, Zimmer 5, an Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags, sowie an den Sonntagen von 10 bis 12 Uhr vormittags.
Buckow. Im Gemeindebureau, Dorfstr. 8.
Schwalbe. Im Gemeindebureau, Grünauer Str. 49, an den Wochentagen während der Dienststunden von 8-11 Uhr.
Friedrichshagen. Im Rathaus, Zimmer 13. Folgende Genossen sind bereit, die Einsichtnahme zu übernehmen: Franke, Konsumgenossenschaft, Kehrman, Scharnweberstr. 110, Singuhr, Seefir 30 und Tinius, Wilhelmstr. 53.
Groß-Lichterfelde. Im Gemeindebureau, Schillerstraße, während der Amtsstunden. Die Einsicht in die Liste übernehmen: Für den Westen: Bins, Zigarrengeschäft, Dürerstr. 42; Wahrensdorf, Bätestraße 22; Richter, Chausseest. 104; Penck, Chausseest. 55. Für den Osten: Ran, Kaiserhof, Kronoldplatz; Vint, Osdorfer Straße; Scheeler, Vorkirchstraße, Jägerstraße.
Gränau. Während der Dienststunden im Gemeindebureau, Zimmer 2.
Johannisthal. Im Gemeindebureau, Zimmer 2, während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags.
Kantendorf. Im Restaurant Bobey, am Bahnhof, und D. Schmidt, Wollstr. 29.
Kantow. Im Gemeindebureau, Hauptstr. 13, Einwohnernmeldeamt, während der Dienststunden von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr nachmittags.
Mariendorf. Während der Dienststunden im Rathaus parterre, Zimmer Nr. 11.
Marlense. Während der Dienststunden von 9 bis 8 Uhr im Steuer- und Meldebureau der hiesigen Gemeindevverwaltung, Berliner Straße 51.
Mahlisdorf-Edd. Im Restaurant Meier, Köpenicker Allee 25; in der Kolonie bei A. Giese, Grünaustr. 51.
Mahlisdorf-Ort bei A. Dertel, Bahnhofsstr. 16, II, und O. Franz, Lentkestraße.
Nieder-Schöneweide. Im Gemeindegeschäftszimmer, Grünauer Straße 1 I, während der Dienststunden.
Nieder-Schönhausen. Im Einwohnernmeldeamt, Blankenburger Straße 10, Hof part., an den Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 8 nachmittags, an den Sonntagen von 11-1 Uhr.
Panow. Im Rathaus, Dreierstr. 25-26, Zimmer 23, von 8 bis 8 Uhr. Am Sonntag, den 16., 23. und 30. Januar, sowie am Donnerstag, den 27. Januar, liegen die Listen von 9 bis 1 Uhr aus.
Rudow. Im Gemeindebureau.
Schmargendorf. Im Rathaus, Zimmer 8 (Polizeiwaage), wochentäglich von 8 bis 8 Uhr und Sonntags sowie am 27. d. Mts. von 10 bis 12 Uhr.
Steglich. Im Rathaus. Die Einsichtnahme übernehmen: Schellhase, Adornstr. 15a; Kuchendorn, Herderstr. 30; Rohmann, Salohstraße 117; Clement, Dippelstr. 7; Räther, Marktsteinstr. 1; Wöfer, Potsdamer Straße 1.
Schnöwick. Im Gemeindebureau von 9 bis 8 Uhr.
Tempelhof. Im Gemeindebureau, Dorfstr. 42, Zimmer 8, während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags.
Trepow-Baumfischweg. Im Amtshaus, Neue Krug-Allee 5, Zimmer 15, wochentags von 9 bis 8 Uhr, Sonntags von 9 bis 10 Uhr. Die Einsicht übernehmen die Genossen Aug. Wicken, Baumfischweg, Mariensbaler Str. 22 II; Otto Ehn, Trepow, Veerwamstr. 9a, 2. Hof III.
Wannsee. Im Gemeindebureau, Zimmer 5.
Zehlendorf. Im Gemeindeamt, Hauptstr. 83, Zimmer 8, während der Dienststunden. Am Sonntag, den 16., am Sonntag, den 23., und am Sonntag, den 30. Januar, wird die Wählerliste vormittags von 10-11 Uhr und am Freitag, den 21., und Freitag,

den 28. Januar, nachmittags von 5-8 Uhr, ebenfalls zur Einsicht offen gehalten.
Zentrum. Im Gemeindeamt, Kurfürstenstr. 1, in den Dienststunden von vormittags 8 bis nachmittags 8 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Die von den Vororten Berlins bestellten Plakate sind von heute, Freitag, nachmittags 4 Uhr an, in der Druckerei des „Vorwärts“, Lindenstr. 69, 2. Hof 2 Tr., abzuholen.

An Orten, in welchen der „Vorwärts“ nicht Publikationsorgan ist oder wo rechtzeitiger Säulenanschlag nicht erfolgt, sind die Versammlungen anzumelden.

Das Verbandsbureau.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Wahlmorgen für Buchdrucker-Nacharbeiter am Sonntag, den 16. Januar cr., bei Jul. Meyer, Oranienstr. 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Der Kampf der Arbeiter um politische und wirtschaftliche Freiheit! Referent Genosse Emil Günther. Der Vorstand.

Charlottenburg. Sonntag früh soll von den bekannten Stellen aus ein Flugblatt verbreitet werden, das sich mit den am 20. d. M. stattfindenden Gewerbegerichtsahlen beschäftigt. — Sonntag mittig finden zwei öffentliche politische Versammlungen im „Vollshause“ statt. — Am Dienstag, den 18. d. M.: Generalversammlung. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Emil Eichhorn über „Deutsche Kolonialpolitik“.

Friedenau. Heute, Freitag abend: Handzettelverbreitung für die am Sonntag stattfindende Wahlrechtsversammlung von den bekannten Bezirkslokale aus.

Groß-Lichterfelde. Zur Agitation für die am Sonntag, mittags 2 Uhr, bei Richter, Chausseest. 104, stattfindende Wahlrechtsversammlung finden sich die Genossen heute, Freitag abend, in den Bezirkslokalen zu einer Handzettelverbreitung ein.

Der Vorstand.

Zehlendorf (Wannseebahn). Sonntag, den 16. Januar, früh 1/8 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, zu erscheinen, da wir mit diesem Flugblatt zugleich in die Wahlbewegung für die im März stattfindenden Gemeindevahlen treten.

Trepow-Baumfischweg. Sonntag, den 16. d. M., 8 Uhr früh, von allen Bezirkslokalen aus: Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl.

Johannisthal. Sonnabend, den 15. d. M., abends 7 1/2 Uhr: Handzettelverteilung. Treffpunkt bei A. Gobin, Moosstr. 2.

Ober-Schöneweide. Heute abend 7 Uhr findet von den Bezirkslokalen eine Handzettelverbreitung statt. Der Vorstand.

Wannsee. Sonnabend, den 15. d. M., abends 8 Uhr, im „Fürstenthor“: Generalversammlung des Wahlvereins. Der Vorstand.

Tempelhof. Heute, Freitag abend: Handzettelverteilung zu der Sonntag, den 16. d. M., mittags 12 Uhr, im Schneiderischen Lokale stattfindenden Volksversammlung. Nächsten Dienstag bei Apelt: Generalversammlung.

Schwalbe, Zenthen, Mierdorf. Die Wahlrechtsdemonstrationsversammlung findet gemeinschaftlich mit den Königs-Wusterhausener Genossen bei Hirschhorn mittags 12 Uhr statt.

Alt-Oranien. Am Sonnabend, den 15. Januar cr., abends 8 Uhr, findet im Terrassengarten (Inhaber A. Tropsch, Rudower Straße 54) die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Wahl des 1. Vorsitzenden. 3. Bericht vom Wintervergnügen. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschickenes. Der Vorstand.

Lichtenrade. Am Sonnabend, den 15. Januar, 6 1/2 Uhr abends, findet im Lokal von Rudolf Deter, Bahnhofsstraße, die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Aufstellung des Kandidaten für die nächste Gemeindevahl. 4. Verschiedenes.

Bezirk Waidmannslust. Sonntag, den 16. Januar, mittags 12 Uhr, veranstaltet der Wahlverein in Waidmannslust im „Schweizerhaus“ eine Volksversammlung. Thema: „Der Wahlrechtskampf in Preußen“. — Die Generalversammlung des Bezirks findet Sonntag, den 23. d. M., in Hermsdorf im „Forsthaus“ statt. Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag, den 16. Januar, früh 8 Uhr, findet von folgenden Lokalen aus eine Handzettelverbreitung statt: 1. Bezirk: Neuh. Platanenstraße, Ede Kottlerweg; 2. Bezirk: Gappa, Eichenstraße, Ede Waldstraße; 3. Bezirk: Wabst, Weichstraße, Ede Waldemarstraße; Nordend: Schüller, Wlanfelder Straße. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ort. Heute abend findet von 7 Uhr ab von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung zu der am Sonntag, mittags 12 Uhr, im „Schützenhause“ stattfindenden öffentlichen Versammlung statt. Die Bezirksleitung.

Syandau. Am Sonntag, den 16. Januar, findet in den unterirdischen Vorbezirken eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen, welche im Besitz eines Fahrrades sind, werden ersucht, sich recht rege daran zu beteiligen. Treffpunkt morgens 6 1/2 Uhr beim Genossen Emil Schubert, Kurstr. 21. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Besuch im Krankenhaus.

Die blassenartig zerstreut liegenden einseitigen Pavillons sehen so wunderhübsch aus, als ob ewig nur die lachende Sonne in die hellglänzenden Fenster hineinschauen soll. Im Sommer der welche, grüne Rasenfläche rings um die vielen blühenden Blumenbeete, das Jubilieren der Vögel in Baum und Strauch, die idyllisch versteckten Ruhebänke und Lauben — es scheint ein Bild köstlichen Erdenfriedens. Die ganze Natur der freundlichen Dase mitten im Weltstadtdröbe atmet pochendes Leben... und im Innern der rotleuchtenden Pavillons hält unerbittlich Freund und Feind tagtäglich seine graue Ernte. Die mächtige Uhr am turmgelbten Hauptgebäude schlägt die dritte Nachmittagsstunde. In den sonst so stillen Gängen zwischen den Schmutzanlagen wird es lebendig. Hunderte von Menschen mit ernten, sorgenvollen Mienen wandern in langer Reihe eiskalten Fußes über den knirschenden Kies, verschwinden in den heute weitgeöffneten Türen, über deren jeder eine schwarze Nummer prangt. An den Fenstern huschen ein paar hellgeleibete, blasse Gestalten hin und her. Der eine hat den Arm in der Binde, und dem Kopfverbande

des anderen sehen nur die Augen hervor, ein anderer stützt sich mühsam auf Stoch und Krücke. Hier hat jeder einzelne sein Bäckchen Unglück mit Geduld und Würde zu tragen. Heute ist Feiertag, Besuchstag für das Heer der Kranken, und sehnstüchtig schauen die ans Bett Gefesselten vom Schmerzlager nach dem Eingang, ob wohl ein Freund, ein Familienmitglied sich ihrer im Leid erinnere.

Ueber dem langgestreckten Saal liegt ein merklicher Hauch von Karbol und Jodoform. In schnurgerader Reihe, in fast pedantischer Ordnung stehen zu beiden Seiten die blütenweißen Lagerstätten. Hier sind alle gleich oder sollen doch alle gleich sein. Der Arzt darf und soll keinen Unterschied machen zwischen Arm und Reich. Seine Kunst gehört nur dem nackten Menschen, der den Tod in greifbarer Nähe steht. Und als ob auch die Besucher die Nähe des Altbarmers fühlen, erstirbt ihre beredte Sprache zum Flüstern. Für die kurze Spanne einer flüchtigen Stunde weihen die Eltern beim Kinde, die Kinder bei den Eltern, der Freund beim Freunde. Menschen, die sich jahrelang nicht gesehen, sich jahrelang befehdet haben, werden hier an der Schwelle des Todes sich wieder nähergebracht und denken daran, daß das große Mysterium allen Natursterbens auch sie jeden Tag erleben kann. Dergleichen Szenen, die dem Weichherzigen die Tränen in die Augen treiben, spielen sich ab. Da drüben die abgeräumte Frau im schlaffen Kleide sieht hoffnungslos, im innersten Schmerz wie erstarrt, an der Bettstatt des schon halb hinübergeschlummerten Gatten. Sie findet keine Träne, nur ihr Herz krampft sich unsagbar zusammen. Und vielleicht nicht so wahrhaft echt ist der Schmerz der elegant gekleideten Wittwe, die sich aufschuldigend über den Kranken wirt. Weife, wie erstarrt und gelangweilt, wehrt der ab. Solche aufbringliche Liebe kamte er doch früher nicht? ... Auf dem Bettrand sitzen zwei prächtige Kinder. Sie ahnen noch kaum, was hier vorgeht, schauen neugierig und lebensstroh auf das ihnen seltsame, allzu stille Treiben. Mit sanfter Hand streicht die Mutter dem Vater die Kissen zurecht, mischt ihm kühlenden Trank, drückt seine Hand inuig an ihr wild schlagendes Herz. Wenn er, der Ernährer ihrer Kinder, ihr in der Blüte der Jahre verloren ginge! Nicht ausdenken mag sie es. Wie zum Schutz gegen die lauernde Gefahr hält sie dem treuen Lebensbegleiter beim Abschied beide Kinder entgegen, und aus den leuchtenden Augen seines Vubens, seines Mädchens schöpft der Kranke neue Kraft zum Kampfe mit dem Senfmann. Kühl und schein, mit häßlichem Lächeln um den harten Mund, blüht von jenseits die schwarze, schlafne Dame, deren Equipage vor der Tür hält, auf das hebliche Bild. In ihrem Herzen findet das Gefühlvolle keinen Widerklang. Kalte Berechnung, krafterst Egoismus führt sie zu fast jedem Besuchstage an das Krankenlager des wohlhabenden Daniels. Er hat immer eine Schwäche für sie gehabt... da muß man noch in letzter Stunde das warme Eisen schmecken. Seine Uhr ist abgelaufen, und ihr, der Schönen, Bervöhnten, der das Geld unter den Fingern zerrinnt, gehört das lachende Leben... Aber dort hinten, ganz in der Ecke, sehe ich im Duster des Krankenjaals wieder ein helles Licht. Der im mämmerischen Antlitz so seltsam durchgeblühte Kranke steht mutterseelen allein, und doch scharen sich um sein Lager bald ein Duzend Freunde. Ein Prachtmensch, um den es jammer schade wäre. Mit seinem hochstrebenden Geist, seiner edlen Wahrhaftigkeit, seiner selbstlosen Liebe zum Menschengesamtheit, geehrt und geachtet von den Genossen des harten Kampfes um Recht und Freiheit... und ehrlich betrauert von treuen Mitkämpfern, wenn gar bald die graufame Proletariatskrankheit den dünnen Lebensfaden zerreiht.

Man kann hier lernen am Krankenbett, unendlich viel lernen aus dem großen Buche des Lebens. Jögernnd schreite ich an das Lager des mir Unbekannten. Vergebung... haben Sie denn niemals lieben Besuch? Ja sehe Sie stets so einsam! Fast feindselig bligt er mich an, wie zerfallen mit sich selbst und mit allen Menschen. Und dann ringt es sich stoßweise hervor aus der leuchtenden Brust: „Was fragen Sie mich... wenn Sie es wissen? oder recht haben Sie, tausendmal recht. Nein, ich will keine Liebe mehr... ich hasse die Menschen. Ja früher, als ich noch im Glück sah, da fanden sie mich, die guten Freunde. Heute, nachdem man mich krank und sterbenselend in Lumpen hergeschleppt hat, ... bin ich vergessen!“

Polizei und Notspokus. Ueber gewerbsmäßigen Schwindel löst sich ein Berliner Kriminalkommissar im „Berliner Tageblatt“ hören. Er kommt dabei auch auf die Kartenlegerinnen zu sprechen und dementiert die vor einem halben Jahre durch die gesamte Presse gegangene Mitteilung, daß die Kriminalpolizei mit aller Schärfe gegen den Wahrsage-Schwindel vorgehen wolle. Nach seiner Erklärung kann gegen das Unwesen der Kartenlegerinnen, Wahrsagerinnen, Sympathieheilerinnen usw. überhaupt nicht eingeschritten werden, weil sich niemand findet, der vor Gericht ausagt, daß er den ihm vorgemachten Notspokus geglaubt habe. Alle Betroffenen wollen nur „zum Spaß“ hingegangen sein. Auf der Wurst getragene Pergamentstreifen mit sinnlosen Zeichen, angeblische Falkenaugen im Portemonnaie, die die Treue des Geliebten verbürgen, und ähnliche Nibbinnigkeiten seien „harmlose Scherze“. Aber gemeinschaftlich werde der Unfug, wenn ein solches Schwindelweib einer krebdkranken Frau zwei lebendige Krebse auf den Leib bindet mit dem Versprechen, die Krankheit werde verschwinden, sobald die Krebse abgestorben sind, oder wenn eine Frau nachts auf dem Strichhof abgesetzt wird, wie sie ein mit Nägeln gepicktes Pferdebein vergräbt, damit das Herz des treulosen Mannes von Gewissensbissen zerfleischt werde.

Herr Kommissar Krüger — so heißt der Kriminalistische Publizist — gibt damit ein für unsere Strafrechtslehre überaus bezeichnendes Zeugnis ab. Gerade hier, wo der berichtigte und so oft mißhandelte Paragraph vom groben Unfug am Plage wäre, wird er merkwürdigerweise nicht angewendet. In aller Deffektivität kann ein „gemeingefährlicher“ Schwindel, mit dem alljährlich Hunderttausende von Mark erbeutet werden, weiterblühen. Und die Polizei sieht gewillig zu, weil sie der Ansicht ist, daß nicht der gewerbsmäßige Schwindel, sondern die Dummheit, die auf ihn hineingefällt, bestraft werden muß. So etwas ist auch nur in Preußen möglich, wo man die harmloseste Uebertretung unter Anklage stellt und mit oft horrenden Strafen ahndet, aber den regelrechten Betrug duldet.

Ein Soldat in die Spree gesprungen.

Gestern früh um 9 Uhr sprang der Soldat Walczak des in Schwimmschule stationierten 2. Infanterie-Regiments vom Schillersteig in die Spree und verlor sofort in den Fluten. Seine Leiche wurde noch nicht aufgefunden. Aus seiner auf der Brücke zurückgelassenen Kiste wurde sein Name ermittelt.

Im Elisabeth-Krankenhaus spielte sich dieser Tage ein bemerkenswerter Vorfall ab. Ein anscheinend fieberkranker stürzte sich aus dem Fenster des zweiten Stockwerks und fiel auf die Kisten des Mittelweges. Passanten gingen in den zum Krankenhaus führenden Vorgarten und machten durch Ausrufen das Personal auf den Unglücklichen aufmerksam. Eine Schwester, die erschien, verbat sich in energischem Tone diese Störung durch den Ausruf mit den Worten: „Was ist das hier für ein Lärm?“ Der sich nicht mehr Regende wurde nun schleunigst aufgehoben und die Zeugen des Vorganges schnell aus dem Vorgarten hinauskomplimentiert.

Abgesehen von der nicht gerade schönen Behandlung der auf das Unglück aufmerksam machenden Beobachter ist nicht recht verständlich, wie der Fieberkranke die Möglichkeit hatte, aus dem Fenster zu stürzen.

Einen unheimlichen Fund machten vorgestern zwei Arbeiter auf dem Wolfischen Müllablagelag am Spandauer Schiffahrtskanal. Als sie dort einen Afsenhäufen auseinandertrachten, stießen sie auf den Kopf eines kleinen Kindes. Sie stellten ihre Arbeiten sofort ein und benachrichtigten das 12. Polizeirevier in Charlottenburg. Dieses ließ den Platz alsbald absperren und dann sorgfältig weiter absuchen. Dabei fand man in der Asche weiter den größten Teil eines Kindesrumpfes mit dem rechten Arm, und den größten Teil des Unterleibes mit dem rechten Bein. Die Leichenteile waren in die Asche hineingesteckt und unbemerkt auf- und abgelandet worden. Schulter und Arm weisen einige Brandstellen auf, die aber wohl von der noch heißen Asche her rühren mögen. Die anderen Teile des Körpers wurden nicht gefunden. Der Fund wurde nach dem Charlottenburger Schauhaufe gebracht und dort von dem zuständigen Kreisarzt untersucht. Nach dessen Gutachten handelt es sich um ein neugeborenes Kind. Ob dieses gelebt hat und lebensfähig gewesen ist, läßt sich aus den vorhandenen Leichenteilen nicht feststellen. Ebensovienig, ob das Kind eines gewaltsamen Todes gestorben ist, oder ob es sich nur um die Beiseitigung eines totgeborenen Kindes handelt. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß ein Kutscher aus der Eichendorffstraße erst vorgestern die Asche weggefahren und abgeladen hat. In dem Haufen fand man Fetzen von Zeitungspapier, Speisefarten und dergleichen mehr. Diese stammen aus einem großen Restaurant im Norden der Stadt. Ob sie jedoch zur Einwickelung der Leichenteile gedient haben, steht noch nicht fest.

Ein neues Liebesdrama hat sich in einem Hotel in der Königsgräber Straße zugetragen. Dort wurden gestern morgen ein Ingenieur Paul Berg aus Hannover und eine Studentin der Medizin Fraulein Kaufert, die sich als „Berg und Frau“ ins Fremdenbuch eingetragen hatten, in besinnungslosen Zustände aufgefunden. Es scheint Morphiumvergiftung vorzuliegen. Fraulein K., die fast leblos war, wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, während dem B. der Morphiumist ist, das Gift nicht allzuviel geschadet zu haben scheint. B. wurde in Haft genommen.

Eine aufregende Szene spielte sich gestern mittig in Pfälzensee ab. Die Leiche des Lokomotivführers Lucht, der im Irrenhaus erst seine Frau zu erschließen versuchte und, als ihm das mißlungen, sich selbst erschoss, sollte gestern mittig vom Reichenschaushaus in Berlin zur Beisetzung nach Spandau übergeführt werden. In Pfälzensee scheuten aber die Pferde und gingen durch. Zuerst rasteten sie gegen einen Baum, wobei das Bedeckte des Wagens in Trümmer ging. Dann rannten sie mit dem Wagen weiter und stießen gegen einen des Weges kommenden Lastwagen. Der Anprall war so heftig, daß der Leichenwagen in Trümmer ging und der Sarg vom Wagen geschleudert wurde, so daß er zerbrach und die Leiche noch ein Stück weiter geschleudert wurde. Eine Abteilung des Luftschifferbataillons, die gerade die Unfallstelle passierte, hielt die Pferde an, ehe sie weiteres Unheil anrichten konnten. Die Leiche wurde in einen inzwischen beorgten anderen Sarg gebettet und ihrem Bestimmungsort zugeführt.

Warnung vor dem Beitritt zur „Fortuna“. Die königliche Polizeidirektion München warnt vor dem Beitritt zur eingetragenen Hilselasse „Fortuna“, Kranken- und Sierbefassen-Versicherungsgesellschaft zu München, Kopuznerstraße 31 (hiesige Vertreter Emil Willeit, Kommandantenstraße 5a, Robert Valeske, Eberthstraße 23, und G. A. Kampmann, Steglitz, Schloßstraße 28).

Eine interessante Gesangsprobe fand am Sonntag in der Brauerei Friedrichshain statt. Es hatten sich gegen 1500 Sänger zusammengesunden, die unter Leitung verschiedener Gesangsdirigenten, die zum Zwecke der Wahl eines Bundesdirigenten aus der Liste der Bewerber um diese Stelle zur engeren Wahl gekommen waren, das Probelied „Herbstfeier“ von Schulien sangen. Zur Direktion war den Herren Dirigenten je eine halbe Stunde Zeit vorgeschrieben. Jeder aufmerksam Sänger konnte seine Freude haben an dem Sinnen, das die ausgewählten Duxten einsetzten. In der Ausführung wurde nach längerer Debatte Herr Diesbach an Stelle des verstorbenen Dirigenten Wobbel zum Bundesdirigenten gewählt. Der Gewählte hat bisher die „Appographia“ und den „Arbeiter-Sängerbund“ in Heidelberg dirigiert.

Wer sind die Toten? Mit dem Revolver haben in der vergangenen Nacht drei unbekannte Männer ihrem Leben ein Ende gemacht. Im Humboldthain ward der eine von einem Schuhmann tot aufgefunden. Er scheint ein Arbeiter zu sein, ist etwa 35 bis 40 Jahre alt und 1,70 Meter groß, hat dunkelblondes volles Haar, einen rotblonden Schnurrbart und trug einen schwarzgrauen gestreiften Jacketanzug, ein blaues Oberhemd, einen braunen, modelfarbenen Selbstbinder und einen schwarzen, weichen Filzhut. — Im Tiergarten erschöpfte sich ein Mann von etwa 35 Jahren in der Nähe des Schweizerhäuschen. Dieser trug einen grauen Jacketanzug, eine wollene Jacke, einen schwarzen, streifen Filzhut und Schnurrstiesel. Bei ihm fand man einen Abschiedsbrief an eine Frau in der Friedbergstraße, die Anna Sommer oder ähnlich heißt. — Der dritte Unbekannte tötete sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe vor dem Hause Neue Wilhelmstraße 2 in einer Drohsche. Der Kutscher hörte den Schuß fallen, stieg vom Post und fand seinen Fahrgast im Wagen in seinem Blute schwimmen. Er brachte ihn gleich nach der Charité, der Mann verschied aber schon auf dem Wege dorthin. Der Verstorbene trug unter anderem einen dunkelgrauen Winterüberzieher und einen eben eingedrückt Hut. Eine Postkarte, die der Mann bei sich hatte, ist an einen Bezirksschulinspektor Franz Scherl in Wien gerichtet.

Einen erheblichen Verlust hat Mittwochabend ein 63 Jahre alter Arbeiter erlitten, indem er in der Großen Frankfurter Straße etwa vor den Häusern Nr. 57 und 58 sein Portemonnaie mit seinen ganzen 88 M. betragenden Ersparnissen verlor. Er bittet den eventuellen Finder, da er durch diesen Verlust in die größte Notlage geraten ist, um Abgabe an den Stadent August Trner, Große Frankfurter Straße 88.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Märchnachmittag für die Charlottenburger Jugend. Am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im Volkshaus, Rosenstr. 3, eine Märchnachmittag mit Lichtbildern statt. Für diese Veranstaltung ist die bekannte Regiatorin Frau Johanna Meyer gewonnen worden, die auch den Märchnachmittag im Berliner Gewerkschaftshaus im Dezember v. J. erfolgreich geleitet hatte. Neben der Vorlesung von Märchen soll noch gemeinsamer Gesang von Kindern und allerlei Kurzweil den Kleinen den Nachmittag zu einem recht vergnüglichen machen. Der Eintrittspreis beträgt für Kinder 10 Pf., für Erwachsene 20 Pf. Wir hoffen, daß die Charlottenburger Genossen recht lebhaft für den Besuch dieser Ver-

anstaltung Propaganda machen werden. Billets sind zu haben bei den Bezirks- und Gruppenführern des Wahlvereins sowie bei Emil Müller, Rosinenstr. 3, A. Weidlich, Rettelbeckstr. 11, und W. Gauditz, Schillerstr. 88.

Mariendorfer-Tempelhof.

Der Jugendausflug veranfalet am Sonntag, den 16. Januar, im Restaurant Löwenhof, Mariendorf, Chausseest. 27, einen Unterhaltungsabend. Beginn 6 Uhr. Genosse W. Deimert, Mariendorf, hält einen Vortrag über: „Heinrich Heine“. Es schließen sich Rezitationen und Gesangsvorträge an. Danach gefelliges Beisammensein.

Röpenitz.

Bei der Personenhandaufnahme zur Steuerberanlagung sind 30 025 Einwohner gezählt worden; 1908 betrug die Zahl der Einwohner 29 782.

Nieder-Schönhausen.

In der heute, Freitag, stattfindenden Gemeindevorstandssitzung steht unter Punkt 3 der Tagesordnung der Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins auf Erhöhung der Zahl der Gemeindevorstandssitzungen von 15 auf 18 zur Beratung. Die Parteigenossen werden ersucht, soweit es ihnen möglich ist, recht zahlreich in dieser Sitzung zu erscheinen. Dieselbe beginnt nachmittags 6 Uhr und findet im Hause Kaiser-Wilhelm-Str. 5, 1 Treppe, statt.

Tegel.

Der Streit um das Tegeler Seesfergelände hat jetzt durch die Verhandlung vor dem fünften Zivilsenat des Reichsgerichts sein Ende gefunden. Der höchste Gerichtshof erkannte auf kostenpflichtige Zurückweisung der Revision der Kläger Riefow und Müller gegen das vor einem Jahre vom Kammergericht leitens der Gemeinde im Restitutionsklageverfahren erwirkte Urteil. Damit bleibt nun endgültig das Seesfergelände Eigentum der Gemeinde und es dürfte nunmehr mit dem Ausbau der Uferpromenade sofort begonnen werden.

Gerichts-Zeitung.

Und nochmals: die Polizei vor Gericht.

Die Polizei unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin mußte gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (141. Abteilung) wieder ein paar der Strafmandate nachprüfen lassen, die sie aus Anlaß der Zerzer-Protestversammlungen zahlreichen Personen auferlegt hat. Diesmal handelte es sich um die Protestversammlungen, die von der sozialdemokratischen Partei am 17. Oktober 1909 veranstaltet worden waren.

In jenem Sonntag glaubte unsere überneröse Polizei wieder einmal die öffentliche Ordnung bedroht, weil nach Schluß der in Kellers Festalen (Koppenstraße) veranstalteten Versammlung die dichten Scharen der heimkehrenden Teilnehmer ihr als ein „Zug“ von „Straßendemonstranten“ erschienen. In der Umgebung des Gewerkschaftshauses kam es zu den üblichen Mandatensuchen in großer Stärke bereit stehenden Polizeiaufgebotes, zu den Versuchen einer „Ablenkung“ durch vorrückende Schutzmannschaften, zu dem „nachvollenden Drängen“ gegen die nicht rasch genug zurückflutende Menge und schließlich auch wieder zu Sittierungen von Passanten. Dieses Schicksal widerfuhr unter anderem einem Kutscher Lange in der Adalbertstraße nachmittags um 1/3 Uhr und einem Tischler Jittkowski am Engelfufer nachmittags um 3 Uhr. Gegen beide wurde von Schutzleuten die Beschuldigung erhoben, daß sie an einer Straßendemonstration teilgenommen und die Polizeibeamten als „Blutunde“ beschimpft hätten. Die beteiligten Beamten, an der Spitze der Polizeileutnant Altrogge, kamen überein, daß sie — der Vorsitzende des Gerichts hob das in der Verhandlung hervor — sich nicht für beleidigt erklären und demnach nicht Strafantrag stellen wollten. Vom Polizeipräsidentium wurde dann gegen beide wegen groben Unfugs, der durch die Teilnahme an einer Straßendemonstration und durch die Ausrufe „Blutunde“ verübt worden sei, Strafmandate festgesetzt, die aber nun jedem sogleich 14 Tage Haft und 30 M. Geldstrafe zur Befriedigung durch ein Gericht und kamen so zusammen auf die Anklagebank.

Da die Polizei, wie gefagt, diesmal sich nicht für beleidigt halten wollte, so mußte die Verteidigung von vornherein absehen von dem Versuch, durch Beweisankträge über frühere Taten der Polizei Berlin dem Gericht Karz machen zu wollen, aus welcher Verhüllung heraus eine Volksmenge sich wohl zu dem Ruf „Blutunde“ veranlaßt fühlen mag. Die Verhandlung konnte sich nur auf die zur Anklage stehenden Vorgänge erstrecken, und vernommen wurden lediglich die nächstbeteiligten Polizeibeamten. Der Angeklagte Lange hatte zu seinem Schutze keine eigenen Zeugen beibringen können; das war ihm unmöglich gemacht worden durch die Eile, mit der der ihn stützende Schutzmann weggeführt. Er trat auch ohne Verteidiger vor das Gericht hin. Dem Angeklagten Jittkowski stand als Verteidiger der Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld zur Seite, der durch das Zeugnis Familienangehöriger J.'s nachweisen wollte, daß J. nicht an der angeblichen Demonstration teilgenommen habe, sondern von Hause gekommen sei. Beide Angeklagten versicherten, ganz zufällig in die Menge hineingeraten zu sein und nicht geschimpft zu haben. „Blutunde“ sei von anderen gerufen worden, und die Polizei habe dann Rufe herausgegriffen. Der Vorsitzende meinte: „Einer Demonstration muß man bekanntlich aus dem Wege gehen, wenn man sich nicht strafbar machen will.“

Gegen Lange befandete Schuhmann Freyer, 2. habe sich in einem Menschenmüel befunden, habe mit anderen zusammen „Blutunde“ geschimpft und seiner Festnahme sich dadurch widersetzt, daß er Freyer vom Rad zu stoßen suchte. Schuhmann Wella konnte nur ausfragen, daß er gehalten habe, den sich widersetzenden L. festzunehmen. Der Vorsitzende hatte Wella ermöhnt, er solle nicht sich verleiten lassen, etwa im Hinblick auf die Zeitungsberichte über kürzlich verhandelte Prozesse ähnlicher Art hier mit der Wahrheit zurückzuhalten. Diefelbe Mahnung richtete er nachher auch an die übrigen als Zeugen geladenen Schutzleute, immer mit dem Hinweis auf jene Prozesse und die Zeitungsberichte. Gegen Jittkowski sagte der berittene Schuhmann Wendi aus, der habe an der Adalbertstraße „Hr Blutunde!“ geschrien und sei dann nach dem Gewerkschaftshaus weggelaufen. Der Angeklagte bestätigte, er habe in der Tat nach dem Gewerkschaftshaus gehen wollen, er sei aber aus seiner in der Begend des Kottbuser Töres gelegenen Wohnung gekommen. Der Zeuge Wendi, der zunächst ziemlich bestimmt die Meinung ausgesprochen hatte, daß J. in dem von der Köpenicker Straße kommenden „Zug“ gewesen sei, wurde unsicher, als der Verteidiger und mit ihm der Vorsitzende ihm vorhielt, daß das die genau entgegengesetzte Richtung sei. Die Frage des Verteidigers, ob Wendi wisse, daß bei jenem Zusammenstoß in der Adalbertstraße jemand von der Polizei geschlagen worden sei, wurde von ihm verneint. Mit Nein beantwortete W. auch die Frage, ob nach seiner dienstlichen Vernehmung über die Vorgänge vom 17. Oktober etwa noch bei späterer Gelegenheit, vielleicht aus Anlaß der erwähnten Prozesse, irgendein Vorzegehler mit ihm über diese Dinge gesprochen habe. Verteidiger: „Nicht in den letzten vierzehn Tagen?“ Zeuge: „Nein.“ Verteidiger: „Weder ein Wachtmeister, noch ein Leutnant, noch ein Hauptmann?“ Zeuge:

„Nein, nein!“ Schuhmann Jauer befandete, am Gewerkschaftshaus sei Leutnant Altrogge „völlig machlos“ gewesen. Ueber J. wisse er, daß auch er „Blutunde“ gerufen habe. Zeuge hat bei der Festnahme geholfen.

Es blieb nun noch die Vernehmung des Polizeileutnants Altrogge. Der Staatsanwalt war es, der ihn hatte laden lassen. Nach kurz vor der Sitzung schien er auf diesen Zeugen großen Wert zu legen; im Vorraum sah man den Herrn Staatsanwalt zehn Minuten hindurch mit dem Herrn Leutnant eifrig konfizieren und sich Notizen machen. Jetzt aber galt ihm der Zeuge Altrogge für überflüssig, und er verzichtete auf die Vernehmung. Desto entschiedener forderte sie der Verteidiger, der den Herrn Leutnant Altrogge fragen wollte, ob es wahr sei, daß er bei Gelegenheit jener angeblichen Straßendemonstration an der Adalbertstraße einem Passanten eine Ohrfeige gegeben habe. Daraus könne auf große Erregung der Polizei geschlossen werden, und der aus der nun gleichfalls erregten Menge etwa gefallene Ruf „Blutunde!“ werde dann anders zu beurteilen sein. Der Staatsanwalt hielt das für „nicht zur Sache gehörig“, und das Gericht beschloß Ablehnung der Vernehmung des Leutnants. Verzichtet wurde auch auf Vernehmung von Familienangehörigen J.'s, weil als wahr angenommen wurde, daß er von Hause gekommen sei.

Der Staatsanwalt beantragte, gegen beide Angeklagte auf 14 Tage Haft zu erkennen. Die Schimpfworte seien erwiesen, erwiesen sei auch Beteiligung an einer Demonstration, mit Sicherheit wenigstens gegen Lange, der nun nach dem Worte: „Mitgefangen, mitgegangen!“ gegen sich verfahren lassen müsse. Für Jittkowski forderte der Verteidiger die Freisprechung, weil nichts erwiesen sei. Wendi sei in seiner Aussage schwankend geworden, Aussagen von Passanten seien überhaupt mit Vorsicht aufzunehmen, weil sie bei angeblichen Straßendemonstrationen in Erregung zu geraten pflegten. Gesehen habe man das wieder aus den letzten Prozessen, aber leider stehe nicht auch für die Vorgänge vom 17. Oktober ein Graf Hoensbroech als Zeuge zur Verfügung. Unmöglich dürfe das Gericht urteilen nach dem vom Staatsanwalt empfohlenen Grundsatze: „Mitgefangen, mitgegangen!“

Das Urteil lautete: für Lange eine Geldstrafe von 30 M. (eventuell 6 Tage), weil er geschimpft und auch am „Zug“ teilgenommen habe, für Jittkowski eine Geldstrafe von 10 M. (eventuell 2 Tage), weil er geschimpft habe.

Hochstapelei gegen eine Erblindete.

Ein erschütterndes Drama wurde gestern vor der 130. Abteilung des Schöffengerichts am Amtsgericht Berlin-Mitte entrollt. Es dürfte den Lesern noch erinnerlich sein, daß vor einiger Zeit ein Referendar auf seine Geliebte schloß und sich alsdann selbst das Leben nahm. Die Geliebte, namens Betty Wassermann, wurde nicht tödlich verletzt, jedoch lediglich ihres Augenlichtes beraubt. Da sie gänzlich mittellos war, so öffnete sich infolge öffentlichen Aufrufs viele mildtätige Hände, so daß die junge Dame vor Not geschützt war. Dies erfuhr der 23jährige Handlungsgehilfe Robert Schulze. Er stellte sich Fraulein Wassermann als Romanistiker vor und bat sie, ihm in ausführlicher Weise ihr Lebensschicksal zu erzählen, er wolle es zu einem Roman verwenden. Fraulein Wassermann entsprach dieser Bitte. Außer dem entwickelte sich sehr bald zwischen dem jungen Mann und der Wassermann ein intimes Liebesverhältnis, zumal der angebliche Romanistiker der jungen Dame die Ehe versprach. Unter diesen Vorspiegelungen gelang es dem Schulze, von der Erblindeten ein Darlehen von 1153 M. zu erhalten. Erst nach längerer Zeit sah Fraulein Wassermann ein, daß sie einem dreifachen Schwindler in die Hände gefallen war. Auf Anzeige wurde gegen Schulze die Anklage wegen Betruges erhoben. In der Verhandlung ergab sich, daß Schulze niemals Schriftsteller war und nicht im mindesten die Befähigung hat, einen Roman zu schreiben. Der Amtsanwalt beantragte drei Wochen Gefängnis. Nach längerer Beratung des Gerichtshofes verurteilte der Vorsitzende, Amtsgerichtspräsident Dr. Traut: Der Gerichtshof hat einen Betrug im Sinne des § 263 des Strafgesetzbuchs für vorliegend erachtet und auf 3 Monate Gefängnis erkannt. Der Gerichtshof hat aus der Verhandlung die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte, dem aus den Zeitungen bekannt war, daß mildtätige Menschen der unglücklichen Erblindeten Unterstützung gewähr haben, die Bekanntheit mit dieser nur zu dem Zwecke angeknüpft hat, um ihr das Geld abzunehmen. Der Gerichtshof sieht in der Handlungsweise des Angeklagten eine ganz gefährliche Hochstapelei, die von einer hoheloh gemeinen Gesinnung Zeugnis gibt. Es mußte daher auf eine hohe Strafe erkannt werden. Nur die große Jugend und der Leichtsinne des Angeklagten und der Vorfat, daß er ernsthaft bestrebt ist, das Darlehen nach und nach zurückzuerstatten, hat den Gerichtshof von einer weit höheren Strafe abgehalten.

Staatliche Anreizung zu Eigentumsvergehen.

Ein Hilfsbeamter der Eisenbahn, namens Otto Riedel, hatte sich am 13. Januar vor den Geschworenen in Weßbaden wegen einer Reihe von Unterschlagungen zu verantworten, die er im letzten Jahre begangen hatte. In der Verhandlung kam heraus, daß Riedel seit 12 Jahren bei der Eisenbahn angestellt ist, zuletzt in Erbach im Rheingau, aber nur 83 M. Monatslohn bezog, wovon er seine Frau und seine Kinder ernähren sollte. Da ihm dies nicht möglich war, fälschte er hin und wieder Fahrkartenbelege. Die Geschworenen sprachen ihn der Urkundenfälschung frei und nur der Unterschlagung schuldig. Das Gericht verurteilte ihn zu 8 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 9 Monate beantragt.

In der Verhandlung wurde klar und deutlich ausgesprochen, daß es unerhört sei, einen Beamten, der 12 Jahre bei der Eisenbahn beschäftigt ist, mit 83 M. monatlich abzulohnen, was doch wirklich auf eine Anreizung zu Unterschlagungen herauskomme.

Vermischtes.

Mord in Hamburg.

Aus Hamburg wird gemeldet: Die in der Poolstraße wohnende Pfandleihen Wirtin wurde gestern ermordet in ihrem Geschäftslokal aufgefunden. Der Mörder hat Frau Wirtin anscheinend durch Kammerflöhe betäubt und ihr dann mit einem Messer den Hals durchschnitten. Aus dem geöffneten Geldschrank entwendete er Gold und Juwelen. Von dem Mörder hat man keine Spur. Das zur Tat benutzte Messer wurde am Tatorte vorgefunden.

Die Polizeibehörde hat für die Ergreifung des Mörders eine Belohnung von tausend Mark ausgesetzt. Der Mörder hat alle wertvolleren Pfandgegenstände sowie 1900 M. Bargeld geraubt.

Ein neuer Höhenrekordflug.

Aus Reims wird gemeldet: Nachdem kürzlich die Welt durch den verwegenen Höhenflug Hubert Latmans auf dem Egersee von Chalons in Stanten gefegt wurde, als er im fähnen Flug eine Höhe von 1000 Metern erklimm, sind gestern auf dem Flugfelde von Los Angeles alle bisherigen Höhenrekorde durch den französischen Aviatiker Louis Paulhan geschlagen worden. Während der Flug Latmans offiziell nicht anerkannt werden konnte, da er wohl von Offizieren, aber nicht von Beobachtungen und vom Komitee beauftragten Inspektoren nachgeprüft wurde, hatte Paulhan schon tags zuvor an das Komitee die Mitteilung gelangen lassen, daß er den Höhenflugrekord Latmans, an dem er übrigens nicht zweifelt, zu schlagen gedente. Vor einer viertausend-

Küßigen Zuschauerermenge stieg er mit seinem **Farman-Zweidecker** bis zur Höhe von 1380 Metern in stetem Kreislauf empor und stellte somit einen neuen Höhenrekord auf, der noch dazu offiziell kontrolliert worden ist. Der prächtig gelungene Flug dauerte 50 Minuten 46 Sekunden. Paulhan hatte erst im Dezember v. J. den Höhenrekord auf 800 Meter gebracht, welchen ihm Latjan am 7. Januar durch seinen Höhenrekord von 1000 Meter schnell wieder abgenommen hatte. Der tüchtige Pilot wurde nach glücklich vollbrachter Landung von den Zuschauerermassen mit ungeheurer Jubel empfangen.

Zur **Affäre Hofrichter**. Auf dem Friedhofe in Leitmeritz ist, Prager Meldung zufolge, gestern der Leichnam der 1904 verstorbenen Braut des Oberleutnants Hofrichter exhumiert und photographiert worden; Proben des Erdbreichs und Teile der Leiche wurden nach Wien gesandt.

Ein Schiffsunfall.
Nach einer Meldung aus Northfield (Oregon) ist der der Southern Pacific Railway gehörende Dampfer „Carina“ Mittwochabend bei schwerem Seegang in der Coosbay auf einen Felsenbännen aufgelaufen. Dreißig Mann der Besatzung sollen ertrunken sein. — Nach einer Flottemeldung aus San Francisco ist die „Carina“ wieder flott geworden und liegt jetzt im Hafen sicher vor Anker.

Sturmschaden in England. Londoner Meldung zufolge herrscht seit einigen Tagen erneut an der Westküste von Irland schweres Wetter. Besonders die Insel Adron hat durch die Wellen stark gelitten, seit einer Woche sind alle Verbindungen der Insel mit dem Festlande abgeschnitten. Die Nahrungsvorräte gehen bald aus. Man befürchtet, daß eine ernste Not unter der Bevölkerung ausbrechen wird, da die vorhandenen Nahrungsmittel nur noch für einige Tage dauern. In der Nähe von Ballyto ist eine Barke gesunken.

Wasserstands-Nachrichten

Ort	am 12. 1.	am 11. 1.	Ort	am 12. 1.	am 11. 1.
Bassel	12.1	11.1	Bassel	12.1	11.1
... (rest of table content)

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 14. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Königl. Schauspielhaus. Strandlüber.
Neues königl. Oper-Theater. Fido. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der Widerspenstigen Zähmung.
Kamerapiele. Das Heim. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Julius Caesar. (Anfang 8 Uhr.)
Komische Oper. Das Tal der Liebe.
Heidel. Der Standal. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Neues. Don Juan letztes Abenteuer.
Witten. Die geschiedene Frau.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Trianon. Durban's Gel. Berliner. Hohe Politik.
Kleines. Der große Kame. Helbens. Im Taubenschlag.
Thalia. Die läse Gora.
Kessing. Landri der Karr.
Zapfen. ... (rest of list)

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenbr. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg.
Sonntag 3 Uhr: Der Zigeunerbaron.
Volks-Oper.
SW, Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8. Abends 7 1/2 Uhr:
Die Jüdin.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.).
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Meinelbauer.
Vollstück in 3 Akten von Ludwig Knagender.
Ende 11 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Sonntag, nachm. 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Meinelbauer.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Freitag, abends 8 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.
Lustspiel in 5 Akten v. B. Shafpeare.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, nachm. 8 Uhr:
Das Käthchen v. Hellbronn.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.
Sonntag, nachm. 8 Uhr:
Macbeth.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Schwur der Treue.

Zirkus Schumann.
Freitag, 14. Januar 1910, abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Austreten des Kommissionsrat **Gustav Stensbeck** als Gast mit 1. neuen hervorzuheben Schlußstücken **Herrnberg, Ten Drugi, Wind Dote und.**
Original-Bagonghi. der kleinste tonliche Meister der Welt.
Sergeant Brennan, der vorzügliche Diabolospieler.
Der Professor **de Marlow** unerreicht in seinen Leistungen.
Um 9 Uhr Ende 11 Uhr:
Die drei Rivalen
Große Ferie in 5 Akten mit der feinsten Schlußposse.
Sonntag: 2 Vorhänge.
Nachm. hat jed. Bel. ein Kind frei.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, den 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr präz.:
Gr. Gala-Vorstellung.
Herr James Filis, Schloßreiter, auf Winthrop, engl. Vollblut v. Halm a. d. Maggie Gray.
Mons. Celone Altesseuren. Herr E. Schumann, Neudross. Reiterfamilie Proserpi. Gigericlown Alfred Daniels usw.
9 1/2 Uhr Ende 11 Uhr
Die neue russische Pantomime
Marja.
Vorher das große Galaprogramm.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Großes Ausstattungsstück in 14 Bld. von d. Gannoch u. Jules Verne
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Goldhähnchen Himmelfahrt. 8 Uhr: Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Gib mich frei. 8 Uhr: Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Faust.
Tragödie von Goethe. I. Teil.
Sonnabend, Sonntag: Faust.

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Größte Sehenswürdigkeit Berlins!
Sente Freitag: **Elite-Tag:**
Gratis-Verlosung einer modernen Kucheneinrichtung.
Bockbier-Jubel und Trubel.
Der berühmte **Sehorsch Ehrengrubner** mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Vollständiges haben Günstigkeit.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Im Firnenglanz des Ober-Engadin.

Folies Caprice.
Zum 50. Male:
Sicher ist Sicher.
Bunter Teil.
Der Mann meiner Frau.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverk. 12-2.

Herrnfeld Theater.
Kommandantenstr. 57. T. u. 4, 5083.
Durchschlagender Erfolg!
„So muß man's machen“
Burleske mit Gesang in 2 Akten. Musik von L. Stal, mit den Hilaros Anton und Donat Herrmann in den Hauptrollen. Hierzu:
Ein Rettungsmittel
Komödie v. L. Dana.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Macara Rossi
Schneider Duncker
Mile. Farfalla
und das sensationelle **Januar-Programm.**

Gastspiel-Theater.
Königsplatz 67/68.
Täglich 8 1/2 Uhr abends:
Lady Florence
Der Polizeihund.
Kriminalroman.

Passage-Panoptikum.
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
Ohne Extra-Entree!

CIRCUS SARRASANI
Alter Botan. Garten
Eingang Grunewaldstr.
Täglich abends 8 Uhr: Gala-Vorstellung. — Mittwoch, Sonnabend, Sonntag und Festtags: 2 Vorstellungen mit durchaus gleichwertigem Programm.
Nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr. Zu den Nachm.-Vorstell. zahlen Kinder unter 14 Jahr. u. Militär b. z. Feldwobal halbe Preise.

Walhalla-Variete-Theater.
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Das ganze Programm
Severus Schaeffer
und die übrigen Spezialitäten.
Tunnel: Regimentskapelle, Theaterbesuchern freier Eintritt!

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstr. 58.
Freitag, den 14. Januar 1910:
Der Glöckner von Notre-Dame.
Schauspiel in 5 Bildern von Charles Gounod.
Anfang 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

W. Noacks Theater.
Dammstr. 16, am Rotenbühlertor.
Abends 7 1/2 Uhr:
In russischer Leibeigenschaft.
Sensationsroman in 4 Akten.
Sonnabend nachm. 8 Uhr Kinder- vorstellung! Großverlosung! Aschenbrödel oder: Der gläserne Pantoffel.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 16. Januar 1910:
Schuldig.
Schauspiel in 3 Akten v. Rich. Boh.

Rippenhagen
am Moritzplatz
Anf. 8 Uhr.
Alt-Germanisches Bockbier-Kellerfest
Die Dekoration ist aus dem Atelier „Hermann der Cherusker“ aus Teutoburg.
Im oberen Saale: Täglich: Die glänzenden Spezialitäten.

Königstadt-Kasino.
Doormarktstr. 72.
Gänzlich neues Programm mit **Franz Sobanski, Wini Reumann, Friz Grünel, Lina Goltz, Neubert und Roe, Viktor Ritter, Goschw. Weise, Viktor, Fridolina König, Selon-Atlet.**
Fanny's Witwenschmerz
Schwanz in 1 Akt von D. Richter.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Quiridans Esel.

Berliner Theater.
Abends **Hohe Politik.**
Morgen: **Hohe Politik.**

Apollon Theater.
Abends 8 Uhr:
Prinz Piano. Burleske mit **Henry Bender.**
9 Uhr 20:
Das Tagesgespräch von Berlin!
Lotte Sarrow i. Hr. Mimodrama
„Die Ehebrecherin“.
9 Uhr 45: 9 Uhr 45:
Schimpanse
Konsul James Great.
Herrn: **Mrs Annie Miller, Rondo usw.**

Casino-Theater.
Lottstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Der Obergäuner.
Lustspiel in drei Akten von H. St. L. Berber: Das ersteklassige bunte Programm. Sonntag nachm. 4 Uhr: Trudgens Sommerreise.

Sanssouci, Kottbuser
Str. 8.
Direktion Wilhelm Kolmar.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Neues Programm.
Elite-Soiree Tanz-kränzchen von **Hoffmanns Nordl. Sängern**
Stets neues, hoch-attraktives Programm.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 1/2.

Karl Haverland
Anfang Theater präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstr. 77/79.
Das glänzende ersteklassige Januar-Programm.
Schlager auf Schlager!

Reichshallen-Theater.
StettinerSänger
Der Nachtwächter von Berpshienke.
Güldenbild v. F. Meysser
Anfang: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Don Juans letztes Abenteuer.
Morgen und folgende Tage:
Don Juans letztes Abenteuer.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 14. Januar, Anf. 8 Uhr:
Zam-ersten Male:
Die Großstadtluft.
Schwanz in 4 Akten von Stummthal und Adelberg.
Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr: Die Fabelungen I. und II. Teil. Abends 8 Uhr: Großstadtluft.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Dtsch-Lo.

Wintergarten
Neues Programm!
Olga Desmond,
die Berühmtheit der „Schönheits-Abende“
sowie eine Kette **hervorragender Kunstkräfte.**

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pinnau.
Burgstr. 24, am Bahnhöf Dörf.
Das brillante Januar-Programm!
Ruth St. Rabda, Hindustanpantomime,
Otto Müller-Römer, Brothers Sundermann,
Ilkete Nis Jenny, Mr. Kretton
mit seinem reißenden Wunderhund usw. usw.

Sonntag, den 16. Januar, im „Volkshaus“, Charlottenburg, Rosinenstraße 3:
Stiftungsfest
zur Feier des zehnjährigen Bestehens des Zentralwahlvereins bestehend in
Konzert (Berliner Sinfonie-Orchester) — Gesangsvorträgen (Charlottenburger Liedertafel) — Berliner Uk-Trio — Ball.
Festrede gehalten vom Reichstagsabgeordneten **Fritz Zubeil.**
Eintritt 25 Pfennig. Tanz 50 Pfennig (für Herren). Anfang nachmittags 4 Uhr.
202/75
Billets sind bei den örtlichen Wahlvereinsvorständen und bei den Bezirksführern zu haben.

Orpheum
an der Jannowitzbrücke.
Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
650 Sitzplätze
Festhalle Ausstattung
Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 8 ..

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Taubenschlag.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, den 16. Januar, nachm. 8 Uhr: Schiffswagenkontrollleur.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

